

# GEGEN RECHTEN TERROR

KONTINUITÄTEN DURCHBRECHEN

READER II

24

Stunden  
sind kein Tag



Sozialistische Jugend  
Deutschlands –

Die Falken

# INHALT

## 24 Stunden sind kein Tag

### READER II

## Gegen rechten Terror

Kontinuitäten durchbrechen! HEFT 44

### THEORETISCHE GRUNDLAGEN

- 1.1** Gedenken und das kollektive Gedächtnis 5
- 1.2** Praxen der Erinnerung als Kämpfe um Anerkennung. *Zu Bedingungen einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung* 7
- 1.3** Über Sprache und Justiz: Erinnerungskultur in der BRD revisited 14

### FALKENPERSPEKTIVEN

- 2.1** Herausforderungen für die Falken-Pädagogik beim Gedenken an den neuen rechten Terror 19
- 2.2** Korrespondenz *Ansprüche an Gedenken an neuen rechten Terror aus Falkenperspektive* 22
- 2.3** Rosa und Karl-Gedenken im Wandel der Zeit *Fragend blicken wir zurück. Fragend schreiten wir voran.* 27
- 2.4** Psychisches Trauma und Jugendverbandsarbeit 34

### INITIATIVEN GEGEN RECHTS

- 3.1** Aufstand der Trauer *Erinnerungspolitik für die Gesellschaft der Vielen* 40
- 3.2** Initiative *Keupstraße ist überall* 44
- 3.3** Umsonst und draußen: *Rhythm against Racism Festival* 46
- 3.4** Initiative *Kein Vergessen in Koblenz* 47
- 3.5** Initiative *9. Oktober Halle* *Der Versuch kritische Erinnerung zu organisieren. Erste Erfahrungen nach dem Anschlag vom 9. Oktober 2019 in Halle* 49
- 3.6** *#SayTheirNames* und schreibt ihre Namen richtig *Erfahrungsbericht vom missglückten Gedenken an die Opfer des NSU am 3. November 2019 in Zwickau* 52
- 3.7** Initiative *Kritisches Gedenken Erlangen* 56



Sozialistische Jugend  
Deutschlands –  
**Die Falken**



## LIEBE GENOSS\*INNEN, LIEBE LESER\*INNEN,

als die AG Gedenken 2019 einberufen wurde, war eines der Ziele, die Wissensbestände, Praxen und Methoden unseres Verbandes zum Gedenken an Rechten Terror nach 1945 zusammenzutragen und für den gesamten Verband zugänglich zu machen. Mehr und mehr kristallisierte sich heraus, dass eine politische und pädagogische Umsetzung im Verband noch in den Kinderschuhen steckt. Während wir über viel theoretisches Wissen verfügen, sind konkrete Gedenkkonzepte im Anschluss an die Falkenpädagogik jenseits der Teilnahme an Gedenkemos, -kundgebungen oder ähnlichen Formate nur dünn gesät. Nach der historisch-theoretischen Auseinandersetzung mit Rechtem Terror und definitiven Texten stellen wir in dieser Ausgabe der 24 Stunden das Thema Gedenken und Gedenkpraxen in den Mittelpunkt.

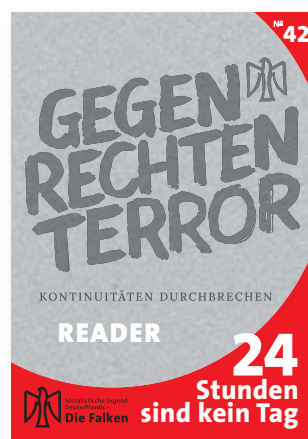
### Der vorliegende Reader gliedert sich in drei Teile. Zunächst wird geklärt, wie überhaupt Gedenken in der Gesellschaft funktioniert:

Nils Bauer schreibt dazu über das kollektive Gedächtnis in der Gesellschaft und erläutert die Mechanismen der Bildung von Narrativen und wie sie genutzt werden (können).

Eine konkrete Bestandsaufnahme der Basiserzählungen über rechte Gewalt in der deutschen Gesellschaft und der Durchbrechung deren Hegemonie durch anerkennende Erinnerungspraxen leistet ein Text von Tanja Thomas und Fabian Virchow. Er erschien bereits 2019 im Band »Leerstelle Rassismus? Analyse und Handlungsmöglichkeiten nach dem NSU«. Mit der Frage nach der Rolle des postfaschistischen Staates, und ob dieser überhaupt antifaschistisch handeln kann, beschäftigt sich Mona Schäfer. Jana Herrmann formuliert mit Blick auf die Falkenpädagogik Herausforderungen für den Verband an ein Gedenken nach 1945.

### Der zweite Teil bildet Diskussionen der AG ab und versucht, unsere theoretischen Erkenntnisse auf die verbandliche Praxis zu übertragen.

Dass die verbandlichen Überlegungen immer nur eine Momentaufnahme darstellen und auch nach zwei Jahren Arbeit in der AG Gedenken keinesfalls Einigkeit besteht, wird in Form eines Schreibgesprächs von den AG-Mitgliedern Nike Rohde und Nils Bauer deutlich. Als konkretes Beispiel einer Gedenkpraxis im Verband beschäftigt sich ein Text Loreen Schrecks mit dem jährlichen Seminarwochenende »Rosa und Karl« und dem Gedenken an die beiden Sozialist\*innen im Wandel der Zeit. Den Abschluss des ersten Teils bildet ein Artikel Niels Tekampes.



**READER I**  
24 Stunden sind kein Tag  
Heft 42



**READER II**  
24 Stunden sind kein Tag  
Heft 44

Er beschreibt die Herausforderungen im pädagogischen Umgang mit Teilnehmenden, die von Diskriminierung betroffen oder gar von Gewalt oder anderen Erlebnissen traumatisiert sind, und wie konkret gehandelt werden kann und sollte, wenn sich mit belastenden Themen beschäftigt wird. Da der Reader auch eine vorbereitende Funktion für unser für Mai 2021 geplantes antifaschistisches Gedenkcamp hat, war es uns wichtig, dies auch zu thematisieren.

### Den dritten Teil des Readers bilden Texte von Initiativen, die sich mit Themen rund ums Gedenken beschäftigen.

Die Gruppen reflektieren Ansprüche, Praxen oder konkrete Veranstaltungen zum Gedenken und Erinnern. Sie können Inspiration, Debatten- und Reflexionsmaterial für die Durchführung eigener Veranstaltungen sein.

Uns ist klar, dass eine Annäherung an Grundlagen und Praxen des Gedenkens deren konkrete Umsetzung nicht ersetzen. Die tatsächliche Ausgestaltung liegt bei uns als Verband und in einzelnen Gliederungen. Wir hoffen, euch als AG mit dem Reader verschiedene Möglichkeiten zu eröffnen, Fallstricke zu beschreiben und zur Entwicklung eigener Gedenkpraxen anzuregen. Anders gesagt: Der Reader soll kein Selbstzweck sein. Für uns ist klar: Es gibt viel zu tun, und die Beschäftigung mit dem Gedenken an Akte rechten Terrors wird uns als Verband weiterhin begleiten müssen. Nur durch eine aktive Praxis können wir dem Anspruch der Kampagne »Gegen rechten Terror – Kontinuität durchbrechen« gerecht werden.

### Freundschaft!

AG Lernen und Gedenken · Mai 2021



# GEGEN RECHTEN TERROR THEORETISCHE GRUNDLAGEN

# 1.1 GEDENKEN UND DAS KOLLEKTIVE GEDÄCHTNIS

Nils Bauer AG Lernen und Gedenken · LV Thüringen

Rechter Terror hat Kontinuität. Nicht nur an den Schlussstrichdebatten in der BRD oder am Selbstbild der DDR, eine radikale Entnazifizierung durchgeführt zu haben, zeigt sich der Unwille. Die vollständige und transparente Aufklärung der NS-Verbrechen und ihrer Täter\*innen ist nicht gewollt. Es ist ein Sträuben gegen eine radikale Aufarbeitung der NS-Verbrechen und es ist ein Sträuben gegen die Erkenntnis, dass faschistische Ideologie nicht mit dem Zweiten Weltkrieg verschwand. Rechte und menschenfeindliche Tendenzen ziehen sich weiter durch die deutsche Geschichte und sind mehr als eine »Meinung« fehlgeleiteter Einzeltäter, das wissen wir. Doch das wollen offenbar nur diejenigen wissen, die kritisch auf die deutsche Geschichte blicken und Deutschland keinen Erfolg in puncto Aufklärung attestieren.

Aber ist es nicht nur der Wunsch, die Vergangenheit ruhen zu lassen und somit das Fortleben nationalsozialistischer und faschistischer Ideologie kleinzureden; dies ist auch in der faschistischen Ideologie selbst angelegt. Der Faschismus zielt auf eine radikale Veränderung und das Ausmerzen demokratischer Strukturen ab. Um erfolgreich zu sein, muss es Tote geben. Es kann keinen demokratischen oder gemäßigten Faschismus geben, das widerspricht seiner immanenten Logik. Rechte Attentäter berufen sich darauf, den Volkswillen einer schweigenden Masse zu vollstrecken. Und sie handeln nicht allein. Auch wenn an der Oberfläche häufig ein einzelner Täter agiert, stehen dahinter rechte Netzwerke, welche die Täter\*innen unter anderem mit Waffen versorgen und ihnen ideologischen Rückhalt bieten.

Diejenigen, die rechte Gewalt und rechten Terror am eigenen Leib erfahren oder sich mit den Opfern solidarisiert haben, stehen relativ alleine da und verbleiben fassungslos, wenn ein rechter Mob durch die Straßen wütet und Geflüchtetenunterkünfte anzündet oder Todeslisten von Neonazis bekannt werden. Für die Bundesregierung sind sie Opfer von Straftaten, für uns sind es Opfer rechter Gewalt, denen wir gedenken wollen.

Wir trauern, wir sind wütend, wir resignieren und wir ermahnen. Gedenken ist ein individueller und ein politischer Akt. Individuell versuchen wir uns als eventuell Betroffene oder Überlebende, als Angehörige oder als in unserer Überzeugung angegriffene das Erfahrene zu verarbeiten. Politisch versuchen wir, etwas zu verändern um weitere Angriffe zu verhindern.

Um Gedenken und das daraus resultierende politische Handeln zu begreifen, müssen wir uns anschauen, wie wir es schaffen können, durch diese Erinnerungen einen politischen, gesellschaftlichen Wandel zu erwirken. Wir müssen uns das gesellschaftliche, kollektive, kulturelle Gedächtnis anschauen.

Auf unserem kollektiven Gedächtnis beruht unser politisches Handeln, ob als Falken oder jedwedem andere Kollektiv, sogar als Gesellschaft. Es ist konstruiert und historisch materialisiert. Wir haben also zwei Ebenen auf denen wir arbeiten können.



© KV Wolfsburg der SJD - Die Falken

Zur konstruierten Ebene haben besonders Jan und Aleida Assmann viel geschrieben. Als Ausgangslage dient die Überlegung, dass überall wo wir uns als Einzelpersonen an Geschehnisse erinnern können, wir es ebenso als Gruppe tun können. Denn wir berichten Menschen davon, wir schreiben es nieder, errichten Gedenkstätten, oder kurz: wir speichern Erinnerungen. Dabei gibt es zwei übergeordnete Typen. Zum einen können wir Erinnerungen in uns selbst speichern und mündlich weitergeben. Das sogenannte kommunikative Gedächtnis funktioniert dabei nur, solange die speichernde Person lebt und ist zudem auch örtlich gebunden. Anders sieht es beim kulturellen Gedächtnis aus. Dieses nutzt Speicher-

medien um das Erlebte an entfernte Orte und bis weit in die Zukunft zu transportieren. Speichermedien können dabei alles mögliche sein: Filme, Texte und Bücher, Bilder, Artefakte, Rituale, Orte oder ein Orden der Roten Armee aus dem Zweiten Weltkrieg. Dieses schier unendlich große Archiv teilt sich noch einmal weiter auf. Auf der einen Seite in das Speichergedächtnis. Es ist das Sammelsurium aller gespeicherten Erinnerungen. Es ist auch das Buch, dass seit hundert Jahren niemand mehr angerührt hat, welches aber noch in einer Bibliothek steht. Auf der anderen Seite in das Funktionsgedächtnis.

Das Funktionsgedächtnis sind all die Erinnerungen auf die wir regelmäßig zugreifen und die wir für uns oder unsere Gruppe als wichtig empfinden. Ein Beispiel für uns als Falken wären im Bezug auf Gedenken wohl die vielen traurigen Belege für die Shoah. Sie formen uns als Verband und sind Grund genug, dass wir uns Antifaschismus auf die Fahne schreiben. Wir leiten vieles Handeln aus eben diesen Erinnerungen ab, ohne dass wir eigene, also persönliche Erinnerungen daran hätten. Das sogenannte kulturelle Gedächtnis, welches sich daraus ergibt, formt uns. Und wir wiederum formen unser kollektives Gedächtnis, denn jede\*r von uns trägt andere Erinnerungen in unser Kollektiv. Jede\*r von uns empfindet andere Aspekte als wichtig. Diese Wechselwirkung bleibt jedoch nicht in unserem Verband. Wir sind alle auch Teil von vielen weiteren sozialen Zusammenhängen: Familie, Freundeskreis, Schulklasse, Sportgruppe, Bündnis XY, Arbeitsgruppe und so weiter. Wir tragen alle einen Teil unseres kulturellen Gedächtnisses auch in diese Zusammenhänge weiter. Erinnerungen schaffen somit auch hier z. B. durch Werte, Normen und Kritik neue Handlungsrahmen und neue Perspektiven.

### **Das bewusste Erinnern und damit ein bewusster Eingriff in bestehende Handlungsrahmen, ist schließlich unser Gedenken.**

Wir sind dabei natürlich nicht die ersten, die diese Erkenntnis haben und wir sind nicht die einzigen, die bewusst oder unbewusst versuchen durch Gedenken – oder dadurch Gedenken zu verhindern – Einfluss auf unsere Gesellschaft zu nehmen. An dieser Stelle setzt z. B. Walter Benjamin an. Er betrachtet unser kollektives Gedächtnis viel mehr als historisch materialisiert. Wenn wir als Gesellschaft all unser Handeln auf unseren Erinnerungen aufbauen, so können wir zu Recht fragen, auf wessen Erinnerungen eigentlich? Wer bestimmt, welche Erinnerungen handlungsweisend, also zum kulturellen Gedächtnis werden? Ihr ahnt es, es sind Hegemone, also die Sieger\*innen der Geschichte. Kultur setzt sich über alle geschichtlichen Konflikte hinweg fort. Dabei verändert sie sich natürlich und entwickelt sich weiter. Jedoch immer

zu Gunsten der Herrschenden, sonst wären sie keine Herrschenden. Auch wir sind irgendwo Teil dieser Siegeskultur und an anderen Stellen sind wir es nicht. Das Fazit dazu also, wir sollten dem unsere eigenen Erinnerungen der Niederlage einer linken Deutungshoheit entgegenstellen. Dem bürgerlichen Irrglauben, durch die sog. Entnazifizierung sei der Faschismus ein für **alle mal** verschwunden, müssen wir ein Gedenken an die Opfer von neuem rechten Terror entgegenstellen und auf Kontinuitäten hinweisen. Wir sollten unsere Erinnerungen in die Gesellschaft tragen um die Siegesgeschichte zu brechen, um uns und unseren Verbündeten die Möglichkeit zu geben, als kulturellen Teil der Gesellschaft begriffen zu werden. Adorno geht davon aus, dass wir uns als Teil dieser Sieger\*innenkultur zum Helfershelfer machen, während wir unmittelbar die Barberei befördern, sollten wir diese Kultur entgegentreten. Gedenkarbeit ist immer auch ein Kampf um Deutungshoheit. Damit ist Gedenken und Nicht-Gedenken immerzu politisch, was uns als Falken ganz konkrete Aufgaben im Bezug auf Gedenken gibt. Wir müssen Gedenken, wir müssen politisch gedenken und wir müssen der Niederlage gedenken. Immer dort, wo wir Opfern von rechtem Terror gedenken, stellt unser Handeln einen Bruch mit der Gegenwart dar. Unser politisches Gedenken wirkt somit nicht nur auf den gesellschaftlichen Diskurs ein, sondern steht einer noch rechteren Siegeskultur entgegen. In diesem Handlungsfeld können wir also mitbestimmen was uns als Kollektiv, als Gruppe und über die Falken hinaus als Gesellschaft definiert. Wir gedenken der Vergangenheit um in Zukunft zu Handeln.

**Not the end,  
the beginning!**



### **LITERATUR**

Adorno, Theodor W. (1990), *Negative Dialektik*, in: Tiedemann, Rolf, *Gesammelte Schriften* / T. W. Adorno, Frankfurt/Main, Suhrkamp, S. 360

Adorno, Theodor W. (2017), *Erziehung nach Auschwitz*, in: Kadelbach, Gerd, *Erziehung zur Mündigkeit*, Frankfurt/Main, Suhrkamp S. 88

Assmann, Aleida und Jan (1994), *Das Gestern im Heute. Medien und soziales Gedächtnis*, in: Merten, Klaus, Siegfried J. Schmidt und Siegfried Weischenberg (Hrsg.), *Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft*, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 114 – 121

Assmann, Jan (2002), Das kulturelle Gedächtnis, In: *Erwägen, Wissen, Ethik* 13/2, Stuttgart, Lucius & Lucius, S. 239 – 244.

Assmann, Aleida (1999), *Erinnerungsräume*, München, C.H.Beck'sche Verlagsbuchhandlung, S. 133 – 141

Benjamin, Walter (2010), *Über den Begriff der Geschichte*, in: Raulot, Gérard, *Werke und Nachlass*, Bd. 19, Berlin, Suhrkamp, S. 34

Erll, Astrid (2017), *Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen*, 3. Aufl., Stuttgart, J.B.Metzler, S. 18 – 26

## 1.2 PRAXEN DER ERINNERUNG ALS KÄMPFE UM ANERKENNUNG

### *Zu Bedingungen einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit rechter Gewalt*

Tanja Thomas · Fabian Virchow

Dieser Artikel wurde bereits veröffentlicht:

Thomas, Tanja/Virchow, Fabian: *Praxen der Erinnerung als Kämpfe um Anerkennung. Zu Bedingungen einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit rechter Gewalt* (2019), in: *Leerstelle Rassismus? Analysen und Handlungsmöglichkeiten nach dem NSU*, Tina Dürr/Reiner Becker (Hrsg.), S. 156 –168, Frankfurt am Main, Wochenschau Verlag.

Wir danken dem Wochenschau Verlag und den Autor\*innen für das Recht, ihn in unserem Reader abdrucken zu dürfen.

#### 1. Appelle und Interventionen: Ausgangspunkte öffentlichen Erinnerens

In den ersten Januartagen 2018 erhielten Fatih Akin als Regisseur und die Hauptdarstellerin Diane Kruger durch die Verleihung des Golden Globe weltweit öffentliche Aufmerksamkeit für das »NSU-Rachedrama« (Zeit online, 8. Jan. 2018) **Aus dem Nichts**. Ob Akins Appell, sich der Opfer des NSU zu erinnern und seine »persönliche Verarbeitung des rechtsextremen Terrors« (aspekte, 17. Nov. 2017) zum »gedächtnisproduktiven Erinnerungsfilm« (Erl 2005, 160) taugen, ist umstritten. Ob der Film wie andere Arbeiten des Regisseurs gar zu einer »archival intervention« (Brunow 2015), einer Intervention in das Archiv der Erinnerung und des kollektiven Gedächtnisses wird, indem er in breitere gesellschaftliche Öffentlichkeiten ausstrahlt, bleibt abzuwarten. Denn »Medien werden erst durch bestimmte Formen des sozialen Gebrauchs zu Medien des kollektiven Gedächtnisses«, wie Astrid Erl und Stephanie Wodianka (2008, 5) betonen.

Kritische Auseinandersetzungen mit den Verbrechen des sogenannten NSU und das Erinnern an seine Opfer sind unterdessen durchaus vielfältig. Getragen wird diese Vielfalt im Wesentlichen durch das Engagement von Künstler\*innen, Theater- und Medienschaffenden sowie zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen: Ihre Kinofilme und Fernsehproduktionen, Theaterstücke, Webdokumentationen, Publikationen, Initiativen, Bündnisse und kollaborativen Veranstaltungen können als interventionistisches ›Doing Memory‹ verstanden werden; sie eröffnen Einblicke in die Erfahrungen von Menschen, die von rechter Gewalt und Rassismus betroffen waren oder sind. Diese Projekte und Praktiken, die vielfach unter ökonomisch prekären Bedingungen und nur aufgrund erheblichen persönlichen, ehrenamtlichen Einsatzes der Beteiligten realisiert wurden, eröffnen – so unser Ausgangspunkt – einen vielstimmigen Erinnerungsraum. Sie lenken die Aufmerksamkeit zugleich auf das Beschweigen von Rassismus und rechter Gewalt in Deutschland. Die am 19. November 2017 in Berlin stattgefundene Veranstaltung zur »Möllner Rede im Exil« ist nur ein Beispiel dafür, dass die Anerkennung von Praxen des öffentlichen Erinnerens immer wieder bestritten wird. Ob und inwiefern ein ›Doing Memory‹ an Rassismus und rechte Gewalt in der breiteren Öffentlichkeit Resonanz entfalten kann und Anerkennung erfährt, bleibt strittig. Dabei ist es zentral für ein demokratisches Zusammenleben in einer postmigrantischen Gesellschaft, wie sie in Deutschland längst soziale Realität geworden ist. Dass ›Doing Memory‹ an rechte Gewalt hierfür elementar ist und Bestandteil der gesellschaftlichen ›Basiserzählung‹ werden muss, werden wir im Folgenden theoretisch begründen. Wir wollen zeigen, dass die Bedeutsamkeit einer Auseinandersetzung mit Formen des Erinnerens und Vergessens an rechte Gewalt für gesellschaftliche Selbstverständigung nicht

## Aus dem Nichts **i**

ist ein Spielfilm von Fatih Akin aus dem Jahr 2017. Die deutsch-französische Ko-Produktion wurde durch den 2004 von der Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) verübten Nagelbombenanschlag in Köln inspiriert. Im Mittelpunkt steht eine Frau, dargestellt von Diane Kruger, die bei einem Bombenanschlag ihren deutsch-kurdischen Ehemann und ihren Sohn verliert. Als das rechtsextremistische Täterpaar mangels Beweisen vom Gericht freigesprochen wird, sucht sie nach den inzwischen geflohenen Tätern, um Selbstjustiz zu verüben.

überschätzt werden kann: Erinnern und Vergessen sind als umkämpfte Praxen eng verwoben mit individueller wie gesellschaftlicher Anerkennung von Erfahrungen, sozialen Positionen, dem Zugestehen und Beanspruchten Können von Rechten und der Möglichkeit, eine gemeinsame Zukunft in heterogenen Gesellschaften zu entwerfen.

Im folgenden Abschnitt führen wir den Begriff der ›Basiserzählung‹ als wesentliches Element politischer Kultur ein. Im Anschluss thematisieren wir öffentliches Erinnern und Vergessen als zentrale, machtvollere Praxis, die Anerkennung und damit auch die Betrauerbarkeit der Opfer rechter Gewalt und ein gesellschaftliches Miteinander erzbzw. verunmöglichen. Im Ausblick erörtern wir die Frage, worauf sich eine anerkennende Erinnerungspraxis im Umgang mit den Auswirkungen rechter Gewalt gründen kann. Unsere Überlegungen zielen u.a. darauf, ›Doing Memory‹ an rechte Gewalt zu einer »intersektionalitätsbewussten Erinnerungspraxis« (vgl. Leidinger 2015, 35) zu machen. Diese muss immer wieder danach befragt werden, aus welchen sozialen Positionen und ausgestattet mit welchen Ressourcen wessen Erinnerung in einem historisch, sozioökonomisch, politisch und kulturell spezifisch geprägten Kontext überhaupt artikuliert, öffentlich sicht- und hörbar gemacht und wie ihr Anerkennung verschafft werden kann. Eine »politics of listening« (Dreher 2009) und ein Einüben in »power sharing« können hierfür Voraussetzungen schaffen (Digoh-Ersoy 2017).

## 2. ›Basiserzählung‹, politische Kultur und (De-)Thematisierungen rechter Gewalt

Im Anschluss an Trutz von Trotha (1993) haben Thomas Herz und Michael Schwab-Trapp das Konzept der ›Basiserzählung‹ für eine Auseinandersetzung mit der (Nach-)Geschichte des Nationalsozialismus und dem Auftreten rassistischer Gewalt in den frühen 1990er-Jahren fruchtbar gemacht. Als zentraler Teil der politischen Kultur einer Gesellschaft ist die ›Basiserzählung‹ »diejenige Konstruktion der Geschichte einer Gesellschaft und Kultur, die die beherrschenden legitimatorischen Konstruktionen der Vergangenheit enthält und deshalb in den Konflikten um die Konstruktion der Vergangenheit unausweichlicher Bezugspunkt ist« (Trotha 1993, 6 f.). Folgt man Herz und Schwab-Trapp, so ist die ›Basiserzählung‹ der Bundesrepublik Deutschland die Geschichte des Nationalsozialismus und seiner »Aufarbeitung«. Im Jahr 1997 rekonstruierte Herz diese wie folgt:

*»Das deutsche Volk sah sich eines Tages mit den Nationalsozialisten konfrontiert. Die Nazis errichteten ein totalitäres und despotisches Regime. Es war ein Willkür- und Unrechtsstaat. Es gab Widerstand gegen dieses Regime, denn das deutsche Volk war verleitet worden. Die Deutschen waren*

*in Wirklichkeit eine ›Gemeinschaft‹ der Leidenden. Dies gilt vor allem für die Soldaten. Sie kämpften für ihr Vaterland und nicht für die Nazis. Ein Mittel, um das Herrschaftssystem zu stabilisieren, war der wirtschaftliche Erfolg, zumindestens bis Anfang des Krieges. Nach dem Krieg hat man sich erfolgreich mit der NS-Vergangenheit auseinandergesetzt. Die Deutschen haben aus der Vergangenheit gelernt. Das Wirtschaftswunder und der Wohlfahrtsstaat haben dazu beigetragen, eine stabile Gesellschaft zu errichten. Die Bundesrepublik ist pluralistisch und offen. Die Vernichtung der europäischen Juden war ein Verbrechen, aber auch die Vertreibung der Deutschen war ein Verbrechen. Andere Länder haben auch Kriegsverbrecher. Es gibt keine Kollektivschuld, nur Kollektivverantwortlichkeit. Die Deutschen haben Wiedergutmachung an das jüdische Volk geleistet und haben die Verbrecher verurteilt. Das Leiden an der NS-Vergangenheit ist Teil des jüdischen, nicht aber des deutschen Schicksals« (Herz 1997, 251).*

In der Konkretisierung besteht die ›Basiserzählung‹ aus einer Anzahl von »Kurzgeschichten« und »Kleinst Erzählungen«, die – je nach Thema – bestimmte Aspekte aufgreifen und kontextuell einpassen, »wie die Deutschen an die Nazis gerieten, was sie während des Krieges taten, was dann nach Ende des Krieges geschah und welche Konsequenzen sie daraus zogen.« (ebd.). Diese Ausdifferenzierung der ›Basiserzählung‹ in ihre Kleinst Erzählungen legen einen mikroskopischen Zugang nahe – etwa entlang konkreter Kontroversen um die Praxen der Erinnerung an rechte Gewalt –, um die Mechanismen der Reproduktion und Veränderung der ›Basiserzählung‹ erkennen zu können. Denn es geht neben der je hegemonialen Erzählung immer auch um die Wirkmächtigkeit konkurrierender Deutungsangebote.

Herz und Schwab-Trapp haben mit Blick auf die rassistische Gewaltwelle und die politischen Kontroversen um die Einschränkung des Asylrechts in den frühen 1990er-Jahren, aber auch aufgrund des Zusammentreffens zweier ›Basiserzählungen‹ im Zuge der Vereinigung der beiden deutschen Staaten von einem ›institutionellen Vergessen‹ gesprochen. In dessen Zuge wurden institutionell verankerte Lehren aus dem Nationalsozialismus – wie der Artikel 16 GG (»Politisch Verfolgte genießen Asyl«), aber auch der Verzicht auf die Neugründung eines deutschen Generalstabs – in ihrer Bedeutung relativiert und zunehmend infrage gestellt.

Auf das interessengeleitete und von Machtverhältnissen durchzogene Feld des Erinnerns hat Michael Kohlstruck (2004) aus handlungstheoretischer Perspektiv hingewiesen; er schlägt vor, »Embedded Memory« unter Einbeziehung von Diskursen sowie von politischem Handeln und damit von politischen Zuständigkeiten, Entscheidungen, Institutionen und Ressourcen zu untersuchen.





Die Veränderung der ›Basiserzählung‹ seit 1989/90 kann in diesem Beitrag nicht systematisch nachgezeichnet werden; hier ist vor allem darauf hinzuweisen, dass es eine – vielfach von zivilgesellschaftlichen Initiativen vorangetriebene – Intensivierung und Ausweitung der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus gegeben hat, die zunehmend die Bevölkerung erreichte. Diese beinhaltete eine kritische Auseinandersetzung mit den Täter\*innen – etwa in Gestalt der Ausstellungen »Verbrechen der Wehrmacht« (1995 bis 1999 bzw. 2001 bis 2004) und »Topographie des Terrors« (seit 2010) – sowie eine breit angelegte Darstellung des Leidensweges und des Widerstandes der zahlreichen Opfergruppen. In mühsamen »Anerkennungskämpfen« (Tümmers 2011) konnte für einige, wenn auch nicht für alle Opfergruppen auch materielle Entschädigung durchgesetzt werden – zum Teil jedoch um den Preis der De-Politisierung der Verfolgtenvertretung (Borggräfe 2014). Im Bereich der Gedenkstättenarbeit konstatiert Cornelia Siebeck (2015) bei aller Anerkennung der Entwicklung erkenntniskultureller Reflexivität mit der Entstehung einer »Gedenkstättenlandschaft« einhergehende gedächtnispolitische Institutionalisierungsprozesse, in deren Zuge jene zunehmend ihr gegenwartskritisches Profil verliere.

Lässt sich konstatieren, dass sich die vielfältigen Erinnerungspraxen an die Opfer der beiden deutschen Diktaturen bei aller Widersprüchlichkeit und Ambivalenz in eine ›Basiserzählung‹ einfügen, der zufolge die Deutschen aus ihrer Geschichte gelernt haben, so beschweigt die ›Basiserzählung‹ um ihrer Konsistenz willen beharrlich die lange Tradition und Substanz des Rassismus im Allgemeinen und rechter Gewalt im Besonderen in der Geschichte der beiden deutschen Staaten. Da im hegemonialen Sprechen über Rassismus dieser entweder in die Vergangenheit verlegt oder im Außen des eigenen Nationalstaats verortet wurde (Attia 2014) und rassistische Gewalt entweder entpolitisiert, pathologisiert oder pädagogisiert wurde (Herz 1996), in zahlreichen Fällen gar eine Täter-Opfer-Umkehr stattfand, blieben die Erfahrungen und Sichtweisen der Betroffenen in der Mehrheitsgesellschaft weitestgehend ungehört.

Dieses »Verwerfen« der Thematisierung von Rassismus und rechter Gewalt und des bei den Betroffenen jeweils situierten Wissens (Perinelli 2017, 155f f.) ging mit der Verweigerung der Anerkennung der Subjekte und damit ihrer Ausgrenzung – aus der Gesellschaft wie aus der ›Basiserzählung‹ – einher. Dies macht deutlich, dass für ein demokratisches Zusammenleben tragfähige Meta-narrative benötigt werden und damit eine intensive Beschäftigung mit den Praktiken des Erinnerns, die immer auch Verdrängung, Verleugnung und Verwerfung (Marchart 2005) hervorbringen und mit Vergessen als ›Filter‹, ›Waffe‹ oder ›Neubeginn‹ verbunden sein können (Assmann 2016). ›Erinnern‹ allein als das Archivieren und Speichern abgeschlossener und damit statisch gewordener Vergangenheiten zu verstehen, hieße also, ihre politische Dimension wie ihre sozial-ethische Relevanz zu übersehen.

Während in zahlreichen Fällen gar eine Täter-Opfer-Umkehr stattfand, blieben die Erfahrungen und Sichtweisen der Betroffenen in der Mehrheitsgesellschaft weitestgehend ungehört.

### 3. Zur Wirkungsmacht und Veränderbarkeit von Erinnern und Vergessen

Denkt man Erinnern und Vergessen programmatisch als miteinander verwoben und versteht Erinnern als performativen Prozess (vgl. Fischer-Lichte/Lehnert 2000, 14) eines permanenten (partiellen) Neu- und Überschreibens von Vorstellungen über die Vergangenheit, eröffnen sich Einblicke in die Machtbasiertheit, aber auch in die Veränderbarkeit dieser Vergangenheitskonstruktionen und ihrer sozialen Wirkungsmacht (vgl. Gerbel u.a. 2005, 15). Eine solche Konzeptualisierung von ›Doing Memory‹ kann von geschlechtertheoretischen Überlegungen zu ›Doing Gender‹ profitieren: Meike Penkwitt (2006, 2007) hat überzeugend argumentiert, dass sich erstens individuelles Erinnern ganz ähnlich wie eine individuelle Auffassung von Geschlecht als von hegemonialen Diskursen und Praktiken geprägt erkennen lässt: Der Anrufung des Subjekts durch die heteronormative Matrix in der Gender-Debatte entspricht im Kontext der Erinnerungsdiskussion die Rahmung der individuellen Erinnerungen durch das kollektive Gedächtnis. Im Gedächtnis bleibt, wie Maurice Halbwachs (1985) mit seinem Begriff der »Erinnerungsrahmen« postuliert hat, was gegenwärtige Gesellschaften aktualisieren können. Zweitens lässt sich argumentieren, dass das Gedächtnis durch konkrete Erinnerungsakte (›Doing Memory‹) hervorgebracht wird – ganz ähnlich wie der Geschlechtskörper durch die Akte des ›Doing Gender‹. Drittens befördern Einsichten in Prozesse des ›Doing Gender‹ auch erkenntnisfördernde Perspektiven auf Erinnern als in einer konkreten Gegenwart stattfindende (und kreative) Prozesse, die als »situierter Wissensproduktion« (Haraway 1988) verstanden werden können: Betont wird damit die historische Spezifität und Verbindlichkeit von Wissensproduktion sowie deren Verbundenheit mit einer Welt raumzeitlicher Körper. Frühere Akte des ›Doing Gender‹/›Doing Memory‹ haben sich im vermeintlich rein biologischen Körper und der vermeintlich historischen ›Wahrheit‹ materialisiert. Performativ sind aber nicht nur die Akte der Individuen; Judith Butler hat (2001b) immer wieder auf die Performativität des Diskursiven – d. h. auch der hier thematisierten Kleinst erzählungen bis hin zu metanarrativen ›Basiserzählungen‹ – hingewiesen, denen die Individuen ausgesetzt sind. Auf die Anrufung oder das ›Schweigen‹ in Erinnerungsdiskursen reagieren Individuen mit dem Akt der Subjektwerdung unter Bedingungen der Macht, der sie gesellschaftlich positioniert. Das bedeutet aber keineswegs, dass diesen Bedingungen nicht auch entgegengetreten werden kann.

Wir haben argumentiert, dass in Prozessen der Konstruktion von Vergangenheit erinnert und vergessen wird; die Forschung und Konzeptualisierung von Formen des Vergessens etwa als ›automatisch‹, aber auch als ›selektiv‹, ›strafend‹, ›defensiv‹ und schließlich als ›konstruktiv‹ oder ›therapeutisch‹ (vgl. Assmann 2016) lässt insbesondere mit Blick auf rassistische und rechte Gewalt zunächst einmal fragen, unter welchen Bedingungen welche sozialen Tatbestände wie und aus welchen Gründen ›vergessen‹ wurden. Bis heute ist bemerkenswert, in welchem geringem Maße migrantische Erfahrungen in den beiden deutschen Staaten sichtbar gemacht wurden (vgl. z. B. Motte/Ohliger 2004); eine gemeinsame Erinnerung gibt es im Zusammenhang der Migrationsgeschichte bislang de facto nicht. Und doch macht die zu Beginn unseres Beitrags einsetzende Auseinandersetzung um den NSU-Komplex deutlich, dass intervenierendes Erinnern auch Veränderung hervorbringen kann. Erinnern archivierte eben nicht nur, es konstituiert das Erinnerte in der performativen Hervorbringung, inszeniert, reinszeniert und modifiziert es dabei ständig durch immer wieder neue Modelle und Medien des Erinnerns; besonders augenfällig machen dies die in den vergangenen Jahren produzierten Kino- und Fernsehfilme<sup>1</sup> sowie Theaterstücke<sup>2</sup>, die Perspektiven für ein emanzipatorisches ›Doing Memory‹ im Kampf um Anerkennung eröffnen.

#### 4. »Doing Memory« – Formen des Vergessens und der Kampf um Anerkennung

Oliver Marchart konzeptualisiert die Formen des ›Schweigens‹ als ›negatorische‹ Strategien der ›Verdrängung‹, ›Verleugnung‹ und ›Verwerfung‹ (2005); sie sind für die Betroffenen gewaltsam und schmerzlich, für die erwähnte »ethisch-moralische Verfasstheit« einer Gesellschaft und deren Zukunft konstituierend – in einer analytischen Aufschlüsselung aber auch Ausgangspunkte für Intervention.

Während ›Verleugnung‹ in hegemonialen Diskursen auf das von Akteur\*innen in Erinnerung Gerufene abwehrend, verneinend oder denunzierend reagiert, aber es noch benennt, überschreibt ›Verdrängung‹ die Gegenposition oder belegt sie mit Schweigen: Es wird »still um das jeweils Verdrängte (das Undenkbare oder Tabuisierte)« (Marchart 2005, 29). Das ›Verworfenen‹ ist in Marcharts Konzeptualisierung das, was aus einem hegemonialen Projekt ausgeschlossen werden muss, damit »dieses nicht in seiner Gesamtheit kollabiert« (ebd., 32) – wie wir gezeigt haben, gehört(e) die Auseinandersetzung mit Rassismus zu diesem Verworfenen im Nachkriegsdeutschland. Entsprechend haben wir in unserer Studie über die mediale Berichterstattung über die Verbrechen

des NSU vor seinem Bekanntwerden im November 2011 herausarbeiten können, dass Rassismus und rechte Strukturen über Jahre hinweg weder in der Berichterstattung noch – öffentlich erkennbar – von Seiten der Ermittlungsbehörden als mögliche Ursache der Verbrechen ernsthaft in Betracht gezogen wurde; Opfer und Angehörige der rassistischen Morde wurden vielfach als Teil krimineller Strukturen dargestellt, sehr selten wurden sie als Sprechende oder Handelnde gezeigt. Berichte, die sie als Mitglieder einer Familie oder Nachbarschaft und als zu Betrauende zeigen, waren kaum zu finden (Virchow u.a. 2015). Mit »Schmerzliche Heimat. Deutschland und der Mord an meinem Vater« hat Semiya Şimşek (2013) öffentlich ihre Stimme erhoben. Auch die Interviews und Gespräche mit Angehörigen der durch den NSU Ermordeten in »Unsere Wunden kann die Zeit nicht heilen« (John 2014) können als Praxen der Erinnerung im Kampf um Anerkennung betrachtet werden. Diese sind insbesondere als Arbeit an dem gesamten Feld der Normen zu verstehen, die regulieren, ob und inwiefern Individuen, Lebensweisen, Erfahrungen und Forderungen anerkannt gemacht werden (vgl. Schaffer 2008, 20; Butler/Athanasίου 2014, 125). Indem die Ermordeten öffentlich lange nicht als Opfer, sondern als Täter dargestellt wurden, entsprachen sie nicht den Normen der Anerkennung und damit auch nicht den Normen der Betrauerbarkeit. Wie Anja Michaelen zeigt, wurden die in der Öffentlichkeit nicht anerkannten Opfer zu marginalisierten Subjekten; mit Blick auf die persönlichen Schilderungen etwa von Gamze Kubasik, der Tochter des am 4. April 2006 in Dortmund ermordeten Mehmet Kubasik, wird erkennbar: »Unbetrauerbarkeit hat – so lassen die Schilderungen der Betroffenen und die Angehörigen der Opfer des NSU schließen – Nicht-Trauern-können zur Folge« (Hervorh. i. O., Michaelen 2015, 37). Insofern ist eine »Wiederaneignung von Erinnerung« (Fischer 2018, 131) elementar – und keineswegs allein Aufgabe der Betroffenen (Guski 2012; Böse/Schmidt 2017; Kahveci/Sarp 2017).

#### 5. Zur Etablierung anerkennender Erinnerungspraxen

Die von uns vorgeschlagene Konzeptualisierung von »Doing Memory« als performative in eine hegemoniale ›Basiserzählung‹ eingebettete und in diese intervenierende Praxis des Erinnerns und Vergessens hilft analytisch zu verstehen, wie wessen und welche Erinnerungen in öffentlichen Räumen artikuliert und in einer Gesellschaft relevant gesetzt werden. Idealerweise ermöglicht ein intersektionalitätsbewusstes, emanzipatorisches »Doing Memory« Anerkennung – als »Grundstein einer Ethik« (Honneth 1997, 25) im Sinne des Leitmotivs einer »Vorstellung einer partizipatorischen Parität«

(Fraser 2003, 54), die nach gesellschaftlicher Achtung strebt, bzw. als unverzichtbare Voraussetzung, um »existieren zu können und (an)erkennbar zu sein« (Butler 2001b, 593). Anerkennende Erinnerung ist vielfach konfliktvoll, sie hat zugleich das Potenzial, vielfältige Möglichkeiten des Austauschs über gleiche politische und soziale Rechte als Grundlage des Zusammenlebens in heterogenen Gesellschaften zu eröffnen. Gestritten werden muss darum, dass Positionen der vielfältigen rassistisch-kritischen Erinnerungspraxis, für die die eingangs erwähnte »Möllner Rede im Exil« ein Beispiel ist, mit der auf die lange Kette der rassistischen Gewalt in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands verwiesen wird, als konstituierendes Element in eine neue, von vielen geteilte »Basiserzählung« eingehen müssen. Zentral ist dabei, dass Betroffene und Opfer zu Handelnden und Gestaltenden dieses »Doing Memory« werden können. Gerichtet an die Mehrheitsgesellschaft lautet eine der Herausforderungen, zu sprechen, um sich jeder Form eines rassistischen »komplizierten Schweigens« (Assmann 2016: 157) entgegenzustellen – und zuzuhören, was im Sinne eines »politics of listening« weniger darauf zielt, den Marginalisierten eine Stimme zu verleihen, sondern darauf, die Anerkennungsnormen, Privilegien und Institutionen infrage zu stellen, die regulieren, wer gehört, was gesagt und woran erinnert werden kann.

**1** Exemplarisch seien genannt Kinoproduktionen wie »Der Kuaför aus der Keupstraße« (2016, Regie: Andreas Maus) oder »6 Jahre, 7 Monate und 16 Tage. Die Morde des NSU« (2017, Regie/Buch/Kamera: Sobo Swobodnik) sowie dokumentarisch angelegte TV-Produktionen wie der schon 2011 im öffentlich-rechtlichen Fernsehen gezeigte Film »Acht Türken, ein Grieche und eine Polizistin« (2011, ARD, von Matthias Deiß, Eva Müller und Anne Kathrin Thüringer), »Der NSU-Komplex – Die Jagd auf die Terroristen« (2015/2016, Koproduktion im Auftrag der ARD; Regie: Stefan Aust/Dirk Laabs) oder der Fernseh-Dreiteiler »Mitten in Deutschland« (2016, ARD). »Letzte Ausfahrt Gera. Acht Stunden mit Beate Zschäpe« (2016, ZDF, Regie: Raymond Ley) kombiniert als »Dokudrama« dokumentarische und fiktionale Elemente, der Fernsehthriller »Dengler – Die schützende Hand« (2017, ZDF, Regie: Lars Kraume) ist an den gleichnamigen Krimi von Wolfgang Schorlau angelehnt.

**2** Seit der Spielzeit 2013/14 haben sich rund 25 Inszenierungen mit dem Thema »NSU« befasst (vgl. Brod 2018, i.E.). Die Stücke erzählen aus verschiedenen Perspektiven: das Münchner Stück »Urteile« von Christine Umpfenbach und Azar Mortazavi oder »Schmerzliche Heimat« (2013) von Semiya Şimşek und Peter Schwarz aus der Sicht der Angehörigen der Opfer und Betroffenen; »Rechtmaterial« (Regie: Jan-Christoph Gockel) aus der Sicht der Täter\*in und mit Fokus auf die involvierten Institutionen etwa »Auch Deutsche unter den Opfern« von Tugsal Mogul. Andere – wie etwa »Das schweigende Mädchen« von Elfriede Jelinek oder »Warum musste Theo sterben? Der NSU, die Einwanderer und der Staat« (Regie: Antonis Chryssoulakis) – kombinieren Perspektiven.



## LITERATUR

- Assmann, Aleida (2016): Formen des Vergessens. Göttingen. Attia, Iman (2014): Rassismus (nicht) beim Namen nennen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 13 – 14/2014, S. 8 – 14.
- Borggräfe, Henning (2014): Zwangsarbeiterentschädigung. Vom Streit um »vergessene Opfer« zur Selbstaussöhnung der Deutschen. Göttingen.
- Brod, Anna (2018): Theater erzählen den NSU. Persönliche und gesellschaftliche Krisen auf der Bühne. In: Hnilica, Irmtraud/Wortmann, Thomas/Balint, Juditha (Hrsg.): Krisen erzählen. Würzburg, i. E.
- Brunow, Dagmar (2015): Remediating Transcultural Memory. Documentary Filmmaking as Archival Intervention. Berlin.
- Butler, Judith (2001a): Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung. Frankfurt/M.
- Butler, Judith (2001b): »Eine Welt, in der Antigone am Leben geblieben wäre«. Interview mit Judith Butler (geführt von Carolin Emcke und Martin Saar). In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 4/2001, S. 587 – 599. Butler, Judith/Athanasiou, Athena (2014): Die Macht der Enteigneten. Zürich.
- Digoh-Ersoy, Laura (2017): Schwarze Geschichte(n) in Deutschland erinnern. Rassismuskritische Bildung als Empowermentarbeit. In: Broden, Anne/Höfl, Stefan E./Meier, Marcus (Hg.): Antisemitismus, Rassismus und das Lernen aus Geschichte(n). Weinheim, S. 98 – 108.
- Dreher, Tanja (2009): Listening across Difference. Media and multiculturalism beyond the politics of voice. In: Continuum, 4/2009, S. 445 – 458.
- Erl, Astrid (2005): Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung. Stuttgart. Erl, Astrid/Wodianka, Stephanie (2008): Einleitung: Phänomenologie und Methodologie des »Erinnerungsfilms«. In: Dies. (Hg.): Film und kulturelle Erinnerung. Plurimediale Konstellationen. Berlin, S. 1 – 20.
- Fischer, Gabriele (2018): Betrauerbarkeit, Erinnerung und Gedenken an die Mordopfer des NSU aus anerkennungstheoretischer Perspektive. In: Thomas, Tanja/Brink, Lina/Grittmann, Elke/de Wolff, Kaya (Hg.): Anerkennung und Sichtbarkeit. Bielefeld, S. 121 – 135.
- Fischer-Lichte, Erika/Lehnert, Gertrud (2000): Der Sonderforschungsbereich »Kulturen des Performativen«. In: Paragrana. Internationale Zeitschrift für historische Anthropologie, Inszenierungen des Erinnerns, 2/2000, S. 9 – 19.
- Fraser, Nancy (2003): Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik. Umverteilung, Anerkennung und Beteiligung. In: Fraser, Nancy/Honneth, Axel: Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse. Frankfurt/M., S. 13 – 128.
- Gerbel, Christian/Lechner, Manfred/Lorenz, Dagmar C. G./Marchart, Oliver/Öhner, Vräth/Steiner, Ines/Strutz, Andrea/Uhl, Heidemarie (Hg.) (2005): Transformationen gesellschaftlicher Erinnerung. Zur »Gedächtnisgeschichte« der Zweiten Republik. Wien.
- Guski, Roman (2012): Nach Rostock-Lichtenhagen: Aufarbeitung und Perspektiven des Gedenkens. In: Prenzel, Thomas (Hrsg.): 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontext, Dimensionen und Folgen rassistischer Gewalt. Rostock, S. 31 – 52.
- Halbwachs, Maurice (1985): Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen. Frankfurt a. M.
- Haraway, Donna (1988): Situated Knowledges: The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective, In: Feminist Studies, 3/1988, S. 575 – 599.

- Herz, Thomas (1996): Rechtsradikalismus und die ›Basiserzählung‹. Wandlungen in der politischen Kultur Deutschlands. In: Falter, Jürgen Wlaschke, Hans-Gerd/Winkler, Jürgen R. (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. PVS-Sonderheft 27/1996, S. 485 – 501.
- Herz, Thomas (1997): Die ›Basiserzählung‹ und die NS-Vergangenheit. Zur Veränderung der politischen Kultur in Deutschland. In: Herz, Thomas/Schwab-Trapp, Michael: Umkämpfte Vergangenheit. Diskurse über den Nationalsozialismus seit 1945. Opladen, S. 249 – 265.
- Höse, Vanessa/Schmidt, Susanne (2017): Die Keupstraße und der NSU-Komplex. Multiple Gewalterfahrungen und Perspektiven der Aufarbeitung und Gegenwehr. In: Broden, Anne/Höfl, Stefan E./Meier, Marcus (Hg.): Antisemitismus, Rassismus und das Lernen aus Geschichte(n). Weinheim, S.109 – 116.
- Honneth, Axel (1997): Anerkennung und moralische Verpflichtung. In: Zeitschrift für philosophische Forschung 51 (1997), S. 25 – 41.
- John, Barbara (Hrsg.) (2014): Unsere Wunden kann die Zeit nicht heilen. Was der NSU-Terror für die Opfer und Angehörigen bedeutet. Freiburg.
- Kahveci, Çağrı/Sarp, Özge Pmar (2017): Von Solingen zum NSU. Rassistische Gewalt im kollektiven Gedächtnis von Migrant\*innen türkischer Herkunft. In: Karakayali, Juliane/Kahveci, Çağrı/Liebscher, Doris/Melchers, Carl (Hrsg.): Den NSU-Komplex analysieren. Bielefeld, S. 37–56.
- Kohlstruck, Michael (2004): Erinnerungspolitik. Kollektive Identität, Neue Ordnung, Diskurshegemonie. In: Schwelling, Birgit (Hrsg.): Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Wiesbaden, S.173–193.
- Leidinger, Christiane (2015): Zur Politik der Platzbenennung. Überlegungen für eine Geschichtspolitik und historische Erinnerungskultur als gegenhegemoniale Wissensbildung entlang von Intersektionalität (-sbewusstsein), Empowerment und Powersharing. In: Invertito. Jahrbuch für die Geschichte der Homosexualitäten, 17/2015, S. 9 – 47.
- Marchart, Oliver (2005): Das historisch-politische Gedächtnis. Für eine politische Theorie politischer Erinnerung. In: Gerber, Christian/Lechner, Manfred/Lorenz, Dagmar C. G./Marchart, Oliver/Öhner, Vrääh/Steiner, Ines/Strutz, Andrea/Uhl, Heidemarie (Hg.): Transformationen gesellschaftlicher Erinnerung. Zur »Gedächtnisgeschichte« der Zweiten Republik. Wien, S. 21 – 49.
- Michaelsen, Anja (2015): Nicht-Trauern-Können und demonstratives Trauen. Affektive Folgen rassistischer Gewalt. In: Bose, Käthe von/Klöppel, Ulrike/Köppert, Katrin/Michalski, Karin/ Treusch, Pat (Hg.): I is for Impasse. Affektive Queerverbindungen in Theorie Aktivismus Kunst. Berlin, S. 33 – 44.
- Motte, Jan/Ohliger, Rainer (Hg.) (2004): Geschichte und Gedächtnis in der Einwanderungsgesellschaft. Migration zwischen historischer Rekonstruktion und Erinnerungspolitik. Essen.
- Penkwitt, Meike (2006): Einleitung »Erinnern und Geschlecht« Band I. In: Ausgabe 19 der Freiburger FrauenStudien. Freiburg, S. 1 – 26.
- Perinelli, Massimo (2017): Situiertes Wissen vs. Korruptiertes Wissen. Warum die migrantische Perspektive in die Wissenschaft gehört. Und der Verfassungsschutz raus. In: Karakayali, Juliane/Kahveci, Çağrı/Liebscher, Doris/Melchers, Carl (Hg.): Den NSU-Komplex analysieren. Bielefeld, S. 145–162.
- Schaffer, Johanna (2008): Ambivalenzen der Sichtbarkeit. Über die visuellen Strukturen der Anerkennung. Bielefeld.
- Siebeck, Cornelia (2015): 50 Jahre ›arbeitende‹ NS-Gedenkstätten in der Bundesrepublik. Vom gegenkulturellen Projekt zur staatlichen Gedenkstättenkonzeption – und wie weiter? In: Gryglewski, Elke/Haug, Verena/Kößler, Gottfried/Lutz, Thomas/Schikorra, Christa (Hg.): Gedenkstättenpädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen. Berlin, S. 19 – 43.
- Şimşek Semiya/Schwarz, Peter (2013): Schmerzliche Heimat. Deutschland und der Mord an meinem Vater. Berlin.
- Throtha, Trutz von (1993): Politische Kultur, Fremdenfeindlichkeit und rechtsradikale Gewalt. Notizen über die politische Erzeugung von Fremdenfeindlichkeit und die Entstehung rechtsradikaler Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland, Beitrag zur Tagung ›No Justice – No Peace?‹, Penn State University.
- Tümmers, Henning (2011): Anerkennungskämpfe. Die Nachgeschichte der nationalsozialistischen Zwangssterilisation in der Bundesrepublik. Göttingen.
- Virchow, Fabian/Thomas, Tanja/Grittmann, Elke (2015): ›Das Unwort erklärt die Untat‹. Die Berichterstattung über die NSU-Morde – eine Medienkritik. Frankfurt/M.
- o. A. (o. J.): In Gedenken an Samuel Yeboah. <https://antifa-saar.org/samuel-yeboah/> (zuletzt aufgerufen am 9.7.2017).
- o. A. (2013): Demonstration soll an ermordeten Kamal K. in Leipzig erinnern – Verkehrsbehinderungen. <http://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Demonstration-soll-an-ermordeten-Kamal-K.-in-Leipzig-erinnern-Verkehrsbehinderungen> (zuletzt aufgerufen am 9.7.2017).
- o. A. (2016): Gedenktafel für Kamal K. nach Zerstörung erneuert. <http://www.rassismus-toetet-leipzig.org/index.php/gedenktafel-fuer-kamal-k-nach-zerstoerung-erneuert/> (zuletzt aufgerufen am 9.7.2017).
- o. A. (2016). In Gedenken an Samuel Yeboah. <https://www.youtube.com/watch?v=UrU8nYLKYZI> (zuletzt aufgerufen am 9.7.2017).
- o. A. (2017): Gedenktafel für Kamal K. gestohlen. <http://www.rassismus-toetet-leipzig.org/index.php/gedenktafel-fuer-kamal-k-gestohlen/> (zuletzt aufgerufen am 9.7.2017).
- Antifa Saar/Projekt AK (o.J.): In Erinnerung an Samuel Yeboah. <http://samuel-yeboah.de> (zuletzt aufgerufen am 1.10.2017).
- Brausam, Anna (o.J.): Todesopfer rechter Gewalt seit 1990. <http://www.opferfonds-cura.de/zahlen-und-fakten/todesopfer-rechter-gewalt> (zuletzt aufgerufen am 8.7.2017).
- Elsternwelle (2014): Übergabe: Asylbewerberheim in Hoyerswerda. <https://www.youtube.com/watch?v=j6sRNfxoDAQ> (zuletzt aufgerufen am 1.10.2017).
- Initiative »Pogrom 91« (2014): Redebeitrag zur Einweihung des Denkmals an den Herbst 1991 in Hoyerswerda. <http://pogrom91.tumblr.com/post/97895099889/redebeitrag-denkmals-erffimng-hoyerswerda-1991> (zuletzt aufgerufen am 1.10.2017).
- Katzbach, Anita (1997): »Die Leute haben andere Probleme«. In: Jungle World, 41/1997. <http://jungle-world.com/artikel/1997/40/38572.html> (zuletzt aufgerufen am 8.7.2017).
- Klei, Alexandra (2013): Ein Stein ist ein Stein ist ein Stein ... <http://www.re-guben.de/?p=44> (zuletzt aufgerufen am 9.7.2017).
- Kolodziej, Mirko (2011): Umfrage zu Gedenk-Zeichen an den Herbst 1991. Sächsische Zeitung. Nagel, Julia (2013): Gedenkort für Opfer rechter Gewalt in Leipzig – Künstlerische Maßgaben wiegen höher als die Ideen von Hinterbliebenen? <https://jule.linxnet.de/index.php/2013/07/gedenkort-fur-opfer-rechter-gewalt-in-leipzig-kunstlerische-masgaben-wiegen-hoher-als-die-ideen-von-hinterbliebenen/> (zuletzt aufgerufen am 9.7.2017).
- RE:GUBEN (o.J.): Über uns. [http://www.re-guben.de/?page\\_id=30](http://www.re-guben.de/?page_id=30) (zuletzt aufgerufen am 9.7.2017).
- Skora, Stefan (2012): IDEEN gesucht – gegen das Vergessen. Künstlerischer Wettbewerb der Stadt Hoyerswerda zum Gedenken an den Herbst 1991.

## 1.3 ÜBER SPRACHE UND JUSTIZ: ERINNERUNGSKULTUR IN DER BRD *REVISITED* *Ein Kommentar*

Mona Schäfer AG Lernen und Gedenken · LV Rheinland-Pfalz

Durch die drängende Gegenwärtigkeit Rechten Terrors verwundert es nicht, dass beim Volkstrauertag 2020 erstmals eine neue Formulierung in das vom Bundespräsidenten verlesene Totengedenken im Bundestag aufgenommen wurde: »Wir gedenken auch derer, die bei uns durch Hass und Gewalt Opfer geworden sind. Wir gedenken der Opfer von Terrorismus und Extremismus, Antisemitismus und Rassismus in unserem Land.«<sup>1</sup> Diese erstmalige Nennung ist überraschend (spät), sind doch seit 1945 zahlreiche und seit 1990 über 200 Menschen von Rechten ermordet worden. Gleichzeitig stellt sich mit der Benennung auch die Frage, wie eine staatliche Aufarbeitung an Rechten Terror nach 1945 in der Bundesrepublik über den Volkstrauertag hinaus aussehen wird. Wenn darüber geredet wird, steht das immer im Zusammenhang mit der Erzählung der Deutschen als »Erinnerungsweltmeister«: Die Mär, den Faschismus überwunden und abschließend aufgearbeitet zu haben, ist einer der Dreh- und Angelpunkte der nationalen Erzählung der BRD. Linke kritisieren die Unzulänglichkeit der Aufarbeitung, während Rechte<sup>2</sup> einen Schlussstrich fordern. Das scheint der selbstbezeichneten »Mitte« eine Begründung, den Status quo richtig zu finden. Die Ablehnung der beiden »extremen Ränder« dient der Gesellschaft, in der die Extremismustheorie Staatsraison ist, als Bestätigung des Narratives der guten Deutschen, die das mantrahaft genutzte »Nie wieder!« verinnerlicht haben. Es steht zu

befürchten, dass an dieses »Erfolgsrezept« über das Gedenken an die Ermordeten des Faschismus hinausgeschlossen wird. Das würde heißen, staatlich organisiertes Gedenken an Opfer rechter Gewalt nach 1945 als eine Blaupause des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus zu inszenieren, deren Quintessenz war und ist: Kränze und Schweigeminuten, dazu Reden, die mehr Phrasen als ernstzunehmende, zukunftsweisende Gedanken und Maßnahmen enthalten.

Flankiert wird diese entkernte Symbolik von bürgerlichen Bildungsangeboten, die vor allem auf die Erregung persönlicher Betroffenheit abzielen – ohne die Entstehung und Mechanismen der Ideologien, die die Morde erst möglich machen, zu vermitteln und damit präventiv tätig zu werden. Die Annahme, dass man nach der Schullektüre von Anne Franks Tagebuch oder dem Betrachten von Leichenbergen im Geschichtsbuch ja gar nicht mehr antisemitisch sein könnte, ist trügerisch. Sie ist nicht nur unwahr, sondern hat dazu geführt, dass es eine lange Zeit keine nennenswerten Konzepte in schulischer Bildung geben musste, die am Ankerpunkt menschenfeindlicher Ideologien angreifen können: Der Einrichtung der bürgerlichen Gesellschaft, die Sozialdarwinismus, Rassismus und antisemitische Reflexe hervorbringt, reproduziert, ohne die sie überhaupt nicht funktionieren würde.<sup>3</sup> Wenn erst das Hineinphantasieren in die Opfer menschenfeindlicher Ideologien nötig ist, um zu erkennen, dass sie im Zweifelsfall tödlich sind, ist mit Widerspruch gegen die Verhältnisse, bevor es wieder Opfer gibt, kaum zu rechnen.

Im ZEIT-Magazin kommt Filip Goman zu Wort, der Vater von Mercedes Kierpacz, die vor einem Jahr in Hanau ermordet worden ist.<sup>4</sup> Er sagte: »Mein Opa wurde in Auschwitz umgebracht, aber ich dachte, unsere Familie lebt jetzt in Deutschland in Sicherheit.« Die gleichzeitige Erwähnung von Hanau und Auschwitz hat seitens Gomans' eine Botschaft, die sich in der Brutalität der Familienbiographie niedergeschlagen hat: Sie macht klar, dass es Kontinuitäten zwischen dem »Dritten Reich« und rechtem Terror nach 1945 gibt. Der Satz wurde zum ersten Jahrestag des Attentats häufig kommentarlos geteilt – es spricht ja für sich selbst, denkt man. Eine Twitteruserin, die den Artikel abfotografiert, schreibt beispielsweise: »Der letzte Satz. Einfach nur der letzte Satz.« Ja, was ist denn mit dem letzten Satz?

Der Satz ist »einfach«, weil da Auschwitz steht, und damit klar ist, dass etwas sehr schlimm ist. Warum das schlimm ist, scheint keiner Erklärung zu bedürfen. Mit der Erwähnung von Auschwitz wird der Mord an Mercedes *besonders* tragisch. Aber die Nennung der Verbindung zwischen Auschwitz/Hanau sollte und darf es nicht allein oder aus-



schließlich sein, die erschrecken und sprachlos machen sollte. Erschrecken kann – historisch – die Erkenntnis der bereitwilligen (Mit-)Täterschaft der allermeisten Deutschen, die sich in Auschwitz gewissermaßen im Brennglas zeigt. Nicht erschrecken sollte hingegen die Erkenntnis, dass die zugrunde liegenden Ideologien nach 1945 nicht einfach ausgelöscht waren, und dass ihr Fortbestehen Taten wie die in Hanau erst ermöglichen. Die Kontinuität zwischen dem Völkermord und dem Anschlag an von Migrant\*innen geschaffenen und frequentierten Orten wie der Shishabar in Hanau wird nicht explizit aufgegriffen – keine inhaltliche Einordnung, keine politische Forderung. Das ist eine Art Automatismus geworden. Die Nennung eines Ortes ruft etwas hervor, das offenbar nicht weiter besprochen werden muss und über das es keine Sprache (mehr) bedarf, weil man sich ja vermeintlich darüber einig ist, dass das schlimm und zu verurteilen ist. Weiterhin bleibt aber oft der Ortsname eine bedrohliche Chiffre: Am 19. Feb. 2020 – da »war Hanau«. Mich lässt das immer ratlos zurück, genau wie jede Aneinanderreihung von Orten, die scheinbar für sich selbst stehen. Wenn der Ort zum Symbol wird, ist das erste Schritt zur Sprachlosigkeit. Die Nennung von geographisch umrissenen Orten thematisiert nämlich nicht das, was dort passiert ist, oder wie das geschehen konnte. Zu oft folgt auf die Nennung des Ortes oder eine schwarze Kachel mit der Aufschrift »Hanau« nichts, was darauf ausgerichtet ist, die Tat einzuordnen oder die Verhältnisse, denen die Tat entwachsen ist, umzustürzen. Zugespitzt kann man sagen: Hanau war schon im Mittelalter. Am 19. Februar 2020 war Hanau der Ort eines Anschlags, bei dem 9 Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund erschossen wurden. Von einem Faschisten. Er verfügte trotz bekanntermaßen rechtsextremer Einstellungen und unbehandelte schizophrener und paranoider Episoden legal über mehrere Waffen.

Die Tat hat nichts mit Hanau zu tun, sondern mit Deutschland. Wenn die Chiffre Hanau mit dem tatsächlich Geschehenen gefüllt wird oder man sich mit dem Manifest des Täters beschäftigt, geht es nicht um die Reproduktion seiner Ideologien, sondern um die Schaffung einer sprachliche Grundlage, die eine wichtige Rolle für das Erinnern und Gedenken in der Gesellschaft einnimmt.<sup>5</sup> Die vermehrte Thematisierung von rechtem Terror z. B. in Medien und durch Politiker ist dabei nur Reaktion auf die Taten und darf vor allem von uns Linken nicht mit tatsächlichen Willen oder Fähigkeit des Staates zur Unterbindung rechten Terrors verwechselt werden. Es ist vielmehr Selbstbestätigung des eigenen Narrativs des überwundenen Faschismus und Besänftigung von Betroffenen, die schon lange auf die Verbindungen zwischen sogenannten Einzelfällen hinweisen.

Im Grunde genommen ist es vollkommen egal, ob der Bundespräsident oder andere Volksvertreter wirklich daran glauben, dass die bürgerlichen Gedenkakte etwas bewirken. Das Problem ist: An Jahrestagen oder dann, wenn wieder Menschen ermordet wurden, kann man erst mal gar nichts anderes tun in einer repräsentativen Demokratie, als das, was Steinmeier am Volkstrauertag tut. In Deutschland scheint die Präsentation eigener Betroffenheit Selbstzweck geworden zu sein, die eine strukturelle Beschäftigung ersetzt. Die (teilweise vielleicht sogar wirklich so empfundene) Betroffenheit nebeneinander stehender Politiker\*innen und Bürger\*innen ist aber kein Garant für eine antifaschistische, d. h. grundlegend andere, Gesellschaft. Zum Gedenken und zur Aufarbeitung gehört mehr als performativ hervorgebrachte Betroffenheit: Aufarbeitung ist symbolisches Gedenken. Aufarbeitung ist aber auch Strafverfolgung und damit Opferschutz. Aufarbeitung ist das ehrliche Sprechen über Ideologien, Taten und Täter. Aufarbeiten bedeutet der unbedingte Wille, rechten Terror zu verhindern, der immer auch Produkt der Gesellschaft ist.

Nur, dass es hier nicht um eine Lidschatten-Palette geht, die eine 12-jährige bei dm mitgehen lässt, sondern um 85.000 Schuss Munition und 62 Kilo Sprengstoff, zu der Elitesoldat\*innen, von denen einige durch rechts-extreme Äußerungen auffielen und auffallen, Zugang haben.«

Hierfür sieht die Bilanz in Deutschland bitter aus: rechts-extreme Umtriebe in der Bundeswehr, das Stehlen von Waffen und Munition sowie das Verschicken faschistischer Propaganda in Chatgruppen sind immer kurz Skandalthemen, dann gelobt ein Landesinnenminister Besserung und Aufarbeitung, und am Ende wird eine Studie über die Belastungen von Polizist\*innen im Beruf durch den Bundesinnenminister vorgeschlagen. Beim KSK<sup>6</sup> gab es, nachdem festgestellt wurde, dass Munition und Sprengstoff fehlen, eine gutmütige Amnestie: Wenn du es zurück gibst, gibt es keine Strafe. Nur, dass es hier nicht um eine Lidschatten-Palette geht, die eine 12-jährige bei dm mitgehen lässt, sondern um 85.000 Schuss Munition und 62 Kilo Sprengstoff, zu der Elitesoldat\*innen, von denen einige durch rechtsextreme Äußerungen auffielen und auffallen, Zugang haben.

Ein konkreterer Anteil der oft verkündeten »konsequenten und lückenlosen Aufklärung« ist Aufgabe der Richter\*innen oder Staatsanwält\*innen. Die Verhinderung von Taten und die Strafverfolgung liegt eben bei Polizei oder den einschlägigen Ämtern – und nicht bei Politiker\*innen. Hier sieht es nicht unbedingt besser aus: Das eindrücklichste Beispiel für den Unwillen der Judikative und Exekutive, tatsächliche Aufklärung zu leisten, ist der NSU-Prozess. Während die prominente Täterin Beate Zschäpe zu lebenslanger Haft unter Feststellung der besonderen Schwere der Schuld verurteilt wurde, fielen die Strafen für die (wenigen mitangeklagten) Mittäter mild aus. Die politischen Aktivist\*innen, die das anprangern, finden wenig Gehör, in der breiten Öffentlichkeit werden sowieso nur Mundlos/Bönnhardt/Zschäpe als »der NSU« rezipiert. Eine Skandalisierung der Polizeiarbeit oder eben der milden Strafen für die Mittäter blieb weitgehend aus. Für den Rechtsfrieden scheint es ausreichend, den Forderungen der Mehrheitsgesellschaft – nämlich das sogenannte NSU-Trio zu bestrafen – Genüge zu tun. Das mag auch daran liegen, dass der Staat sonst die eigenen Fehler in der Verfolgung durch z. B. den Verfassungsschutz, einräumen musste. Das hinterlässt einen bitteren Nachgeschmack: Während die Angehörigen der Mordopfer weder Entschuldigung noch Entschädigung für die Verfehlungen der Exekutivbehörden erhalten, fand nicht einmal eine angemessene strafrechtliche Verfolgung der am NSU mitbeteiligten Nazikader statt. Auch in dieser Struktur finden sich Parallelen zum Umgang mit Täter\*innen des Nationalsozialismus: Schreibtischtäter\*innen, willige Vollstrecker\*innen und Beteiligte an der Realisierung der Massenvernichtung und des Krieges wurden oft großzügig übersehen, die Haupttäter nach öffentlichkeitswirksamen Prozessen, in denen sich die Deutschen geläutert vom Faschismus zeigen konnte, hingerichtet. Danach wurde die juristische Auf-



arbeitung und Verfolgung vielerorts ad acta gelegt, für die sogenannten Mitläufer gab es statt strafrechtliche Konsequenzen oftmals hohe politische Ämter. Diejenigen hingegen, die konsequent die Verfolgung der Täter\*innen aufnahmen, wie der Staatsanwalt **Fritz Bauer** wurden in Deutschland allzu oft als Nestbeschmutzer\*innen dargestellt.

## Fritz Bauer i

war ein deutscher Jurist. Als hessischer Generalstaatsanwalt setzt er sich in der Nachkriegszeit für die Verfolgung von NS-Verbrechen ein. Bauer brachte die Frankfurter Auschwitz-Prozesse in Gang und war an der Ergreifung des Holocaust-Organisators Adolf Eichmann beteiligt. Als »unbequemer Mahner« gegen die Verdrängung der NS-Zeit nahm er in der bundesrepublikanischen Justiz der Nachkriegszeit eine Außenseiterposition ein.

Bis dato lässt sich also nicht nur eine ernüchternde Bilanz ziehen, sondern auch wenig Hoffnung darauf machen, dass die Aufarbeitung rechten Terrors nach 1945 andere Zielsetzungen verfolgt als die Entnazifizierung oder Aufarbeitung des Nationalsozialismus, die es zu verändern gilt. Unser Anspruch als Linke muss also sein, klarzumachen, dass Aufarbeitung nicht heißt, beschämt und ohnmächtig vor mörderischen Ideologien zu stehen und Kränze niederzulegen, sondern grundlegende gesellschaftliche Veränderung die einzige konsequente Aufarbeitung ist. Das heißt nicht, dass man nicht auch als linkes Kollektiv oder Gruppe Nelken an einem Gedenkort ablegen kann, weil man persönlich trauert. Aber es muss dabei klar sein, dass die Bearbeitung von Trauer keine politische Handlung ist, sondern eine Geste.

Wir können politisch Handeln, indem wir uns systematisch mit den Taten von Rechten beschäftigen und die Betroffenen nicht alleine lassen in ihrer Forderung nach tatsächlicher (juristischer) Aufklärung der Anschläge und der »Anschläge nach den Anschlägen«<sup>7</sup>. Das geht nur, indem wir sprachfähig darüber sind, was tatsächlich war, und nicht nur den Ort benennen. Politisches Handeln kann die außerschulische (Selbst-)Bildung bei den Falken sein, in der wir Sprachfähigkeit lernen und vermitteln können, in der wir erfahren und beraten, wie eine systematisch veränderte Gesellschaft aussehen kann

und wie wir eine andere Gesellschaft erreichen. Ohne zu viel Pathos, sondern als nüchterne Konsequenz aus dem, was in Deutschland vor und nach 1945 passiert ist und auch darüber welche Parallelen es in den Reaktionen gibt. Die Singularität des industriellen Massenmords ist nicht bestreitbar, jedoch gilt es den Reflex zu überwinden, sich durch die Betonung der historischen Einzigartigkeit davor zu verschließen, ideologische Kontinuitäten zum Heute klar herauszustellen. Das ist keine Relativierung, sondern die Konsequenz aus der Feststellung Primo Levis', dass sich das, was geschehen ist, wiederholen kann.

**1** Bundespräsident Frank Walter Steinmeier beim Totengedenken zum Volkstrauertag 2020 (<https://www.zdf.de/politik/politik-sonstige/gedenkstunde-zum-volkstrauertag-2020-100.html>, 01:13:27-1:13:14. Abruf 23.11.2020).

**2** Freilich ist diese Schlussstrichforderung vielfach auch in der »Mitte« zu finden. Diese hat jedoch noch kein (parlamentarisches) Sprachrohr gefunden, die dies öffentlichkeitswirksam fordert.

**3** Hierzu z. B. Anna Meyers »Die Elenden. Warum unsere Gesellschaft Arbeitslose verachtet und sie dennoch braucht«

**4** <https://www.zeit.de/zeit-magazin/2021/05/opfer-anschlag-hanau-familie-hinterbliebene-trauer-protokoll> (Abruf 31.01.2021)

**5** Siehe hierzu auch die Ausführungen zum kommunikativen Gedächtnis von Nils Bauer in diesem Reader.

**6** Das Kommando Spezialkräfte (KSK) ist eine militärische Spezialeinheit der Bundeswehr. Immer wieder gibt es Hinweise auf (strukturellen) Rechtsextremismus in den Reihen des KSK, unter anderem auch Verbindungen zum Netzwerk Hannibal.

**7** Als »Anschlag nach dem Anschlag« bezeichnen z. B. die Überlebenden des Anschlags in der Keupstraße durch den NSU das rassistische Handeln der Behörden. Auch beim Anschlag in Hanau gibt es Schilderungen über das Versagen z. B. der Polizei während und unmittelbar nach dem Anschlag, wie Angehörige und Freund\*innen der Opfer z.B. in der Dokumentation »Hanau – eine Nacht und ihre Folgen« beschreiben: <https://www.ardmediathek.de/hr/video/doku-und-reportage/hanau-eine-nacht-und-ihre-folgen/hr-fernsehen/Y3JpZDovL2hyLW9ubGluZS8xMjY5MzE/>



# GEGEN RECHTEN TERROR FALKEN- PERSPEKTIVEN

## 2.1 HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE FALKEN-PÄDAGOGIK BEIM GEDENKEN AN DEN NEUEN RECHTEN TERROR

Jana Herrmann

Bundvorsitzende SJD – Die Falken  
AG Lernen und Gedenken

Sich gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen mit einer brisanten Thematik wie dem neuen rechten Terror auseinanderzusetzen und den Opfern zu gedenken, stellt uns vor verschiedene politische und pädagogische Herausforderungen, zu denen im Folgenden einige Überlegungen angestellt werden sollen.

### Holocaust-Gedenken und Gedenken an den neuen rechten Terror

Die Begriffe Erinnerungskultur und Gedenkstättenpädagogik sind fest verknüpft mit dem Gedenken an den Holocaust und der »Erziehung nach Auschwitz« (Adorno). Sie werden kaum oder nur sehr selten mit dem individuellen Erinnern an Verstorbene oder mit anderen Gedenkort, wie beispielsweise DDR-Gedenkstätten verbunden und das hat gute Gründe. Der aus dem hebräischen stammende Begriff *Shoah*, der in etwa »das große Unheil« oder »die Katastrophe« bedeutet und vor allem von Jüdinnen und Juden verwendet wird, stellt die immense Bedeutung des Holocausts für die Geschichte des Judentums heraus, denn er unterstreicht, dass die industrielle Massenvernichtung von Menschen durch die Nationalsozialist\*innen in ihrer Grausamkeit und ihrem Schrecken mit nichts vergleichbar ist. Nach dieser Prämisse richtet sich auch unsere pädagogische Arbeit als SJD – Die Falken.

Vor diesem Hintergrund wirkt bereits die Verwendung des Begriffs »Terror« wie eine Abwägungsfrage. In der antifaschistischen Arbeit entsteht automatisch der Vergleich mit dem Terror der Nationalsozialist\*innen, der sich ausdrückte durch Krieg, Propaganda, Zwangsarbeit und Vernichtung in Konzentrationslagern und ein diktatorisches Herrschaftssystem. Ist es also vermessen von »neuem« rechten Terror zu sprechen und dessen Opfern zu gedenken, die allein in Zahlen in keinem Verhältnis stehen zu denen, die zwischen 1933 und 1945 ermordet wurden?

Dem zuzustimmen, würde den Anspruch befördern, jedes Verbrechen an den Untaten des Holocaust zu messen, was, wie zuvor erläutert, nicht möglich ist, weil diese Katastrophe unvergleichbar ist. Es würde im weitesten Sinne bedeuten, rechtes Gedankengut und faschistische Gewalttaten erst dann zu bekämpfen, wenn die Massenvernichtung gefordert oder praktiziert würde.

Antifaschist\*innen und damit uns Falken geht es aber darum, den Faschismus schon im Keim zu bekämpfen, es niemals wieder so weit kommen zu lassen. Rechte Gewalttaten und faschistisches Gedankengut müssen von Beginn an als solche benannt, kritisiert und bekämpft werden. Terroranschläge aus rassistischen, antisemitischen, antiziganistischen oder anderen menschenverachtenden Motiven richten sich nicht nur gegen jene, die direkt davon betroffen sind, sondern auch gegen alle diejenigen, die es ebenso gut hätte treffen können, weil sie derselben, fremddefinierten Gruppe von Menschen angehören. Das zeigt sich beispielsweise sehr deutlich an dem Attentat in Halle 2019, bei dem der Täter, nachdem er keinen Zugang zu der Synagoge bekommen konnte, die er als Ziel seines Anschlags ausgewählt hatte, stattdessen auf Menschen in einem Dönerimbiss schoss. Nicht die getöteten Individuen spielten eine Rolle, sondern die Gruppe, die sie für ihn repräsentierten.

Man könnte also sagen: Die Morde an den Menschen in Halle waren nur deshalb nicht mit dem Holocaust vergleichbar, weil der Täter die entsprechenden Mittel dazu nicht hatte. Rechtsterrorist\*innen verharmlosen den Holocaust, sie wünschen ihn erneut herbei und sie begehen Morde: Warum sollte davon auszugehen sein, dass sie ihn nicht auch erneut vollziehen würden, wenn sie an der Macht wären? Wer denkt, dass Menschen wie der Täter aus Halle zu so etwas nicht in der Lage wäre, vergisst, dass auch die Mörder der SS oder die Aufseher\*innen in Konzentrationslagern Bürger\*innen waren, bis ihnen jemand die Macht über Menschenleben überließ.

Den Menschen, die bei rechten Attentaten ums Leben kamen, ihre Individualität zurückzugeben, ist daher die Aufgabe von Gedenken an den neuen rechten Terror. In dem Moment, in dem sie vergessen oder zu einer namenlosen Gruppe gemacht werden, an welche sich nur ihre Angehörigen erinnern, haben rechte Attentäter\*innen einen Teil ihres Ziels erreicht. Diese Form von Gedenken knüpft also an das Gedenken an die Opfer des Holocausts an. Es ersetzt es keinesfalls durch »aktuellere« Taten und ist auch nicht deswegen wichtig, weil es kaum noch Zeitzeug\*innen gibt, die von eigenen Schicksalen in den Konzentrationslagern berichten können. Es ergänzt vielmehr die Erinnerung an die Shoah um das Wissen, dass die Verhinderung der Wiederholung von faschistischen Morden nicht nur eine alltägliche Aufgabe bleibt, sondern in der jüngeren Vergangenheit bereits mehrfach misslungen ist. Das Gedenken an neuen rechten Terror ist somit Ausdruck des ernsthaften Versuchs, Erinnerungskultur nicht zu einer Art jährlicher Demokratie-Folklore zu Gedenktagen werden zu lassen, sondern aus ihr antifaschistische Praxis folgen zu lassen.

### Betroffenheit und öffentlicher Raum

Wenn wir uns mit den durch rechten Terror ermordeten Menschen und dem Gedenken an sie auseinandersetzen, stellen wir oft fest, dass es einen markanten Unterschied zwischen ihnen gibt: Manche Betroffenengruppen, beispielsweise POC, sind im öffentlichen Raum als solche zu erkennen und haben daher ein erhöhtes Risiko, Opfer von rechter Straßengewalt zu werden.

Allerdings ist es Ausdruck einer Demokratie, dass Menschen ihre Religionszugehörigkeit, ihre sexuelle Identität oder ihre politische Meinung offen ausleben können. Im Alltag sind somit auch Menschen, die Kippa oder Kopftuch tragen, gleichgeschlechtlich Händchen halten oder sich szenetypisch kleiden meist schnell für Rechte zu erkennen, sofern sie nicht tunlichst darauf achten, es nicht zu sein. Zudem sind gerade auf dem Land oder in kleinen Gemeinden Menschen untereinander bekannt und lokale Rechte kennen die Gesichter derer, auf die sie es abgesehen haben. Auch Obdachlose haben ein hohes Risiko, Opfer von Naziangriffen zu werden und haben nachts oft keinen Rückzugsort, Menschen mit körperlicher Behinderung sind ebenfalls zu erkennen und in ihren Möglichkeiten zu flüchten manchmal zusätzlich eingeschränkt.

Letztendlich gibt es keinen hundertprozentigen Schutz vor **Hasskriminalität**. Ein freies Leben ohne Angst vor Gewalt sollte für jeden von uns möglich sein. Daher ist es angebracht, Sensibilität dafür zu entwickeln, dass diese Freiheit nicht immer für alle Menschen gleichermaßen gegeben ist und dies zum Teil unserer pädagogischen Arbeit zu machen. Entsprechend solidarisch zu handeln und einander zu beschützen, ohne Einzelnen den Eindruck zu vermitteln, dadurch der Gruppe zur Last zu fallen, sollte selbstverständliche Praxis in unseren Gliederungen sein.

## Hasskriminalität i

bezeichnet Straftaten, die aus ideologischen Motiven (z.B. Antisemitismus, Rassismus, Sexismus) gegen Personen, Institutionen oder Objekte begangen werden. In manchen Ländern wirken sich solche Motive bei einer Verurteilung auf das Strafmaß aus.

### Antifaschist\*in sein

In der Auseinandersetzung mit dem Anschlag auf das AUF-Zeltlager in Norwegen wird eines schmerzlich bewusst: Linke und Antifaschist\*innen haben ein erhöhtes Risiko, Opfer von rechter Gewalt zu werden. Als Kritiker\*innen rechter Ideologie und Befürworter\*innen von sozialistischen Utopien stellen auch die SJD – Die Falken eine Gefahr für Nazis dar, gerade weil wir als anerkannter Träger der freien Jugendhilfe diese Perspektiven »normalisieren«, indem wir die Gesellschaft an den zivilisatorischen Mindeststandard, den Faschismus zu bekämpfen, erinnern und dafür öffentlich gefördert werden. Gedenkarbeit wird von Nazis, beispielsweise durch Schändung von Mahnmalen, auch deshalb sabotiert, weil sie deren Taten nachhaltig als Unrecht brandmarkt.

Wenn wir den Blick nun beispielsweise nach Neukölln<sup>1</sup> oder Braunschweig<sup>2</sup> richten, dann besteht Anlass zu der Interpretation, dass wir Kinder und Jugendliche durch unser antifaschistisches Engagement gefährden und uns selbst aktiv zur »Opfergruppe« machen. Das Gegenteil ist der Fall. Ja, Antifaschist\*innen sind potentielle Betroffene des rechten Terrors – und wir sollten das weiterhin laut und offen skandalisieren. Durch Gewalt und Einschüchterung sollen sie zum Schweigen gebracht und davon abgehalten werden, für ihre Ideen weitere Menschen zu werben. Genau der Eindruck, dass der Einsatz gegen den Faschismus gefährlich ist und nicht der Faschismus selbst, soll geweckt werden. Wenn diese Vorgehensweise erfolgreich ist, wird sie umso häufiger angewandt. Wenn

sich eine Organisation nicht gegen Diskriminierung stark macht, riskiert sie, dass Kinder und Jugendliche zusätzlich in den eigenen Reihen Opfer von beispielsweise rassistischer Gewalt werden. Rechte Angriffe gegen die Organisation werden dadurch nicht strategisch verhindert, außer man würde sich entscheiden, gefährdete Kinder dort nicht mehr zuzulassen.

Es reicht nicht, selbst nicht faschistisch zu handeln. Es gilt, antifaschistisch zu handeln, alles andere beförderte durch die stille Akzeptanz eine endlose Spirale von Bedrohung und tatsächlicher Gewalt.

### **Pädagogische Arbeit: Zwischen Angst machen, Bewusstsein schaffen und Mut machen**

Beim Gedenken an die Opfer des neuen rechten Terrors, bei der Auseinandersetzung mit den Akteur\*innen und deren Verstrickung mit Staat, Polizei und Verfassungsschutz entstehen auch Angst und Ohnmachtsgefühle. Viele Kinder und Jugendliche haben generell noch nie etwas vom NSU, dem Utøya-Attentat oder anderen rechten Terroranschläge gehört, weil sie noch zu jung waren, als diese medial sehr präsent gewesen sind. Sie reagieren überrascht oder entsetzt, können sich oft gar nicht vorstellen, dass so etwas passiert ist. Einige glauben dann, diese Geschehnisse seien viele Jahrzehnte her, können keinen zeitlichen Bezug dazu herstellen. Kinder aus Familien mit Migrationsgeschichte, mit nicht-weißen Familienmitgliedern oder mit jüdischem oder muslimischem Glauben bringen häufiger Vorwissen dazu mit – Zuhause wurde über dieses Thema schon gesprochen. Dies unterstreicht noch einmal die Dringlichkeit, schon früh mit Gesprächen über politische Themen, Diskriminierung und Gewalt zu beginnen: Kinder, die einer Betroffenenengruppe angehören, kommen damit ohnehin in Berührung. Wenn sie mit ihrem Wissen alleine bleiben, gibt es für sie kaum Möglichkeiten, sich darüber auszutauschen und gegen die Ohnmacht anzukämpfen.

### **Wie aber über den rechten Terror sprechen, ohne Angst zu machen?**

- **Altersangemessene Informationsvermittlung:** Das vermittelte Wissen sollte wie bei allen Themen der Altersstufe der Teilnehmer\*innen angepasst werden. Wir halten die Tatsache, dass Polizei und Verfassungsschutz involviert waren, vielleicht für den zentralen Punkt bei der Auseinandersetzung mit dem NSU, bei F-ler\*innen reicht es aber vermutlich, erst einmal ein Bewusstsein für Gewalt und Diskriminierung zu schaffen.
- **Vorbereitung:** Am besten besprecht ihr schon auf dem Elternabend vor dem Zeltlager, dass ihr vorhabt, einen Gedenktag zum 22. Juli zu organisieren oder eine Gruppenstunde zum Thema anzubieten und antwortet auf Sorgen und Fragen der Erziehungsberechtigten. Den Kindern und Jugendlichen kündigt ihr das Thema vorher an und bietet auch die Option an, nicht mitzumachen. Es sollte ein unaufgeregtes Alternativangebot geben, zu dem auch während des schon laufenden Programms noch gewechselt werden kann.
- **Schockpädagogik vermeiden:** Natürlich ist emotionale Einfühlung in Betroffene wichtig. Diese wird aber nicht befördert, indem besonders grafisch von Gewalttaten berichtet wird. Diese Details sind nicht relevant, um das Problem zu verstehen und führen eher dazu, dass Verdrängungsmechanismen wirken.
- **Geeignetes Material auswählen:** Die Gruppenstunde zum Thema sollte sorgfältig vorbereitet werden. Sich hastig zu entscheiden, abends im Roten Kino einen der Utøya-Spielfilme zu zeigen, wird eher dazu führen, dass viele Teilnehmer\*innen in der Nacht nicht einschlafen können, als dass sie zur Diskussion über Rechtsradikalismus angeregt werden. Manchmal eignen sich Erfahrungsberichte von Kindern oder Jugendlichen, die im selben Alter sind wie die Teilnehmer\*innen, gezielt ausgesuchte Zeitungartikel oder Podcasts mehr als Videomaterial.
- **Perspektiven schaffen:** Die entstehenden Gefühle wie Angst oder Wut lassen sich besser kanalisieren, wenn ihr gemeinsam überlegt, was man tun kann: Sich gegen Rassismus engagieren, eine Gedenkzeremonie organisieren, eine Demo planen, eine Straße im Stadtteil umbenennen ... Natürlich solltet ihr nicht in blinden Aktivismus verfallen. Aber die gemeinsame Aktivität in der Gruppe kann Mut machen und helfen, Ohnmachtsgefühle zu bekämpfen.

<sup>1</sup> Zweimaliger Brandanschlag auf das Anton Schmaus – Haus der Falken Neukölln im Jahr 2011

<sup>2</sup> Gewalttätige Nazi-Angriffe auf Mitarbeiter\*innen und Mitglieder der Falken Braunschweig seit 2016

## 2.2 KORRESPONDENZ

### *Ansprüche an Gedenken an neuen rechten Terror aus Falkenperspektive*

*Nike Rohde* Landesverband Sachsen-Anhalt

*Nils Bauer* Landesverband Thüringen



**LIEBER NILS**, wir haben uns in den letzten Monaten viel mit dem Thema Gedenken auseinandergesetzt. Wir haben mehrere Seminare zusammen veranstaltet und immer wieder intensiv darüber diskutiert. Wir sind mit der Motivation zusammengelassen, uns mit dem Gedenken an neuen rechten Terror auseinanderzusetzen und einen sinnvollen Weg zu finden, wie wir als Falken an diese neueren Ereignisse gedenken können. So wirklich klären konnten wir das aber nicht. Es haben sich eher immer mehr Fragen aufgetan.

Die Frage, die wir uns immer wieder gestellt haben und weiterhin stellen müssen, ist, warum wir überhaupt Gedenken und welches Ziel oder welchen Zweck wir damit verfolgen. Warum habe ich das Bedürfnis mich mit meiner Falkengruppe (oder durch die AG sogar bezogen auf den gesamten Bundesverband) so intensiv mit neuem rechten Terror auseinander zu setzen? Oder viel wichtiger noch: **Warum wollen wir an diese schrecklichen Ereignisse immer wieder erinnern anstatt sie einfach vergessen zu lassen?**



**LIEBE NIKE**, danke für deine Nachricht. Ich kann dir nur zustimmen. Während wir anfangs noch davon ausgegangen waren, eine Koordinationsrolle einzunehmen und damit Ansätze, Methoden und Konzepte zu sammeln, sieht es derzeit eher danach aus, als müssten wir bei null anfangen. Konzepte zu Gedenken an neuen rechten Terror existieren in unserem Verband schlicht fast nicht. Zwar haben viele von uns bereits viel Erfahrungen mit Gedenken, z. B. mit Gedenkstättenfahrten, mit Gedenkdemos oder mit Gedenkseminaren, jedoch fehlt eine konkrete innerverbandliche Praxis. Ich sehe das Kernproblem dabei ebenso in der Frage danach, **warum wir als Falk\*innen überhaupt gedenken**. Diese Frage können wir aber nicht abschließend beantworten. Jede\*r von uns verbindet mit Gedenken andere Ziele. Die einen trauern um Angehörige, die nächsten nutzen Gedenken als Kritik an der Gesellschaft und wiederum andere nutzen es, um eigenes Handeln zu reflektieren oder legitimieren.

Ich sehe im Gedenken – neben dem Selbstzweck des guten Gewissens – eine wichtige Möglichkeit zu bestimmen, was Falken wollen. Wenn wir darüber sprechen wie unsere Utopie aussehen mag, dann leiten wir sie davon ab, was wir als negativ wahrnehmen. Wir wollen unsere Gesellschaft zu einer schönen verändern. Wir müssen deshalb immer wieder darauf schauen, was wir scheiße finden und uns damit auseinandersetzen. Die Menschen an die wir erinnern sind zumeist Opfer von Täter\*innen, die selbstständig, aber organisiert, von ihrer Ideologie geleitet und von Teilen der Gesellschaft legitimiert, morden. Die Taten rufen uns in Erinnerung, wozu Menschen in der Lage sein können. Nicht im Positiven. Die Taten lassen uns erahnen, wohin rechte Ideologie führen kann, wenn sie nicht gestoppt wird. Wir eröffnen durch Gedenken unseren eigenen Bezugsrahmen, wir bestimmen also worauf unser Handeln in Zukunft beruhen soll. Ein Bezugsrahmen ist in diesem Fall so etwas wie ein riesiger Pool an Verhaltensweisen, Werten, Normen, Handlungsoptionen oder -muster aus denen wir uns die Bausteine für unsere Identität herausuchen. Wenn in diesem Pool so etwas wie Antifaschismus nicht enthalten ist, dann können wir nicht antifaschistisch agieren. Diesen Pool müssen wir immer wieder neu füllen, unseren eigenen und den der Gesellschaft, auf die wir einwirken wollen. Wir bilden damit auch eine eigene **Gruppenidentität** aus (wobei Identität immer kritisch hinterfragt werden muss). Wenn wir gedenken, erinnern wir uns daran, was wir unbedingt verhindern müssen und machen es für uns und andere zugänglich.



Ich denke, dass wir, durch die regelmäßige Beschäftigung mit der Shoah innerhalb der Falkenarbeit, relativ genau wissen, wozu Menschen in der Lage sind und wohin rechte Ideologie führen kann. Ich halte es für relevanter darauf aufmerksam zu machen, dass diese schlimmen Taten nicht bloß in der Vergangenheit liegen. Stattdessen gibt es eine **ungebrochene Kontinuität** rechter Gewalt – nicht erst seit der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts. In dieser Verdeutlichung der Kontinuitäten, durch das Wachhalten der Erinnerung, sehe ich einen der Zwecke die wir mit Gedenken erzielen können. Es sind die gesellschaftlichen Strukturen, welche rassistisch und antisemitisch sind, die immer wieder einen Nährboden für rechte Gewalt liefern. Dass rechte Gewalt eine solche Kontinuität hat, begründet sich aus diesen Strukturen. Anhand der Kontinuitäten können wir also die gesellschaftlichen Strukturen anprangern. Das Gerede von Einzelfällen und die Debatten um Schlussstriche erscheinen vor diesem Hintergrund besonders zynisch. Wenn uns bewusst ist, dass die schrecklichen Dinge die heute passieren keine neue Erscheinung sind, können wir uns aber auch die historische Komponente des Kampfes gegen rechte Gewalt und rechten Terror anschauen und für uns nutzbar machen. Denn historisch gesehen stehen wir nicht alleine da – wir können und sollten aus der Geschichte lernen. So sollten wir uns zum Beispiel die antifaschistischen Kämpfe der Kommunist\*innen in der Zeit der Weimarer Republik anschauen oder genauer betrachten, wie es in den 1960er und 1970er Jahren zur lauten Forderung der Entnazifizierung der (west-)deutschen Gesellschaft gekommen ist. Auch sollten wir schauen, wie Antifaschist\*innen mit den »Baseballschlägerjahren« der 1990er Jahre umgegangen sind und welche Konsequenzen all diese historischen Kämpfe für die Geschichte aber auch für unsere antifaschistische Praxis und unser Selbstverständnis heute haben.

Ich stimme dir zu, dass wir durch Gedenken eine eigene Gruppenidentität herausbilden – und ich sehe dies auch als positiven Aspekt von Gedenken. Vor dem Hintergrund, dass sich nur ein Bruchteil der Gesellschaft kritisch mit den Ideologien der Täter\*innen überhaupt auseinandersetzt, gehe ich nicht davon aus, dass wir es mit Gedenken schaffen können, deutlich mehr Menschen für unseren gemeinsamen Kampf für eine bessere Welt zu begeistern. Aber die Auseinandersetzung mit rechter Gewalt und ihren Opfern ist auf die einzelne Person meist nachhaltig recht eindrucksvoll. Ich denke dabei vor allem an Gedenkstättenfahrten im Rahmen des Shoah-Gedenkens – diese führen häufig zu einer Festigung antifaschistischer Werte. Es wird einem auf schreckliche Weise verdeutlicht, warum der Kampf für eine bessere Welt bitter notwendig ist.

Auch wenn ich davon ausgehe, dass wir über Gedenken nicht deutlich mehr Personen für unsere Sache begeistern können, halte ich es nicht für einen Selbstzweck. Im Gegenteil – ich halte es für notwendig, dass politisches Gedenken nicht als Selbstzweck, sondern als Kritik am Bestehenden formuliert wird. Unser Gedenken muss also die historischen und aktuellen Bedingungen rechter Gewalt und rechten Terrors kritisieren und sich gleichzeitig zur Aufgabe machen, dass eine Wiederholung dieser Taten verhindert wird. Rassistische, antisemitische und sonstige menschenverachtende Ideologien sind nicht bloß bei radikalen Rechten, sondern auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft zu finden. Die gesellschaftlichen Strukturen sind es, die rechte Gewalt ermöglichen, denn jedes Handeln, auch ein Akt rechten Terrors, braucht eine Legitimationsgrundlage. Außerdem zeigen diese Strukturen den Täter\*innen jeden Tag, dass sie im Recht seien. Racial Profiling, Abschiebep Praxis, Asylrechtsverschärfung, die Suche nach der vermeintlich nicht-deutschen Nationalität bei quasi jedem auch nur mittelschweren Verbrechen und die deutsche Justiz zeigt den Rechten immer und immer wieder, dass sie nichts zu befürchten haben. Deshalb sollten wir versuchen, mit unserem Gedenken kritisch in den gesellschaftlichen Diskurs hineinzuwirken und so die gesellschaftliche Hegemonie zu stören.



Ja, unsere Genoss\*innen wissen zum größten Teil genau, wohin rechte Ideologie führen kann. Aber eben nur zum größten Teil. Wir verstehen uns als sozialistischen Verband und es wäre nicht mein Sozialismus, wenn es anders wäre. Wir verstehen uns aber vor allem auch als Jugendverband und unsere Kernhoffnung bleibt doch, dass alle, die aus unterschiedlichsten Gründen und Hintergründen zu uns stoßen, einmal stabile Genoss\*innen sein werden oder zumindest keine politischen Gegner\*innen. Gerade hier können wir nicht davon ausgehen, dass alle auf dem gleichen Stand sind. Insofern sehe ich es als unsere verbandliche Aufgabe, den Prozess der Reflexion von Ideologie und Geschichte zu begleiten. Dazu gehört auch, sich mit den Taten von Faschist\*innen auseinanderzusetzen und die Opfer als unsere Verbündeten im Kampf gegen den Faschismus anzuerkennen und ihnen zu gedenken.

**Die Kontinuität rechten Terrors ist real.** Wir sehen sie immer und immer wieder. Sie zu begreifen und zu verstehen ist wichtig. Andernfalls müssten wir darüber nachdenken, ob wir unrecht mit der Verknüpfung zwischen Kapitalismus, Ideologie und Faschismus hätten. Wir könnten uns einreihen in die bürgerliche Vorstellung, dass antisemitische und rassistische Taten mit dem Ende der Shoah ebenfalls ihr Ende fanden, mit der Vorstellung der »deutschen

Ausnahme«. Doch Rechte morden weiter, kontinuierlich. Die Erinnerung an die Shoah mag uns, wie du sagst, zwar viel lehren über unsere Geschichte, aber ich bin eher pessimistisch, dass dadurch ernsthaft begriffen wird, was heute in unserer Gesellschaft falsch läuft. Ich denke vor allem daran, dass die Behauptung »unsere Demokratie« schütze uns auf jeden Fall vor einem erneuten Fall in die Barbarei, nach wie vor breiten Zuspruch erhält.

Doch die Kontinuität zu verstehen und sie zu greifen fällt uns schwer. Warum eigentlich? Wir sehen doch die Gemeinsamkeiten und Differenzen. Ja, wir können sogar sagen, dass Rechte, heute wie damals, von den gleichen Ideologien angetrieben werden. Die Art und Weise des Terrors hat sich natürlich z.B. durch die demokratische Verfasstheit der »deutschen Nation« geändert, doch der Drang zur Vernichtung existiert in vielen Menschen stetig weiter. Vielleicht können wir aus der Geschichte lernen, aber wir wissen nicht was. Wir lernen, wie wir es nicht machen sollten, aber wie wir es richtig machen, lernen wir dadurch nicht. Wenn wir von der These ausgehen, dass jeder Akt rechten Terrors immer bereits im Vorfeld durch die (Teil-)Gesellschaft legitimiert sein muss, dann ist es oberstes Ziel, diese Legitimität aufzuheben. Und wenn diese Legitimität strukturell verankert ist, müssen wir an die Struktur ran, wir müssen (auch) nach außen treten. Und hier drehen wir uns um die eigene Achse. Um diesen Kreis zu brechen, müssen wir einen Schnittpunkt nach außen suchen.

Wie also könnte dieser Schnittpunkt nach außen aussehen? Was macht es so schwer den eigenen Raum zu verlassen? **Wen wollen wir genau erreichen und auf welche Weise?** Mit welchen Mitteln? Eine Musterlösung kann es auf diese Fragen nicht geben. Dennoch sollten wir uns im Verband immer wieder der individuellen Situation entsprechend mit der Beantwortung dieser Fragen auseinandersetzen.



Auch eine Frage, über die wir uns als Falken Gedanken machen sollten, ist, **inwiefern wir die Opfer rechter Gewalt für unsere Zwecke benutzen/instrumentalisieren wollen (und können).** Wir Falken sind ein mehrheitlich *weißer* Verband und unser verbandsweites Ziel ist es, die Gesellschaft zu einer besseren für alle zu verändern. Welche Begriffe wir verwenden und wie diese Utopie genau aussieht, darüber streiten wir. Einig sind wir uns allerdings auch darüber, dass z. B. Rassismus und Antisemitismus, aber auch Antifeminismus oder Sozialdarwinismus in dieser Utopie keinen Platz haben und auch schon jetzt, wo es nur geht, bekämpft werden müssen. Wir wollen Gedenken nutzen, um uns rechter Gewalt und rechtem Terror entgegenzustellen und hoffen damit, Ver-

änderungen anzuregen, die diese Gewalt in Zukunft im besten Fall verhindert. Aber ist es gerechtfertigt, uns persönlich zumeist unbekannte Personen, die Opfer rechter Gewalt wurden, für unsere Ziele zu nutzen?

Es gibt Theorien die besagen, dass politisches Gedenken die Opfer, an die es erinnert, immer instrumentalisiert. Die Frage, die vor diesem Hintergrund gestellt werden muss, ist dann nicht mehr, ob es ok ist, dass Opfer instrumentalisiert werden, sondern ob der Grund der Instrumentalisierung der richtige ist. Die Initiative *Kritisches Gedenken Erlangen*, die diese Theorie in zehn Punkte zusammengefasst hat, sieht nur in Gedenken, dass »die historischen und aktuellen Bedingungen einer solchen Tat kritisiert und sich die Verhinderung einer Wiederholung zur Aufgabe macht«, legitimes Gedenken. Insbesondere betonen sie auch, dass Gedenken deren »Zweck die Verleugnung der Bedingungen der Tat oder ihres Fortbestehens, die eigene Entlastung, oder die Verfälschung des Geschehenen« ist, illegitimes Gedenken ist. Denn Gedenken, die solche Zwecke verfolgen, »tragen durch Verschleierung zur Reproduktion der Bedingungen der Tat bei und ermöglichen so die Wiederholung des Geschehenen«. Legitimes Gedenken »ist solidarisch mit den Opfern und kritisch gegenüber den Verhältnissen, die sie in den Stand des Opferseins versetzt haben.«\* Wir müssen uns als Falken also immer wieder die Frage stellen, warum wir Gedenken veranstalten. Welchen Zweck verfolgen wir damit? Was wollen wir damit erreichen?

Auch wenn mit dieser Theorie der eigene Standpunkt in der Frage nach der Legitimität der Instrumentalisierung von Opfern ausgeklammert wird, indem es vorrangig um den Zweck des Gedenkens geht, halte ich es für wichtig, zu reflektieren, welchen Standpunkt wir haben und was das mit den Opfern rechter Gewalt zu tun hat. **Welchen Unterschied macht es, wenn wir als mehrheitlich *weißer*, sozialistischer Verband den Opfern einer rassistischen Gewalttat oder den Opfern einer rechten Gewalttat, die sich speziell gegen Linke gerichtet hat, gedenken?** Wir müssen sensibel werden für den Umgang mit Angehörigen und wir müssen sensibel werden dafür, zu erkennen, wann wir nur als unterstützende Kraft das Gedenken mitgestalten sollten.

\* Alle Zitate aus [https://kritischesgedenken.de/?page\\_id=53](https://kritischesgedenken.de/?page_id=53)





Die Frage nach der Legitimität erweitert sich meines Erachtens nach noch grundlegend. Ich würde noch die Frage aufwerfen: **Mit wem wollen wir gedenken?**

Ein gemeinsames Gedenken mit Antisemit\*innen, mit Antifeminist\*innen oder mit Islamist\*innen würde ich ausschließen. Die Möglichkeit eines eigenen Gedenkens ist immer gegeben und diese sollten wir im Zweifel nutzen. Dieser Gedankengang soll dabei auf keinen Fall eine anti-rassistische Haltung in unserem Verband delegitimieren oder dazu führen nicht mehr mit Angehörigen oder Betroffenen zu sprechen bzw. kein gemeinsames Gedenken zu organisieren. Der Gedanke soll hier aufzeigen, auf welcher Ebene unser Gedenken stattfindet. Auf einer politischen, überindividuellen. Gedenken hat für uns politische Grenzen, die wir wahren müssen. Mit Rassist\*innen an eine antisemitische Tat zu gedenken ist der falsche Weg. Ein blindes Gedenken des guten Gefühls wegen bringt uns nichts. Gedenken kann für uns politisch illegitim sein.

Weiter noch: Unser Gedenken muss in erster Linie ein politisches sein und leitet sich zumeist, wenn auch nicht immer, durch die Ideologie der Tat ab. Nicht die Täter\*innen oder Opfer stehen dabei im Fokus, sondern die Frage nach dem »wieso?«. Diese radikale Fragestellung geht dabei über ein »warum?« weit hinaus. Warum ein\*e Rassist\*in eine rassistische Tat begeht, lässt sich mit wenigen Worten erklären. Wieso ein\*e Faschist\*in aber zum\*zur Faschist\*in geworden ist und nicht zu einem\*einer Sozialist\*in, bedarf einer tiefen Analyse der individuellen Biographie sowie der Gesellschaft. Uns reicht die Antwort, dass die Tat rechter Terror war, nicht aus. Wir müssen grundlegend erklären, wie ein solcher Akt der Brutalität zustande kommt. Wieso Menschen überhaupt rassistisch denken, wieso sie rassistisch handeln, wieso der Staat rassistische Taten unterstützt und unsere Forderungen nach einem schönen Leben eben nicht unterstützt. Und wenn wir es nicht erklären können, müssen wir öffentlich die Frage danach stellen.



Folgt man der Theorie von legitimen und illegitimen Gedenken der Initiative *Kritisches Gedenken Erlangen*, dann ist **staatliches Gedenken** immer illegitim,

da » deren Zweck immer die Legitimierung des eigenen Kollektivs und der eigenen Institutionen, also kollektive Selbstvergewisserung sein muss«. Da rechte Ideologie ihre Grundlage und Selbstvergewisserung jedoch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft, also dem staatlichen Kollektiv, findet, kann dieses öffentliche bzw. nationale Gedenken niemals tatsächlich die Bedingungen, die zu rechter Gewalt führen, kritisieren. Es müsste sich damit selbst delegitimieren. Als Falken sollten wir uns also die Frage stellen, wie wir mit staatlichem Gedenken umgehen

wollen. Wollen wir versuchen, indem wir selber daran teilnehmen einen anderen Akzent zu setzen und das Gedenken so »besser« zu machen? Geht das überhaupt? Oder sollten wir das öffentliche Gedenken stören, da es die Bedingungen für rechte Gewalt reproduziert, indem es das nationale Kollektiv in gutem Licht darstellt?



Die forsche Kritik an staatlichem Gedenken teile ich ebenfalls, finde jedoch die aufgezeigten Möglichkeiten spiegeln das Problem nicht wieder.

Natürlich sollten wir staatliches Gedenken **nicht** stören oder gar verhindern, der Angehörigen und Betroffenen wegen. Ebenso glaube ich nicht, dass es zielführend ist, sich als Teil des Gedenkens zu inszenieren um dieses zu »verbessern«. Es ist nicht unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass der Staat noch besser behaupten kann, dass er doch genug tue und das Thema sei doch so wichtig – während er selbst die Taten befeuert. Er legitimiert sein eigenes Täterhandeln dadurch, dass er versucht seine Taten zu entschuldigen. Etwas **Ent**-schuldigen; die Schuld lässt sich nun mal durch Lippenbekenntnisse nicht einfach wegdenken. Dafür braucht es mehr als ein etwas besseres Gedenken, es braucht Handlungen. Ich denke wir geraten beim staatlichen Gedenken in einen Widerspruch, den wir wohl ertragen müssen. Auf der einen Seite müssen wir staatliches Gedenken dort kritisieren wo es uns als sinnvoll erscheint zu kritisieren, um auf die hässliche Seite staatlichen Gedenkens aufmerksam zu machen. Dabei sollten wir uns gerade im Kontext rassistischer Taten sicher sein, nicht selbst rassistisch zu handeln, indem wir z. B. Wunden bei Überlebenden aufreißen o.Ä.! Auf der anderen Seite müssen wir staatliches Gedenken auch einfordern. **Der Staat darf sich der Beschäftigung mit rechtem Terror nicht entziehen können.** Er muss sich damit beschäftigen. Dazu müssen wir ihn zwingen.



Ich denke nicht, dass es eine »hässliche Seite« staatlichen Gedenkens gibt, sondern halte staatliches Gedenken generell für nicht zielführend. Ein Gedenken, das

immer nur dazu dienen wird die Nation zu legitimieren und Schuld von sich zu weisen, kann niemals ein richtiger Schritt gegen Rassismus und Antisemitismus sein. Der Staat müsste sich und seine grundlegenden Strukturen in Frage stellen, um sein Gedenken anders zu gestalten. So etwas machen Staaten aber nicht. Mir stellt sich also die Frage, was es uns bringt, staatliches Gedenken einzufordern. Was erreichen wir damit? Ich halte es für sinnvoller, vom Staat zu verlangen seine Fehler, Unzulänglichkeiten und Schuld einzugestehen. Außerdem sollten wir vom

Staat verlangen, dass er Projekte und Gedenkinitiativen in ihrer Arbeit gegen Rechts unterstützt. Die Umsetzung dieser gar nicht mal so krassen Forderung würde in Zeiten, in denen Gedenkveranstaltungen z.T. verhindert wurden während Corona-Leugner\*innen demonstrieren durften und dem VVN-BdA die Gemeinnützigkeit aberkannt ist, bereits einen deutlichen Unterschied machen.



Natürlich sollten wir staatliches Gedenken stören oder gar verhindern. Gedenken ist nicht immer in unserem Sinne. Es wird schließlich auch Antisemit\*innen,

Rassist\*innen und Kolonialist\*innen, Antifeminist\*innen und vielen weiteren gedacht. Als Beispiel hierfür können unzählige Gedenkveranstaltungen oder Mahnmale für Wehrmachtssoldaten genannt werden. Das sollten wir stören und verhindern. Der Staat ist trotzdem demokratisch konstituiert und bildet einen Spiegel der politischen Verhältnisse innerhalb seiner Grenzen ab. Der Staat gibt Gelder, erstellt Bildungskonzepte und trägt somit einen großen Teil zu Gedenken bei. Ihn zu zwingen sich an die eigenen Taten zu erinnern, kann dabei helfen diese niemals zu vergessen. Wenn Deutschland an Hanau erinnert, sollten wir kritisieren dass auch Deutschland die Schuld trägt. Wenn Deutschland nicht an Hanau erinnert, ist das eine aktive Verschleierung der eigenen Schuld und wir sollten Deutschland dafür kritisieren.

## ... *Wir sollten* @ *Deutschland dafür kritisieren.*

Wir hoffen, dass unser Dialog die vielen Diskussionen, die wir in den letzten Monaten mit unterschiedlichsten Leuten in unterschiedlichsten Situationen hatten, ein wenig zusammenfasst. Wir freuen uns darüber, wenn diese Zeilen als Diskussionsgrundlage dienen und als solche begriffen werden. Es sind noch lange nicht alle Argumente ausgetauscht und wir könnten an dieser Stelle noch ewig weitermachen. Die Frage nach der tatsächlichen Gestaltung von Gedenken wurde beispielsweise noch nicht diskutiert. Also: Wie emotional wollen wir unser Gedenken im Verband gestalten und soll es ritualisiert passieren? Wir sind gespannt welche Resonanz das Thema im Verband bekommen wird und wie sich der Prozess in nächster Zeit gestaltet. Schreibt an [24stunden@sjd-die-falken.de](mailto:24stunden@sjd-die-falken.de).



## 2.3 ROSA UND KARL-GEDENKEN IM WANDEL DER ZEIT

*Fragend blicken wir zurück.  
Fragend schreiten wir voran.*

Loreen Schreck AG Lernen und Gedenken · Bundesvorstand



Entwurf: Patrick Menne

Am 15. Januar 1919 wurden die beiden Anführer des Spartakusbundes, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, von rechten Freikorps ins Berliner Hotel Eden verschleppt, unter Misshandlungen verhört und schließlich ermordet. Karl fand man erschossen im Tiergarten, Rosas Leiche erst Ende Mai schwimmend im Landwehrkanal. In den darauffolgenden Monaten wurden die letzten Inseln der sozialistischen Revolution in Deutschland durch die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung zerschlagen. Zuletzt – im Mai 1919 – fiel die Münchener Räterepublik. Bis dahin fielen mehrere tausend Arbeiter\*innen dem staatlich geduldeten rechten Terror zum Opfer. Die sozialistische Revolution war damit gescheitert und die Weimarer Republik gegründet.

Seit 1996 veranstaltet der Bundesvorstand der Falken alljährlich im Januar, am Wochenende um den Todestag der beiden, ein Seminar in der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein in Werftpfuhl bei Berlin. Das Seminar, welches auf eine Initiative des KV Steglitz-Zehlendorf zurückgeht, ist die größte regelmäßig stattfindende Falken-Veranstaltung der Bundesebene. Hier wollen wir gedenken, aber uns auch mit den Inhalten von Rosa und Karl beschäftigen. So entstand ein Seminarwochenende, das über einige Zeit seinen Abschluss in einem gemeinsamen Besuch der genannten Gedenkdemo fand. In Berlin-Friedrichsfelde befindet sich seit Beginn

der 50er Jahre innerhalb des Zentralfriedhofs die Gedenkstätte der Sozialisten. Hier endet jedes Jahr die nicht unumstrittene Luxemburg und Liebknecht-Demo (auch als LL-Demo abgekürzt) an einem Gedenkstein mit der Aufschrift »Die Toten mahnen uns«. Diese findet ebenfalls an dem Januarwochenende statt. Die Demo geht auf eine seit 1919 bestehende Tradition des Gedenkens zurück und galt lange Zeit als eine der größten linken Demonstrationen.

### Rede zum Rosa-und-Karl-Gedenken 2019 Auszug

*»Wenn wir Falken gedenken, gedenken wir nicht nur Rosa und Karl, wir gedenken ihnen stellvertretend für die Aufständischen in den Räterepubliken von Bremen und München, für die Kieler Matrosen, für die Berliner Spartakist\*innen und nicht zuletzt: Für alle unsere Genoss\*innen. Wir gedenken aber vor allem einem besonderen historischen Moment. Ein Moment in dem die Möglichkeit einer befreiten Gesellschaft und das Ende der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht nur ein schöner Traum, sondern tatsächlich zum Greifen nahe war.«*



Rosa und Karl – Postkarten-Motive für 2007 (unten) und 2008 (oben).  
SJD – Die Falken, Bundesvorstand,  
Entwürfe: Gerd Beck Nürnberg



Deshalb ist die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Inhalten der Novemberrevolution für unser Gedenken unabdingbar. Wir wollen verstehen, diskutieren und weiterdenken. Dabei nehmen wir uns das Engagement von Rosa und Karl zum Vorbild: »Als mutige Kämpfer\*innen gegen Krieg, Militarismus und Imperialismus standen sie für ihre Überzeugungen ein, indem sie zunächst in der von Rosa mit begründeten ›Gruppe Internationale‹ offen die SPD für ihre Zustimmung zu Kriegskrediten kritisierten, wofür sie regelmäßig im Gefängnis landeten. Später agierten sie durch den Spartakusbund. Auch als Begründer\*innen der KPD strebten sie entgegen allen Repressionen die sozialistische Weltrevolution durch die Arbeiter\*innenschaft an. Ihr umfassendes Wirken ist nicht nur inhaltlich, sondern auch aufgrund ihres lebenslangen Glaubens in demokratische Rechte und die Freiheit beeindruckend und ein Grund, diese beiden Menschen und ihr Wirken nicht zu vergessen.« (Jana Herrmann, Rosa und Karl 2012. Gedenken muss nicht leise sein! In: *AJ – die andere Jugend*, 1/2012)

Auch deshalb hat das Rosa und Karl Seminar seinen ganz eigenen Charakter, wenn wir als junge Sozialist\*innen zusammenkommen um den Kampf für eine befreite Gesellschaft unter Einbeziehung der heutigen Situation, aber eben auch mit dem historischen Blick auf einen Moment, wo diese Gesellschaft möglich war, zu diskutieren. Das Seminar »Rosa und Karl« ist schon lange ein

zentraler Punkt unseres Gedenkens, wobei sich in den letzten 10 Jahren unsere Gedenkpraxen zum Abschluss des Seminars verändert haben. Ganz im Sinne von Rosa haben wir uns nicht vor «Selbstkritik, rücksichtslose[r], grausame[r], bis auf den Grund der Dinge gehende[r] Selbstkritik» gescheut, uns immer wieder die Frage gestellt: Wie wollen wir eigentlich gedenken?

Diese Überlegungen wurden vor allem von Kritik an der LL-Demo angestoßen. Auch wenn die Demonstration lange Tradition in der Arbeiter\*innenbewegung hat, haben sich die Demonstrationen sowie ihre stets heterogenen Teilnehmer\*innen verändert. Im Rahmen der Aussprache zum Bericht des Bundes-SJ-Rings auf dem Bundesausschuss im Herbst 2010 kam die Debatte auf, ob wir uns als Falken überhaupt weiterhin an der LL-Demo beteiligen wollen oder ob wir einen eigenen Gedenkmoment gestalten wollen. Ein Delegierter des LV Sachsen merkte damals an, dass auf der letzten LL-Demo antisemitische Parolen geäußert wurden und sich sein Landesverband nicht weiter an der Demo beteiligen möchte. Weitere Genoss\*innen sprachen sich sowohl für als auch gegen die Beteiligung an der Demo aus. Ein nicht-formales Stimmungsbild konnte kein eindeutiges Ergebnis verzeichnen. Da es sich nicht um einen formalen Antrag handelte, kam es zu keiner verbindlichen Entscheidung.

In den darauffolgenden Jahren hielt man zunächst an der Teilnahme fest, was dazu führte, dass einige Genoss\*innen im Anschluss an das Seminar gemeinsam zur Demo führen, einige andere jedoch direkt abreisten. In den folgenden Jahren führte der Verband diese Diskussion weiter, sodass sich der Bundes-SJ-Ring 2012 dazu entschloss, nicht mehr zu Demo aufzurufen. Allerdings wurde nach diesem Schritt festgestellt, dass ein gemeinsamer Gedenkmoment als kollektiver Seminarabschluss fehlte.

Unsere inhaltliche Kritik an der LL-Demo wurde auch von anderen linken Organisationen geteilt, sodass sich ein Bündnis aus Falken, den Jusos, der Linksjugend [solid] und der Naturfreundejugend bildete. Dabei war eine zentrale Kritik, dass vermehrt antisemitische Parolen skandiert wurden und es zu gewaltsamen Übergriffen gegen Personen, die sich mit dem Staat Israel solidarisierten kam. Außerdem wurde die zunehmende Held\*innenverehrung der Demonstration und die sukzessive Erweiterung der Personen, derer man hier »gedachte«, kritisiert. Nicht ohne Grund wird die Demonstration heute auch LLL-Demo (Luxemburg-Liebknecht-Lenin) genannt und auch Stalin- und Mao-Plakate sind keine Seltenheit:

»In der Vergangenheit sind viele Versuche sozialistische Ideen umzusetzen gescheitert. Nicht nur durch blutige Niederlagen wie die des Spartakusaufstands, sondern auch dadurch, dass ihr fortschrittlicher Gehalt in brutalen Diktaturen und repressiven Systemen ein Ende gefunden hat. Die Namen Stalin, Mao, Ho-Chi-Minh und Honecker stehen stellvertretend für dieses Scheitern. Das traditionelle Gedenken an Rosa und Karl in Form der LL(L)-Demonstration stellt heute leider einen traurigen Ausdruck dieser Form des Scheiterns dar. Unwidersprochen werden Jahr für Jahr Stalin-Banner geführt, Weisheiten des großen Vorsitzenden Mao Zedongs zitiert und DDR-Fahnen geschwenkt. Kritik wird nicht entgegengenommen, sondern mit körperlicher Gewalt beantwortet. Wir bestreiten, dass solche menschenverachtende Ideologien etwas mit den Ideen von Rosa und Karl zu tun haben und haben die Hoffnung verloren, dass diese Aufstellung des Gedenkens noch von innen reformiert werden kann.«, heißt im Demo Aufruf des Bündnis »Rosa & Karl« 2013.

Nach vielen Debatten haben wir uns entschlossen gemeinsam mit den anderen linken Jugendverbänden als Rosa & Karl-Bündnis ein anderes, ein emanzipatorisches Gedenken zu Rosa & Karl zu entwickeln. 2013 fand dann zum ersten Mal eine Aktionswoche im Vorfeld zu unserem Rosa und Karl Seminar statt, sowie eine Demonstration im Anschluss daran unter dem Titel »Fragend blicken wir zurück. Fragend schreiten wir voran«. Diese erste Demonstration war gut besucht, auch wenn dem Bünd-

nis von verschiedenen Stellen Spaltung vorgeworfen wurde. Dem Demo-Aufruf für das Folgejahr 2014 ist zu entnehmen:

»Die Erinnerung an bestimmte historische Entwicklungen und ihre Analyse sind bedeutender Teil unterschiedlichster ›linker‹ Bewegungen. Je nach theoretischem Ansatz erfüllt hierbei die Auseinandersetzung mit Geschichte verschiedene Funktionen. Vor über einem Jahr haben wir uns in den Diskurs um das Erinnern an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht eingemischt. Im Januar 2013 fanden eine Aktionswoche und eine Demonstration zum Gedenken an die Kämpfe der Jahre 1918/19 statt. Wir stehen auch weiterhin für einen kritischen Blick auf linke Geschichte:

Die Geschichte des Kapitalismus ist das Ergebnis historischer Machtkämpfe und sie wird von den Herrschenden geschrieben. Wir setzen auf eine andere Form der Erzählung. Geschichte ist nicht statisch, sie ist vielschichtig, wird von vielen erlebt und gemacht und ist durchaus auch widersprüchlich. Sie ist nicht zwangsläufig. Für uns bedeutet eine alternative Geschichtserzählung auch, die Ideen, Gedanken und Theorien für die z. B. Rosa Luxemburg stand, in den Vordergrund zu rücken und sich mit ihnen kritisch auseinanderzusetzen. [...]

Wenn wir heute Rosa und Karl gedenken, bedeutet dies, sich die Niederlage ihres Kampfes bewusst zu machen. Wir möchten aber auch daran erinnern, dass eine von Ausbeutung und Zwang befreite Welt möglich war und ist. [...] Deshalb setzen wir uns für ein emanzipatorisches Gedenken ein, das die Widersprüchlichkeit dieser Welt aushält. Eine ›linke‹ Heiligenverehrung mit übergroßen Porträts vermeintlicher Polit-Ikonen, unkritisch aneinandergereiht, passt nicht zu unserer Form des Gedenkens. Das ist in unseren Augen politische Religion, zutiefst reaktionär und dogmatisch.

Unser Gedenken – und damit eine gesamte Veranstaltungswoche – und unsere Demonstration stehen im Zeichen eines Eintretens für eine bessere Gesellschaft jetzt und hier! [...] Als Jugendverbände in der Tradition der Arbeiter\*innenjugend sind wir nicht bereit, die menschenunwürdigen Bedingungen, die der Kapitalismus schafft, weiter hinzunehmen. Als Jugend sind wir gefordert aufzustehen, uns zu bilden und zu organisieren, um den bestehenden Verhältnissen eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Zwang entgegenzusetzen.«

Für die Demonstration 2014 wurde vom Bündnis bewusst eine neue Route »durch das ehemalige sogenannte Zeitungsviertel in Berlin-Mitte, dem historischen Ort der Januarkämpfe [gewählt]. Unser Ziel war es, damit den

GE  
RECH  
TERR

KONTINUITÄTEN

FRAGEN  
STELLEN  
PROPOR

DURCHBRECHEN

Fokus des Gedenkens auf die Geschehnisse im Januar 1919 zu richten und dafür Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ein wenig aus dem Zentrum zu rücken. Schon frühzeitig begann das Bündnis, Veranstaltungen zu Gedenken und Geschichte vorzubereiten. So wurde im November ein Seminar zur Geschichte der Arbeiter\*innenjugendbewegung organisiert, um eine tiefer gehende Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte zu ermöglichen.« (Bündnis »Rosa & Karl«, 2014. »Fragend blicken wir zurück. Fragend schreiten wir voran« In: AutorInnenkollektiv Loukanikos (Hg.): History is unwritten. Linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft. edition assemblage. S. 348 – 357)

Das Bündnis »Rosa & Karl« reflektierte seine Arbeit im oben genannten Sammelband History is unwritten wie folgt: »[das Bündnis] im kommenden Jahr nicht weiter zu führen, wäre konsequent im Sinne der Intention des Bündnisses, sich eben nicht an der Produktion von Tradition und Folklore zu beteiligen. Das Gedenken soll ja gerade kein Selbstzweck werden, kein Termin, an dem sich Linke treffen, um sich zu zählen und eine Identität zu schaffen. Auf der anderen Seite hat die Arbeit in den vergangenen beiden Jahren Gruppen und Menschen zusammengebracht, die organisationsübergreifend zusammen Politik gemacht haben und sich mit eigenen, auch streitbaren Positionen in linke Selbstverständlichkeiten eingemischt haben« (Bündnis »Rosa & Karl«, 2014 S. 357) Dennoch rief das Bündnis 2015 gemeinsam zu einem Gedenkspaziergang (der im Anschluss an das Seminar stattfand), allerdings ohne inhaltliche Auseinandersetzung in Form einer vorherigen Aktionswoche auf, in den folgenden Jahren kam das Bündnis nicht mehr zusammen, auch weil die maßgeblichen Initiator\*innen bei Jusos wie auch bei Falken nicht mehr aktiv waren.

Für uns als Falken war aber weiterhin klar, wir werden im Anschluss an das Rosa und Karl-Seminar gedenken. In den darauf folgenden Jahren diskutierten wir immer wieder die Form unseres Gedenkens. 2016, 2017 und 2018 führten wir mehrere kleinere Gedenkspaziergänge zu verschiedenen Themen durch. 2018 starteten diese nach einem kurzen gemeinsamen Gedenken am Denkmal von Karl Liebknecht im Tiergarten. In den Jahren zuvor sind die Spaziergänge vom Ostkreuz ohne Gedenkmoment aufgebrochen und kamen zu einem gemeinsamen Abschluss am Zoologischen Garten zusammen. Bei den verschiedenen Gedenkspaziergängen führte eine (häufig ortskundige) Person eine kleinere Gruppe von Menschen, ähnlich einer thematischen Stadtführung, zu verschiedenen Orten des politischen Handelns oder Gedenkens. Diese Form des Gedenkens ermöglichte zum einen Gedenken in der Gruppe, zum anderen aber auch





inhaltliche Auseinandersetzung und Debatte in Verbindung zueinander, was wir zunächst als eine sinnvolle und dem Anlass angemessene Form des Gedenken auswerteten. Dennoch wurde die Beteiligung der Seminarteilnehmenden mit den Jahren immer geringer. Da zudem der organisatorische Aufwand für den Bundes-SJ-Ring sehr hoch war und wir mit den Genoss\*innen in Gespräch kommen wollten, ob diese Form des Gedenkens für den Verband noch passend war, nutzten wir 2019 den Sonntagvormittag, um unser Gedenken zu evaluieren und zu diskutieren. Dabei kamen die Seminarteilnehmenden mehrheitlich zu dem Schluss, welcher der Einschätzung des Bündnis aus dem Jahr 2014 widerspricht: Wir wollen als Falken, als ein Verband, gemeinsam im Kollektiv regelmässig im Anschluss an das Seminar gedenken.

Der Bundes-SJ-Ring beschloss daraufhin auf die Gedenkspaziergänge zu verzichten. Unter anderem auch, weil Genoss\*innen mit einer weiteren Abreise darauf hingewiesen haben, dass eine Teilnahme an den Gedenkspaziergängen häufig nicht möglich sei, ohne erst spät Nachts zu Hause anzukommen. Wir planten also zukünftig einen größeren kollektiven Gedenkmoment.

2019 jährte sich die Ermordung von Rosa und Karl zum 100. Mal. Für das gesamte Seminar wählten wir aus diesem Anlass auch das Oberthema: »100 Jahre rechter Terror«. Aufgrund des traurigen Jahrestages wollten wir auch das Bündnis nochmal aufleben lassen und nahmen Kontakt zu den Bündnispartner\*innen auf. Leider gab es wenig Resonanz auf unsere Anfrage einer gemeinsamen Gedenkveranstaltung, also führten wir unser Gedenken alleine, vom RBB begleitet, durch. Wir versammelten uns vor dem Tiergarten um gemeinsam zum Karl-Liebknecht-Denkmal zu laufen und einen Kranz niederzulegen. Im Anschluss sprachen eine der Bundesvorsitzenden und die SJ-Ring-Leitung, danach erhielten die Teilnehmenden die Möglichkeit ihre mitgebrachten Nelken niederzulegen und in einem stillen Moment zu gedenken. Die Teilnahme der Genoss\*innen, die zuvor am Seminar teilnahmen, war sehr gut und wir werteten das gemeinsame Gedenken mit einem längeren Gedenkakt positiv aus.

Der Bundes-SJ-Ring hatte beschlossen, diese Art des Gedenkens für die kommenden mindestens 2 Jahre so weiterzuführen, hier zeigt sich: Wie der Verband sein Gedenken organisiert, ist immer auch nur eine Momentaufnahme. Zu verschiedenen Zeiten ist den Aktiven Unterschiedliches wichtig. Deshalb ist es wichtig, dass wir als Falken unsere Praxis regelmässig reflektieren und davon unsere Praxis abhängig machen. Für das darauffolgende Jahr 2020 erweiterten wir den Gedenkakt und beschlossen vom Karl-Liebknecht-Denkmal gemeinsam

zum Landwehrkanal und dem dortigen Rosa-Luxemburg-Denkmal zu ziehen. An beiden Orten gab es Reden und die Teilnehmenden des Gedenkakts waren eingeladen, selbst auch etwas zu sagen oder ein Gedicht vorzulesen. Ebenfalls hielten wir für das Seminar an der Praxis des Oberthemas fest um der Veranstaltung einen gemeinsamen Rahmen zu geben. 2020 war es »30 Jahre Ende der Geschichte« anlässlich der Einheitsfeierlichkeiten, mit denen wir uns kritisch auseinandersetzten wollten.

2021 mussten wir unser Seminar aufgrund der pandemischen Situation leider digitalisieren. Dennoch sind wir froh, dass wir ein digitales Angebot schaffen konnten, sodass wir als Falken zusammen kommen konnten, um die »Geschichte der Organisation« zu diskutieren. Wir entschieden uns gegen einen digitalen Gedenkakt, da wir dieses für nicht angemessen umsetzbar hielten, gaben den Teilnehmenden aber die Möglichkeit sich in einem Workshop inhaltlich zum Thema Gedenken auszutauschen. Hierbei bekamen wir Unterstützung von der AG Lernen und Gedenken. Wir freuen uns, dass wir auch in diesem besonderen Jahr die Möglichkeit hatten, unser Gedenken zu reflektieren und zu diskutieren. Es wurde deutlich, dass den Teilnehmenden des Workshops, sowohl die inhaltliche Auseinandersetzung des Seminars, wie auch der Gedenkmoment als Abschluss wichtig ist. Dabei geht es aber vor allem darum, diese beiden Aspekte in Verbindung zu setzen. Der nächste Bundes-SJ-Ring muss diskutieren, wie das Gedenken im Anschluss an das Seminar künftig gestaltet werden soll.

Wir haben uns als Verband aktuell zu einem kollektiven Gedenken an einem regelmäßigen Termin entschieden. Für uns ist das Gedenken aber in keiner Weise ein Selbstzweck. Es geht uns dabei nicht darum, unsere Größe zu demonstrieren oder lediglich eine gemeinsame Identität zu schaffen. Wir wollen im Anschluss an das Seminar, wobei das gemeinsame Diskutieren und Lernen zentral für unser Gedenken ist, zusammenkommen und einen Moment innehalten, um nicht nur Rosa und Karl zu gedenken, sondern all unseren Genoss\*innen, die im Kampf für die Revolution gestorben sind. Wir wollen einem besonderen historischen Moment gedenken, in dem eine bessere Welt möglich gewesen ist. Und wir wollen vor allem aus der gescheiterten Revolution lernen und weiter für eine bessere Welt kämpfen. Dabei bleiben wir nicht in unserer Trauer und Wut stehen, sondern wir kommen zusammen um einander Kraft zu geben, deshalb gedenken wir auch heute noch.

## 2.4 PSYCHISCHES TRAUMA **UND** JUGEND-VERBANDSARBEIT

Niels Tekampe

Schwierige und psychisch belastende Themen sind seit jeher ein Teil der sozialistischen Jugendarbeit. Dazu gehören die Auseinandersetzung mit menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen auf der Welt, Antisemitismus, rassistische Übergriffe, Armut oder Kindeswohlgefährdung, um nur einige zu nennen. Dass solche Themen unangenehme Gefühle auslösen, ist schwer vermeidbar. Die Konfrontation mit dem Unangenehmen oder Ungerechten ist aber notwendig, um über angenehmere und gerechtere Perspektiven nachdenken zu können. Das Verdrängen oder Verklären einer Thematik macht sie schließlich nicht weniger existent und das Schönreden von Missständen diese nicht weniger schlecht. So ist auch der vielleicht wichtigste Grundsatz einer kritischen Pädagogik »Die Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei (...)« (Adorno, Theodor W. *Erziehung zur Mündigkeit* FFM 1970 S.92) unweigerlich mit einer unangenehmen Konfrontation mit Auschwitz verbunden.

Nun ist es seit einigen Jahren üblich, bei belastenden Themen Artikel oder Videobeiträge mit sogenannten »Triggerwarnungen« (kurz TW) zu versehen. Damit soll es Leser\*innen leichter gemacht werden für sie als belastend empfundene Themen zu vermeiden. Der Gedanke dahinter ist, dass Menschen die unter einer posttraumatischen Belastungsstörung leiden, von bestimmten Inhalten »getriggert« werden können und damit ihre psychischen Verletzungen wieder aufgerissen oder sogar noch schlimmer werden.

Was genau ist aber unter Begriffen wie »Trauma« oder »Trigger« zu verstehen? Welche Relevanz oder Einfluss haben sie auf die praktische Arbeit und wie kann ein verbandlicher Umgang damit aussehen, wenn doch politische Jugendarbeit voll von psychisch belastenden Themen ist? Im Folgenden wollen wir uns erst ein paar Begriffe zwischen Alltagssprache und klinischer Perspektive anschauen. Es folgt eine Einordnung der Thematik für Helfende und deren Arbeit in der politischen Jugendbildung. Den Abschluss bilden ein paar nützliche Tipps und Empfehlungen zu weiterführender Literatur.

**Zum Geleit** Wenn ihr traumatische Erlebnisse hinter Euch habt und darunter leidet, macht eine Psychotherapie. Wie die meisten psychischen Leiden, werden Traumafolgestörungen nicht einfach so besser, das Gegenteil ist der Fall. Anlaufstellen und Selbsthilfeleratur findet ihr am Ende des Artikels.

### 1. Alltagsverständnis und klinisches Verständnis

In unserer Alltagssprache begegnet uns »traumatisiert sein von etwas« oder »traumatisch« immer wieder. Meistens um auszudrücken, wie drastisch unangenehm eine bestimmte Situation auf uns gewirkt hat. »Ich bin immer noch traumatisiert von dem Überraschungsauftritt meiner Helfenden als Spice Girls-Coverband beim letzten Zeltlager« beschreibt zwar eine irgendwie unangenehme Situation, dass die betroffene Person davon psychische Verletzungen davon getragen hat, ist aber unwahrscheinlich. So etwas würde man dann eine Traumatisierung nennen – eine psychische Verletzung. Eine Verletzung, die manchmal nicht so richtig heilen will. Ob so eine Verletzung entsteht, hängt dabei von ganz vielen Faktoren ab. Unterschiedliche Menschen, die das gleiche belastende erleben, werden unterschiedlich damit umgehen können. Nach den deutschen Behandlungsleitlinien zu akuten Folgen psychischer Traumatisierung erleiden ungefähr 25% aller Menschen in Deutschland mindestens einmal eine solche Verletzung in ihrem Leben. Das hört sich nach ganz schön viel an, ist aber auf die durchschnittliche Lebenserwartung von ca. 80 Jahren in Deutschland gesehen vielleicht auch gar nicht so verwunderlich.

Dass diese Verletzung dann nicht so richtig heilen will, trifft nur auf 2 % der Fälle zu. (Diese Zahl bezieht sich jetzt allerdings auf eine große europäischen Studie in der auch die Schweiz, Frankreich, die Niederlande und die belgische Bevölkerung befragt wurden – die Traumawahrscheinlichkeit ist in diesen Ländern aber ungefähr gleich). Diese 2% leiden unter einer sogenannten post-

traumatische Belastungsstörung – ein anhaltendes psychisches Leiden, ausgelöst durch eine traumatische Erfahrung. Ein solches Leiden ist auch eng mit den oben genannten 'Triggern' verbunden. Es kann nach einem solchen Trauma aber auch zu einem anderen psychischen Leiden wie z.B. einer Depression kommen oder zu gar keiner psychischen Erkrankung.

Ein Trauma ist also eine psychische Verletzung, die aber nicht zwangsläufig so schwer ist, dass sie zu einem langfristigen psychischen Leiden führen muss. Und wenn es zu einem psychischen Leiden führt, ist dies nicht zwangsläufig eine posttraumatische Belastungsstörung.

Im Vergleich mit einer körperlichen Verletzung kann man das ganz gut erkennen. Wenn uns jemand bittet, einzuschätzen, ob sich ein Mensch das Bein bricht, wenn er von einem Baum springt, ist das ohne weitere Informationen schwer einzuschätzen. So vieles kann hier eine Rolle spielen: die Größe des Baumes, die Verfassung des Menschen, sind da Menschen die ein Sprungtuch halten, lauern wilde Tiger unter dem Baum? Und selbst wenn das Bein dann gebrochen ist, gibt es noch mal viele Faktoren, ob es gut, rasch und ohne Probleme ausheilt oder sehr lange noch weh tut. Aber auch das Baum-Beispiel hat seine Grenzen, denn ein psychisches Trauma kann auch dann erlitten werden, wenn man gar nicht aktiv einer Situation ausgesetzt ist, sondern diese nur beobachten musste.

Was unterscheidet nun aber diese tiefgreifende psychische Verletzung von dem unangenehmen Gefühl, das wir vielleicht haben, wenn wir von Freund\*innen mal einen doofen Spruch gedrückt kriegen und verletzt sind? Ein traumatische Situation ist eine, in der es kein Vorwärts und kein Zurück mehr gibt, in der wir uns absolut hilflos vorkommen und in der wir um unser Leben fürchten. Einer solchen Situation ausgesetzt zu sein, die weder bekämpft noch aus der geflohen werden kann, in der wir schutzlos ausgeliefert sind und unsere Existenz auf dem Spiel steht, bringt unsere Psyche an ihre Grenzen. Solche Verletzungen sind schwer zu heilen oder in unserer Psyche in Form von strukturierten Erinnerungen unterzubringen. Das kann dann wie ein fieser Holzsplitter sein, den wir nicht aus der Haut gezogen bekommen und der sich dann verkapselt. Damit ist der Splitter vielleicht erstmal unschädlich gemacht, bleibt aber unter unserer Haut und kann womöglich in bestimmten Situationen schmerzen. Eine solche traumatische Erfahrung konnte nicht ganzheitlich verarbeitet werden und wurde verdrängt. Erst bestimmte Situationen, die wir mit dem damaligen Holzsplitter verknüpft haben, lassen uns den Schmerz wieder fühlen.

## 2. Warnung vor dem Trigger

Solche Situationen, in denen der Schmerz der ursprünglichen Verletzung wieder zu spüren ist, werden ›Trigger‹ genannt, d.h. Auslöser. Auch hier müssen wir zwischen Alltagssprache (›Das triggert mich so, wenn keine Ananas auf der Pizza ist‹) und klinischer Bedeutung unterscheiden. Nur weil ich etwas nicht hören möchte oder mit einem bestimmten Thema nicht in Kontakt kommen möchte, heißt das nicht, dass diese Situation mich psychisch zu Boden reißt und in einen Zustand wie bei der/einer Traumatisierung zurück bringt. Bei einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS), kann ein solcher Trigger dazu führen, dass der Holzsplitter dann so weh tut, als wenn er gerade erst unter die Haut gelangt wäre und es ist an nichts anderes zu denken. Der psychische Schutzschild, der sonst das Trauma abschirmt, kriegt Lücken. Der alte Schmerz und die Gefühle aus der traumatischen Situation werden wieder spürbar, ein **Unterscheiden** zwischen Hier, Jetzt und Damals wird unmöglich. Ganz häufig ist es für Menschen die unter einer PTBS leiden gar nicht so einfach zu wissen, was denn diese Trigger überhaupt sind. Da arbeitet unsere Psyche ganz kompliziert, wenn z. B. jemand ein traumatisches Erlebnis durch eine Begegnung mit einem wilden Raubtier hatte, so muss nicht zwingend der Anblick dieses Tieres triggernd sein, genauso gut kann ein Geruch der zu diesem Moment wahrnehmbar war z.B. von einem nahe stehenden Apfelbaum triggern.

Wenn Dir solche Situationen bekannt vorkommen, dann solltest Du professionelle psychotherapeutische Hilfe suchen.

Am Beispiel der Raubtierbegegnung mit Apfelbaum kann man sich mögliche traumafolgende Reaktionen so vorstellen: Du siehst wieder ein solches Raubtier und bist wie ausgeschaltet, kriegst gar nicht mehr so richtig mit, was mit Dir und Deiner Umgebung los ist (Dissoziation). Du riechst den Geruch eines Apfelbaums – Du wirst aus dem Jetzt gerissen und bist wieder ganz in der schmerzlichen Situation, als Du dem Raubtier begegnet bist (Flashback). Jemand macht Raubtiergeräusche nach, um Dich zu ärgern und Du rastest völlig aus, ohne über Dein Handeln bestimmen zu können (Überreaktion).

Dabei sind das Wegtreten oder Einfrieren bei einer **Dissoziation** oder einem Flashback und das heftige Ausagieren bei einer Überreaktion nur die von außen sichtbarsten Anzeichen einer posttraumatischen Belastungsstörung.

## Dissoziation i

Der Begriff Dissoziation bezeichnet das (teilweise bis vollständige) Auseinanderfallen von psychischen Funktionen, die normalerweise zusammenhängen

### 3. Was bedeutet das für Helfende und die Veranstaltungsplanung?

Als Helfende\*r ist als erstes wichtig, dass Du selbst gut versorgt bist und Dich psychisch gut und stabil fühlst. Wenn das nicht der Fall ist, hast Du Anspruch auf eine Psychotherapie. In Deutschland zahlen die Krankenkassen Menschen mit psychischen Verletzungen eine Psychotherapie. (Achtung: Psychotherapeuten nach dem Heilpraktikergesetz sind i.d.R. keine Psychotherapeut\*innen nach anerkannten wissenschaftlichen Verfahren.) Du würdest ja auch nicht mit einem offenen Bruch oder Fieber einen Workshop halten oder auf ein Zeltlager fahren – nein, Du würdest Dir erst medizinische Hilfe holen und dann abhängig von der ärztlichen Einschätzung handeln.

Was nun aber, wenn in einem Workshop oder Seminar ein belastendes Thema behandelt wird, wie kannst Du deine Teilis schützen?

Einen absoluten Schutz davor, dass etwas Blödes passiert gibt es nicht, auch nicht beim Kinderbasteln. Und das ist völlig ok so. Du solltest nicht den Anspruch an Dich stellen, dass Du im Vorfeld mit Deinen Teilnehmenden alle Thematiken besprichst, die womöglich zu belastend für sie sein könnten. Gleichzeitig ist es fürsorglich, wenn

Du im Vorfeld klar kommunizierst, welche Themen in einer Maßnahme behandelt werden. Dabei kann ein klar strukturierter und transparenter Ankündigungstext eine bessere Hilfe sein, als eine Liste mit möglichen Triggern. Hier wird es schnell schwer auszuschließen, was als Trigger gelten kann und was nicht. Wenn Du z. B. zu einem Ananas-Pizza-Kochkurs sehr allgemein formulierst ›Kochkurs im Falkenheim. TW: Essen‹ ist das wenig hilfreich für Menschen die Ananasgeruch mit einer traumatischen Erfahrung verknüpfen. Woher sollst Du das auch wissen können?

Das bedeutet im Umkehrschluss aber nicht, dass Du innerhalb eines Seminar nicht allgemein als belastend geltende Inhalte ohne vorige Einordnung/Ankündigung einbringen solltest. Das ist Teil der Fürsorgepflicht als Helfende\*r. Außerdem kannst Du Teilnehmende dazu ermutigen, Dir bei der Anmeldung mitzuteilen, wenn sie unter psychischen Erkrankungen leiden und sich wünschen, dass das in besonderer Form auf sie Rücksicht genommen wird. Bei körperlichen Erkrankungen wie z. B. Allergien ist dies schließlich auch ganz normal. Geh dennoch unbedingt besonders vertraulich mit diesen Informationen um und entscheide dann, ob Du Dir vorstellen kannst, dass die Veranstaltung gut für die Person ist und/oder Du Dich wohl damit fühlst sie ggf. zu betreuen. Auch hier ist ein körperliches Beispiel entdramatisierend – ein Kind mit einer starken Bienenallergie würdest Du auch nicht auf eine Exkursion zu einer Imkerei mitnehmen. Und auch wenn das Kind Dir klar versichern würde, es wäre gar kein Problem mit den Bienen, musst Du am Ende schauen, ob Du Dich wohl damit fühlst es mitzunehmen und für seine Unversehrtheit Sorge tragen kannst.

Trotz einer sorgsam Vorbereitung kann es passieren, dass Teilnehmende sich trotz einer unbehandelten posttraumatischen Belastungsstörung in einer Situation wiederfinden, die sie ›triggert‹. Womöglich war ihnen bis dahin gar nicht bewusst, dass sie unter einer solchen psychischen Verletzung leiden – nun ist es aber passiert und Dir ist ein Verhalten aufgefallen, wie es im zweiten Abschnitt beschrieben wurde. Was also tun?

Hier ist klar zu sagen – außerhalb einer Therapie ist eine Konfrontation mit ›triggernden‹ Inhalten gar nicht gut. Im schlechtesten Fall macht es das Leiden des Menschen sogar noch schlimmer. Wenn Du Dich dazu im Stande fühlst, solltest Du die Personen in eine sichere Umgebung begleiten und psychologische Erste Hilfe anbieten. Ganz kompakt heißt das, auf Augenhöhe zu gehen, der Person die Möglichkeit geben zu erzählen, wie es ihr geht, zuhören und die Person dabei unterstützen, was

jetzt weiter für sie getan werden kann. (Weiterführende Literatur findet ihr im Anhang). Wenn eine akute Gefährdung nicht auszuschließen ist, so ist in Absprache mit der Betroffenen Personen ein Krankenwagen zu rufen.

Wieder mal hilft es auch hier, sich eine physische Verletzung vorzustellen. Niemand würde auf die Idee kommen, jemanden mit einem komplexen unverheilten Bruch dabei zu unterstützen von einem Baum zu springen. Damit fördert man die Person nicht, härtet sie nicht ab oder unterstützt ihre Eigenständigkeit. Man unterstützt sie dabei, alte Verletzungen aufzubrechen oder sogar noch schlimmer zu machen. Wenn es dann aber doch zu diesem Sprung kommt, dann leistet man Erste Hilfe und ruft im Zweifel den Krankenwagen.

#### 4. Zusammenfassung

Traumatische Erfahrungen machen viele Menschen. Dass diese traumatischen Erfahrungen so tief gehen, dass sie durch Einwirkung von außen ›getriggert‹ werden können passiert nicht sehr häufig (Posttraumatische Belastungsstörung – PTBS). Was Trigger für Menschen mit PTBS sind lässt sich nicht verallgemeinern. Menschen, die solche psychischen Verletzungen erlitten haben, kann in einer Psychotherapie geholfen werden. Äußerliche Anzeichen für dieses Leiden können z. B. unvermittelte Ausraster oder plötzliches Wegtreten/Einfrieren sein. Bei einer posttraumatische Belastungsstörung ist die Konfrontation mit traumaverknüpften Inhalten (außerhalb einer Psychotherapie) schlecht für die betroffene Person. Helfende sollten darauf achten, dass sie sich ausreichend psychisch stabil fühlen, wenn sie belastende Themen in Workshops o.ä. bearbeiten möchten. Bei der Planung von Veranstaltungen kann es hilfreich sein, auch psychische Erkrankungen bei den Teilnehmenden zu erfragen. Ob eine Veranstaltung für Menschen mit posttraumatischer Belastungsstörung geeignet ist, sollten Helfende mit den Betroffenen besprechen. Gleichzeitig sollten Helfende für sich einschätzen, wo ihre Grenzen bei der Begleitung von verletzlichen Teilnehmenden sind und ob sie für deren Schutz Sorge tragen können. Bei der Ankündigung von Veranstaltungen mit belastendem Inhalt ist auf eine möglichst klare Kommunikation der Inhalte zu achten. Auch während einer Veranstaltung sollte über bevorstehenden belastende Inhalte gesprochen werden. Wenn es zu einer Reaktion auf ein früheres Trauma (getriggert werden) kommt, so ist psychologische Erste Hilfe zu leisten und gemeinsam zu entscheiden, wie weiter geholfen werden soll. Ein vorzeitiges Verabschieden der betroffenen Personen von einer Veranstaltung kann zu deren Schutz und dem Schutz der eigenen psychischen Grenzen notwendig sein.



#### Verwendete Literatur nach textlicher Nutzung:

Adorno, Theodor W. »Erziehung zur Mündigkeit« 1970. S. 92

Krüger, Andreas »Powerbook – Erste Hilfe für die Seele« 2011. Gesamt AWMF »S2k –Leitlinie: Diagnostik und Behandlung von akuten Folgen psychischer Traumatisierung« (Onlineressource: <https://www.awmf.org/leitlinien/detail/ll/051-027.html> letzter Zugriff 12.12.2020) S. 10

Alonso, J et al. »Prevalence of mental disorders in Europe: results from the European Study of the Epidemiology of Mental Disorders (ESEMeD) project« in International Journal of Methods in Psychiatric Research, Volume 11, Number 2 – 2004. S. 60

Neuner, Frank »Online-Kurs ›Traumatherapie‹ der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie des Universitätsklinikums Ulm«, 2020. Gegen Gebühr online abrufbar unter: <https://ecqat.elearning-kinderschutz.de/#element-subprojects>

WHO »Psychological first aid: Guide for field workers« (Onlineressource: <https://www.who.int/publications/i/item/9789241548205> letzter Zugriff 12.12.2020) Gesamt

#### Praktische Hilfen und Literatur:

Krüger, Andreas »Powerbook – Erste Hilfe für die Seele«, 2011. Die Website der jeweiligen Landespsychotherapeutenkammer oder Kassenärztlichen Vereinigung

Für Rheinland-Pfalz:

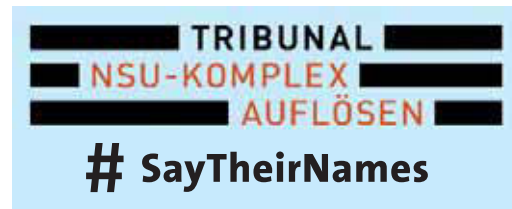
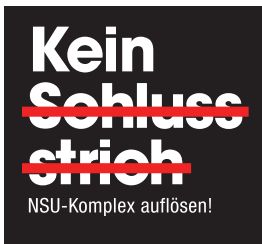
[https://www.lpk-rlp.de/no\\_cache/psychotherapeutensuche.html](https://www.lpk-rlp.de/no_cache/psychotherapeutensuche.html)

<https://www.kv-rlp.de/patienten/arztfinder/>



# 3

## GEGEN RECHTEN TERROR INITIATIVEN GEGEN RECHTS



## 3.1 – 3.8 TEXTE DER INITIATIVEN

Im nachfolgenden dritten Teil des Readers sind verschiedene Texte von Initiativen und Einzelpersonen versammelt, die sich in irgendeiner Weise mit dem Gedenken an neuen Rechten Terror beschäftigt haben. Die Gruppen reflektieren Ansprüche, Praxen oder konkrete Veranstaltungen zum Gedenken und Erinnern.

Als Redaktion war es uns wichtig die Texte der Initiativen nicht inhaltlich zu redigieren. Die entstandene **Vielfältigkeit** der Meinungen und Einschätzungen bieten eine Diskussionsgrundlage für die weitere verbandliche Auseinandersetzung. Wir hoffen, dass sie zum Weiter- und vielleicht auch Umdenken anregen.

Ein weiterer Punkt, den wir gerne offenlegen wollen, betrifft die Auswahl der hier im Reader versammelten Initiativen. Wir haben versucht, ein möglichst breites Spektrum an verschiedenen Formaten und Rahmenbedingungen abzubilden. Leider haben wir nur in wenigen Fällen Kontakt zu den Initiativen, deren Ideen wir gerne in den Reader aufgenommen hätten, aufbauen können. Über die Gründe können wir nur spekulieren. Festhalten können wir jedoch, dass die Arbeit in den Initiativen überwiegend durch ehrenamtliche Engagement geleistet wird. Einfluss hatte und hat sicherlich auch die Corona-Pandemie, die die Arbeit auf unterschiedlichste Weise beeinflusst haben mag.

Die vorliegenden Texte bieten dennoch bereits einen guten Einblick in die Herausforderungen, die einem bei der Gestaltung von Gedenken an neuen Rechten Terror begegnen. Wir hoffen, dass die Texte als Inspiration, Debatten- und Reflexionsmaterial für die Durchführung eigener Veranstaltungen dienen können. Wir möchten uns als Redaktion an dieser Stelle bei den Autor\*innen der Texte herzlich bedanken.

## 3.1 AUFSTAND DER TRAUER

### *Erinnerungspolitik für die Gesellschaft der Vielen*

Massimo Perinelli Kein Schlussstrich/NSU-Tribunal

»Der Grund, weshalb um jemanden nicht getrauert wird, liegt am aktuellen Fehlen einer Struktur, die dieses Leben stützt; das bedeutet, dass es entwertet ist, nicht wert, durch das herrschende Wertesystem als Leben geschützt zu werden.« Deswegen »versammeln sich die Unbetruebaren gelegentlich zum öffentlichen Aufstand der Trauer [...]«.« Dieses Zitat der Philosophin Judith Butler aus ihrer Dankesrede vom 11. September 2012 anlässlich ihrer Adorno-Preis-Verleihung verweist auf das Recht eines jeden Menschen, betrauert zu werden, sowie auf das Recht der Hinterbliebenen zu trauern und an den verlorenen Menschen zu erinnern. Dafür braucht es Orte ritualisierter Zusammenkunft, an denen die Trauer symbolisiert werden kann; ohne Symbolisierung kann keine Verarbeitung von Verlust stattfinden. Das gilt für alle Menschen, im Besonderen aber für jene, die gesellschaftlich exkludiert und dadurch weniger sichtbar sind. Francis Seck fordert das »Recht auf Trauer« etwa für die vielen Armen, die hierzulande alljährlich namenlos und ohne Würdigung von den Ordnungsämtern bestattet werden.

In der gegenwärtigen Corona-Krise könnte der Eindruck gewonnen werden, dass das Leben an sich plötzlich in einer besonderen Weise als schützenswert gilt und vulnerable Positionen eine neuartige gesellschaftliche Solidarität erfahren. Die allgemeine Gleichgültigkeit gegenüber dem Sterben der »Anderen« in den hiesigen und fernen Lagern, Ghettos und Armutsregionen zeigt jedoch, dass

mit der Solidarität eine Entsolidarisierung entlang rassistischer Exklusionslinien einhergeht. Aber selbst die vom Virus bedrohten Leben, mit denen sich scheinbar empathisch identifiziert und solidarisiert wird, werden als Tote nicht beklagt. Niemand gedenkt der an der Pandemie Verstorbenen, vielmehr scheint der Aufruf, sich und andere zu schützen, vor allem die Hierarchisierung von Leben zu dynamisieren, die schon zuvor existierte: die strukturell benachteiligten Gruppen werden durch den gesellschaftlichen Umgang mit Covid noch stärker entwertet und weltweit in einem ungeheuren Maße zu Unbetruebaren verdammt.

Aus diesem Grunde bedarf es gerade in Verbindung mit rassistischen Morden auf besondere Weise einer symbolisierten Erinnerung, denn rassistische Gewalt ermöglicht sich in dem Maße, in dem ihre Opfer zu Unbetruebaren gemacht werden: Zum einen wird der Hintergrund der Tat gesellschaftlich *nicht verstanden*, d.h. der Rassismus wird verleugnet. Zum anderen wird der Schmerz der Betroffenen öffentlich nicht *anerkannt*, indem ihr Wissen, ihr Klagen und ihre Forderungen gegenüber Behörden und der Gesellschaft ignoriert oder verschwiegen wird. Zum dritten kann die Trauer durch die Verweigerung angemessener Gedenkorte *nicht symbolisiert* werden. Für die Hinterbliebenen wirken diese Tode daher in dreifacher Weise traumatisierend. Neben dem Schmerz des plötzlichen Verlustes, wird die Möglichkeit für eine gelingende Trauerarbeit sowohl durch die Unmöglichkeit des Begreifens der Tat als auch durch die strukturelle Verweigerung der Anerkennung des eigenen Lebens verhindert. Die Anerkennung der eigenen Existenz verlangt daher immer auch nach Aufklärung der Verbrechen, d.h. nach der Beantwortung der Fragen, wer die Täter\*innen waren, was die Hintergründe der Tat waren und warum man willkürliches Opfer geworden ist. Jede Forderung nach Sühne oder Wiedergutmachung ist damit verknüpft.

Dort wo Rassismus tötet, findet (kollektives) Erinnern oft nur in der Form des Einschreibens von Angst statt, weil die Täter\*innen nicht gefasst, die Opfer nicht geschützt und die Tatmotive nicht aufgedeckt werden. Was bleibt ist ein Gefühl der Hilflosigkeit und die Furcht vor dem nächsten Angriff. Diese Form des Erinnerns ist indes Kalkül der Täter\*innen. Als der NSU seine rassistische Mord- und Anschlagserie fast zehn Jahre lang unbehelligt ausführte, konnte er sich sicher sein, dass die Opfer öffentlich nicht beklagt, sondern im Gegenteil selbst zu Tätern erklärt und isoliert werden. Das Ergebnis des rassistischen Umgangs mit den Opfern war ein erzwungenes Schweigen in den migrantischen Communities, begleitet von einer namenlosen Angst. Was den hinterbliebenen Familien und Freundeskreisen aufgebürdet wurde, war



die Angst, nicht nur jederzeit angegriffen zu werden, sondern für die Angriffe selbst verantwortlich gemacht und in ihrem Schmerz allein gelassen und dadurch unsichtbar zu werden. Diese strukturell-rassistische Kollusion im gesellschaftlichen Umgang mit den migrantischen Angehörigen von Opfern rassistischer Gewalt hatte nicht nur bei den Betroffenen des NSU-Terrors zur Folge, dass ein normales Weiterleben unmöglich war, da die gerissene Lücke namen- und ortlos und unsymbolisiert blieb.

Nachdem die Griechin Alexandra Rousi und ihre Familie zu Beginn der 1990er Jahre in Paderborn von ihrem deutschen Nachbarn jahrelang mit dem Tode bedroht wurde und alle Versuche, ihn zu melden und sich zu schützen, ins Leere liefen, wurde die 60-jährige Frau schließlich von ihm angezündet und so ermordet. Obwohl die Familie Hilfe ersuchte, stuften die Behörden diese Tat von Anfang an nicht als rassistisch ein und schlossen die Akte. In Folge – und bis zu diesem Jahr – gab es kein Erinnern oder Gedenken an die Tat und damit keine Möglichkeit für die Familienangehörigen, hier weiterzuleben; sie verkauften damals ihr Geschäft und verließen Deutschland.

Der ungehörte Hilferuf der Familie Rousi vor über 26 Jahren ist keine Überraschung, sondern hat System. Nur zwei Jahre zuvor ermordeten Neonazis 1992 die beiden Mädchen Ayşe Yılmaz, Yeliz Arslan und deren Großmutter Bahide Arslan in ihrem Haus in Mölln. Die Familie, vor allem der Vater Faruk Arslan und dann Jahre später der damals als neunjähriger Junge den Brand überlebende Ibrahim Arslan, kämpft bis heute um ein würdiges Gedenken, das ihnen die Stadt Mölln verwehrt. Jedes Jahr am 23. November organisieren die Familie und der *Freundeskreis im Gedenken an den rassistischen Brandanschlag von Mölln 1992* ein Gedenken vor dem Haus in der Mühlengasse, darüber hinaus die *Möllner Rede im Exil*, die immer in einer anderen Stadt prominent veranstaltet wird. Diese Gedenkveranstaltungen eröffnen auch den Raum für die Klagen anderer Opfer rassistischer und antisemitischer Gewalt: Beim diesjährigen Gedenken im November vor dem Haus in Mölln sprachen neben der Familie Arslan auch Familienangehörige der Ermordeten in Hanau, eine Überlebende von dem Anschlag auf die Synagoge in Halle 2019 und ein Vertreter der Oury Jalloh Initiative zum Gedenken an den in der Polizeidienststelle Dessau 2005 ermordeten Geflüchteten aus Sierra Leone. Die multidirektionalen Perspektiven der Betroffenen standen nicht in Konkurrenz zueinander, sondern erkannten sich im gegenseitigen Aufrufen in der Geschichte der anderen und bestärkten sich gerade in ihrer Unterschiedlichkeit gegenseitig.

›**Reclaim & Remember**‹ nennt Ibrahim Arslan diese erinnerungspolitische Intervention der Opfer, die keine Statist\*innen des Geschehenen mehr sein wollen.



Transparente im »Roten Salon« des OV Niederelbe  
© SJD Die Falken / OV Niederelbe

## Reclaim & Remember i

Ibrahim Arslan überlebte die rassistischen Brandanschläge von Mölln 1992. Bei dem Anschlag verloren seine Großmutter Bahide Arslan, seine Schwester Yeliz Arslan und seine Cousine Ayşe Yılmaz ihr Leben. Er engagiert sich seit vielen Jahren in der Antirassismus-Arbeit, indem er bundesweit auf Veranstaltungen, Konferenzen, vor allem aber in Schulen als Politischer Bildungsreferent aus der Perspektive der Betroffenen berichtet. Durch die »Möllner Rede im Exil«, die er seit 2013 gemeinsam mit seiner Familie und dem Freundeskreis im Gedenken an die rassistischen Brandanschläge von Mölln 1992 veranstaltet, etablierte er eine neue Kultur des Gedenkens in Deutschland, die die Angehörigen rassistischer Morde und Anschläge aktiv miteinbezieht und gegen das Vergessen kämpft.



## Gustav Schneeclaus i

Die Falken OV Niederelbe gedenken den von Neonazis ermordeten Gustav Schneeclaus am 18. März 2019

© SJD Die Falken / OV Niederelbe

Als die terroristische Zelle NSU 2006 ihre letzten beiden rassistischen Morde in Dortmund an Mehmet Kubaşık und Kassel an Halit Yozgat verübten, organisierten die Familien eine Demonstration, auf der einige tausend ausschließlich türkeistämmige Menschen teilnahmen. Sie trugen großformatige Portraits aller neun ermordeten Opfer des NSU vor ihren Körpern durch die Straßen Kassels und forderten ein Ende der Mordserie und »Kein 10. Opfer!« Diese Demonstration zeigte neben der damals von niemanden geteilten analytischen Klarheit, dass es sich bei den Morden um eine rassistische Serie handele und dass der Staat, wenn er nur wollte, diesen Verbrechen Einhalt gebieten könnte, vor allem den lebensnotwendigen Impuls, dass die, die fehlen, weiterhin Teil des eigenen Lebens bleiben. Trotz dieser eindrucksvollen Veranstaltung auf den Straßen und vor dem Rathaus von Kassel wurde die Demonstration fast vollständig von der Öffentlichkeit ignoriert und die Gesichter und Namen der Toten gerieten zunächst in Vergessenheit. Die Stimmen der Betroffenen konnten sich ein einziges Mal zu einem Aufstand der Trauer konstituieren, bevor sie von der strukturellen Gewalt einer rassistischen Kollusion von Behörden, Politik, Medienberichterstattung und Öffentlichkeit zum Schweigen gebracht wurden. Viele Familienangehörige verfielen in den folgenden Jahren in Depressionen, andere verließen Deutschland – alle verstummten.

Erst fünf Jahre später, nach der Selbstenttarnung des NSU Ende 2011, begannen die Familien langsam und mit Hilfe von solidarischen Netzwerken ihre Stimme erneut zu erheben und das aufgezwungene Schweigen zu durchbrechen. Ihre drei Klagen – die trauernde Wehklage um den erfahrenen Schmerz, die wütende Anklage gegen die Täter\*innen und das selbstbewusste Einklagen einer postmigrantischen Gesellschaft der Vielen – kamen in den drei NSU-Tribunalen von Köln 2017, Mannheim 2018 und Chemnitz 2019 zusammen und bestärkten sich. Die Forderung nach Gedenkorten als Orte der Trauerbewältigung war dabei immer zentral. So fordert die Familie Yozgat in Kassel die Umbenennung der Holländischen Straße in Halit-Straße als weit sichtbares Zeichen des Gedenkens. Die Umbenennung dieser wichtigen Verkehrsachse wäre eine Symbolisierung, die der Monströsität des Verbrechens angemessen erscheint. Die Zuweisung eines kleinen unbelebten Platzes am Rande eines Friedhofs als Halit-Platz empfindet die Familie hingegen als dieselbe Demütigung, wie die Familie Arslan die Einweihung eines winzigen Durchgangs in Mölln als Bahide Arslan Gang statt der geforderten Umbenennung der Mühlenstraße, an der der Tatort liegt. Nicht umsonst sind es gerade die Forderungen nach Straßenumbenennung an vielen Orten, die versuchen, die Opfer in das gesellschaftliche Gedächtnis und öffentliche Bewusstsein einzuschreiben. Eine Spur des anderen in uns zu legen bedeutet zu trauern.

Die Opfer von Rassismus der Namenlosigkeit zu entreißen ist die Bedingung der Angehörigen und Betroffenen, um nicht nur weiterleben zu können, sondern auch, um dem alltäglichen Rassismus die Stirn zu bieten. Die Initiative *Herkesin Meydanı* in Köln-Mülheim fordert seit Jahren den »Platz für alle« auf der dortigen Keupstraße als einen Lern- und Gedenkort des »lebendigen Erinnerns« zu dem Nagelbombenanschlag des NSU von 2004. »Das Mahnmal [...] soll ein Ort der Solidarität, des Zusammenstehens, des Zuhörens, der Wut und des gemeinsamen Handelns sein. Es soll ein Platz für alle sein, einer, an dem sich Menschen treffen, diskutieren und erinnern.« Die empathielose Verzögerung des Gedenkens durch die Stadt Köln bedeutet dabei eine Verweigerung, die migrantisch geprägte Keupstraße als unhintergehbaren Teil der Gesellschaft zu sehen.

Nur wenige Tage, nachdem in Hanau neun Menschen von einem Rassisten erschossen wurden, gaben sich die Hinterbliebenen und solidarische Menschen das Versprechen, die Namen der neun ermordeten Angehörigen und Freund\*innen sowie ihre Geschichten nicht zu vergessen und die Familien nicht allein der Angst und der Trauer zu überlassen. Serpil Temiz Unvar, die Mutter von Ferhat, erinnert an ihren Sohn, damit zukünftige rassistische Anschläge verhindert werden können: »Mein Kind soll nicht für nichts gestorben sein. Der Rassismus soll keine andere Familie mehr zerstören.« Bei allen öffentlichen Kundgebungen in Hanau fordert die *Initiative 19. Februar* deswegen stets alle Teilnehmenden auf, die Namen der Ermordeten laut auszusprechen: *Gökhan Gültekin!*, *Sedat Gürbüz!*, *Said Nesar Hashemi!*, *Mercedes Kierpacz!*, *Hamza Kurtović!*, *Vili Viorel Păun!*, *Fatih Saraçoğlu!*, *Ferhat Unvar!*, *Kaloyan Velkov!* Der Hashtag #saytheirnames bekommt hierbei seine unmittelbare Bedeutung als Intervention für das Gedenken in Hanau und weit darüber hinaus.

Der Kampf gegen das Vergessen muss bereits vor den rassistischen Taten stattfinden, indem verhindert werden muss, dass migrantische Biografien systematisch aus den historischen Narrativen ausgeschlossen werden. Deshalb ist das Erinnern an die eigene Geschichte immer umkämpft, weil es darin auch um ein Erinnern der gefährlichen und ungerechten Verhältnisse geht, denen man als von Rassismus betroffene Person unterworfen ist. Die Ende 2018 gegründete *Initiative Du1984*, die an den rassistischen Brandanschlag von Duisburg 1984 erinnert, bei dem sieben Personen der Familie Satır ermordet wurden und weitere 23 migrantische Hausbewohner\*innen zum Teil schwer verletzt wurden, drücken die Notwendigkeit für eine geschichtspolitische Aneignung wie folgt aus: »Die Kämpfe von damals haben das Terrain für unsere heutigen Kämpfe aufgebaut, aber die Kämpfe von heute sind auch der gegenwärtige Ausgangspunkt für die Wiederaneignung der Erinnerung an damals!«

Die Frage der Selbstorganisation in der Erinnerungspolitik ist eine Frage des Selbstschutzes. Als sich 2018 und 2019 Geflüchtete zu der bis dato größten Demonstration in diesem Land unter der Parole *We'll come united* in Hamburg und Dresden versammelten, erinnerte sie nicht nur an die ungerechten globalen Verhältnisse, sondern auch an die Menschlichkeit durch die Forderung, ein Platz in der Welt zu haben. In diesem kollektiven Erinnern durch selbst geschaffene Sprechpositionen liegt eine Selbstermächtigung und eine eigene gesellschaftliche Praxis, die sich die Gegenwart zurückerobert.

All diese Erinnerungspolitiken verweisen unmittelbar auf die Ermöglichung einer anderen Zukunft, die sich durch ihre erinnerte Vergangenheit konstituiert, d. h. im Gelingen von gegenwärtigen solidarischen Beziehungsweisen.

***Gökhan Gültekin! Sedat Gürbüz!*** 

***Said Nesar Hashemi! Mercedes Kierpacz!***

***Hamza Kurtović! Vili Viorel Păun!***

***Fatih Saraçoğlu! Ferhat Unvar!***

***Kaloyan Velkov!***

Die *Initiative 19. Februar* fordert auf öffentlichen Kundgebungen stets alle Teilnehmenden auf, die Namen der Ermordeten laut auszusprechen.

## 3.2 INITIATIVE KEUPSTRASSE IST ÜBERALL

Initiative »Keupstraße ist überall«

Am 9. Juni 2004 explodierte in der Keupstraße in Köln-Mülheim, einer überwiegend von Migrant\*innen bewohnten kleinen Geschäftsstraße, eine Nagelbombe mit ca. 700 zehn Zentimeter langen Zimmermannsnägeln. Nur durch Glück starb dabei niemand, aber 22 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Polizei und Innenminister verkündeten schnell, dass es keinen ausländerfeindlichen Hintergrund gäbe. Die Keupstraßenbewohner\*innen, wie auch die Angehörigen anderer NSU-Opfer, benannten die Täter\*innen: »Das können nur Nazis gewesen sein.« Ihre Einschätzung wurde abgetan. Ihnen wurde sogar verboten, darüber zu sprechen. Dagegen wurden die Opfer selbst krimineller Machenschaften verdächtigt und über Jahre drangsaliert. Zum Trauma des Anschlags kam der »Anschlag nach dem Anschlag« – wie es die Betroffenen nennen – die Bosheit der falschen Verdächtigungen und die Angst, dass sich ein solches Attentat wiederholt.

Erst im November 2011 musste durch die Selbstenttarnung des NSU von Politik und Gesellschaft offiziell zur Kenntnis genommen werden, dass Neonazis jahrelang ungehindert im »Rassenkrieg« – wie sie es selbst nennen – mordend durch das Land ziehen konnten, mit dem Ziel, durch diesen Terror migrantische Menschen zu vertreiben. Nun wurde klar, dass sie die Morde an acht türkisch- und kurdischstämmigen Menschen, einem Griechen und einer Deutschen begangen hatten, aber auch das Nagelbombenattentat in der Keupstraße 2004, die Sprengstoffanschläge in der Probsteigasse in Köln 2001 und in Nürnberg 2000 sowie zahlreiche Gewalttaten und Banküberfälle.

Nach dieser Nachricht begann sofort die Vertuschung bei Behörden, Polizei und Verfassungsschutz: Akten wurden geschreddert, V-Leute geschützt, Aussagen vor Gericht oder vor den Untersuchungsausschüssen verweigert. Es wurde »vergessen«, geheuchelt, gelogen. Zeug\*innen starben unter dubiosen Umständen vor ihrer Vernehmung. Nun wurde auch schrittweise klar, dass den polizeilichen Ermittlungsbehörden und den Verfassungsschutzämtern der Schutz ihrer V-Männer wichtiger war als die Aufklärung und Verhinderung der Mordtaten und dass sie nun die Aufklärung weiterhin behinderten, um ihr Versagen und ihre Verstrickungen in die Neonaziszene zu vertuschen.

Nach der Selbstenttarnung des NSU gab es verschiedene Veranstaltungen und Solidaritätsdemonstrationen in der Keupstraße. Anwohner\*innen und Betroffene des Anschlags sprachen dabei erstmals öffentlich über ihre Verletzungen, Verfolgungen und Verunglimpfungen durch Behörden und Medien. 2013 fanden sich solidarisch engagierte Menschen mit und ohne migrantischem Hintergrund in der »Initiative Keupstraße ist überall« zu sammeln. Das konkrete Ziel dieses Zusammenschlusses war, mit den Opfern des Nagelbombenattentats zum NSU-Prozess nach München zu fahren, ihnen dort Rückhalt zu geben und ihren Erfahrungen und ihrem Aufklärungsbedürfnis endlich öffentlich Gehör zu verschaffen.

Motivation war zum einen die konkrete Unterstützung der Menschen der Keupstraße, die von der Gesellschaft insgesamt allein gelassen worden waren. Damit war auch Selbstkritik und der Wunsch nach Überwindung der »Lücke« zwischen »ihnen« und »uns« verbunden, wie es unter anderem das Theaterstück »Die Lücke« am Schauspiel Köln zeigte. Und zum anderen war es das Bedürfnis, gegen die Gefahr durch Rechtsextremist\*innen und Rassist\*innen aktiv zu werden, die alle bedrohen, die eine offene Gesellschaft und unabhängig von ihrer Herkunft friedlich miteinander leben wollen.

Bei der Mobilisierung zu dieser Fahrt nach München wurde deutlich, wie wenig über die Keupstraße, über die Folgen des Anschlags, über die Taten des NSU, über die Machenschaften der Ermittlungsbehörden und deren Vertuschungsversuche allgemein bekannt ist.

So sah die Initiative es zunehmend als ihre weitere Aufgabe an, dieses Wissen in Köln, aber auch bundesweit zu verbreiten: durch Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Auftreten bei Veranstaltungen anderer solidarischer Gruppen, Demonstrationen, Infostände, Filmvorführungen u. a. mit dem **Kuaför aus der Keupstraße**, Straßentheaterszenen zum Schreddern der VS-Akten, Täter\*innenspurengänge, Mahnwachen an den Gedenktagen in und außerhalb von Köln.

Bei diesen intensiven Aktivitäten gab es für viele Mitglieder der Initiative natürlich Grenzen in der Mobilität und durch Sprache, durch die Anforderungen des Alltags-, Familien-, Arbeits- und Geschäftslebens. Auch nahm die Mitarbeit in anderen antirassistischen Zusammenhängen immer mehr Platz ein. Nicht zuletzt musste immer die Gefahr der Retraumatisierung der von dem Anschlag unmittelbar Betroffenen durch die Beschäftigung mit dem Anschlag und dem Anschlag nach dem Anschlag bedacht werden.

Inhaltlich ging es der Initiative zum einen darum, ins öffentliche Bewusstsein zu rufen, wie lange es schon rechtsextremistische, neonazistische Tendenzen und Taten in der BRD gibt (Oktoberfestattentat, Wehrsportgruppe Hoffmann, die Pogrome der 90er Jahre in Solingen, Rostock, Hoyerswerda, Mölln, Lübeck ...), und dass immer noch zutrifft, was B. Brecht einst reimte: »Der Schoß fruchtbar ist noch, aus dem das kroch.« Zum andern sollte ins Bewusstsein gerufen werden, wie dies immer

## Kuaför aus der i Keupstraße

Der Film erzählt die Geschichte des Nagelbombenanschlags vor einem türkischen Frisörsalon in der Kölner Keupstraße am 9. Juni 2004. Er konzentriert sich dabei auf die Folgen für die Opfer und ihre Angehörigen, gegen die als Hauptverdächtige jahrelang ermittelt wurde. Der Film rekonstruiert die Ermittlungen der Polizei anhand der Verhörprotokolle und es wird deutlich, dass als Täter für die Polizei vor allem die Opfer in Frage kamen. Ein ausländischerfeindliches Motiv wurde weitestgehend ausgeblendet. Erst Jahre später wurde der Anschlag dem sogenannten Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) zugeordnet.

Auf eindrückliche Weise zeigt DER KUAFÖR AUS DER KEUPSTRASSE wie tiefgreifend der Bombenanschlag, aber auch die Verdächtigungen danach, das Leben im Kölner Stadtteil Mülheim erschüttert haben.

So wie in Köln wurden auch in den anderen Städten, in denen der NSU gemordet hat, zu meist die Angehörigen und ihr Umfeld verdächtigt. Der Film eröffnet die Diskussion über die Frage einer strukturellen Fremdenfeindlichkeit in Deutschland auf eine neue Art, nämlich aus der Perspektive der Betroffenen.

Initiative  
**Keupstraße  
ist überall**

wieder von staatlichen Stellen verharmlost und verleugnet wird (u.a. im NSU-Prozess in München, in den Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen zum NSU, ...), was faktisch eine Ermunterung der Neonazis darstellt.

Vor allem aber war es der Initiative wichtig, dass die Betroffenen der Keupstraße ihre Erfahrungen selbst schildern. Sie haben längst viel früher und viel krasser als wir erfahren, was Rassismus ist. Es war struktureller Rassismus, den sie durch staatliche Institutionen, Medien und Gesellschaft erlebt haben und immer noch erleben. Ihre Erzählungen müssen endlich von Politik und Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen werden und in die Geschichtserzählung der deutschen Gesellschaft eingehen. Es ist wichtig, dem herrschenden Geschichtsbild, das das Geschichtsbild der Herrschenden ist, die Erzählungen der Betroffenen entgegenzusetzen und ihre Abwertung oder Negation nicht mehr zulassen. Es ist notwendig, dass die herrschende, bagatellisierende, verleugnende Geschichtserzählung von Bundesanwaltschaft, staatlichen Behörden und Medien durch die Erfahrungen der Betroffenen korrigiert und aufgehoben wird.

Wir wollen aber nicht bei der Auseinandersetzung mit den schlimmen Entwicklungen der Vergangenheit und mit der derzeitigen Lage stehen bleiben. Wir wollen kritisch beobachten, ob und wie die Versprechen zu Aufklärung und Besserung in Politik und Gesellschaft umgesetzt werden, unsere Forderungen zu stellen und intervenieren, vor allem auch, wenn die Perspektiven der Opfer wieder ins Abseits gestellt werden.

Wie notwendig solche Forderungen und diese Kontrolle sind, zeigt sich zur Zeit in Köln mit den Querelen um das noch immer nicht gebaute Mahnmal zum Gedenken an die Opfer des NSU. Offenbar haben bei der Stadt die Interessen der Eigentümer des dafür benötigten Grundstücks an der Keupstraße mehr Gewicht als der Wunsch der Opfer der Anschläge nach Respekt und Anerkennung ihres doppelten Traumas. Wir setzen uns für dieses Mahnmal ein, weil es verspricht ein Ort der Begegnung und des Kennenlernens aus verschiedenen Perspektiven zu werden, der helfen könnte, die Lücke zu überbrücken.

## 3.3 UMSONST UND DRAUSSEN: RHYTHM AGAINST RACISM FESTIVAL

DGB-Jugend Berlin-Brandenburg



Der Ursprung des Festivals liegt im Jahr 2001 in Reaktion auf eine schier endlose Serie neonazistischer Übergriffe und Anschläge im Land Brandenburg. Entgegen dem ursprünglichen Vorhaben, ein einmaliges antirassistisches Konzert zu organisieren, findet es nunmehr seit zwanzig Jahren immer am Vorabend des 1. Mai statt und hat sich mit durchschnittlich 4.000 Besucher\*innen zu einer der größten regelmäßig stattfindenden nicht kommerziellen Open Air-Veranstaltung in der Stadt Potsdam entwickelt.

Wir wollen mit ihr ein musikalisches Achtungszeichen setzen und die Komplexität gruppenbezogener Diskriminierung in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung rücken. Damit verbunden ist das Ziel, die Vernetzung der Akteur\*innen zu befördern und zum Austausch von Erfahrungen und Informationen anzuregen.

Das Festival basiert auf dem »Kultur für alle – umsonst und draußen« – Konzept und beinhaltet ein musikalisches Bühnenprogramm, welches durch mehrere kurze inhaltliche Redebeiträge komplettiert wird. Den kulturellen Rahmen bilden Bands, die wie wir, Rassismus, Faschismus und jedwede Form gruppenbezogener Diskriminierung ablehnen.

Der bis auf den Bühnenbereich von allen Seiten zugängliche Platz wird von Marktständen locker umrahmt. Hier können Initiativen, Verbände und Vereine einen Einblick in ihre meist ehrenamtliche Arbeit geben. Nicht zu vergessen ist die Möglichkeit des Gedankenaustauschs mit den Besucher\*innen. Etwas salopp formuliert schaffen wir einen Ort zum neugierig sein, um Leute zu treffen, zum Wundern, zum Tanzen, feiern, diskutieren. Ein Ort für alle, die Lust auf ein buntes Kulturprogramm mit Hintergrund haben. Weltoffen und tolerant.

Voraussetzung dafür, dass solch ein Kultur für alle – umsonst und draußen-Konzept funktioniert, sind eine Vielzahl von Unterstützer\*innen. Also Besucher\*innen, die ganz bewusst ein oder zwei Getränke auf dem Festival kaufen sowie externe Zuschussgeber und Förderer. Die finanzielle Realisierung des Festivals erfolgt hauptsächlich über Eigenmittel sowie Sach- und Geldspenden beteiligter Kooperationspartner\*innen. Die Verwendung von Fördergeldern ist uns leider (so gut wie) nicht (mehr) möglich, da diese fast ausschließlich für einmalig durchzuführende Projekte vorgesehen sind. Das RARF, mit seiner 20-jährigen Geschichte ist mit Blick durch die »Fördermittelgeberbrille« eine etablierte und auf Dauer ausgerichtete Veranstaltung. Sie ist somit mit den Förderrichtlinien der Mittelgeber\*innen nicht mehr kompatibel. Mit Hilfe der vielgestaltigen Unterstützung unserer Kooperationspartner\*innen konnten wir jedoch bis heute auf das Erheben von Eintrittsgeldern verzichten. Aus unserer Sicht ein elementarer Punkt.

Auch beeinflusst das verfügbare Budget maßgeblich den Ablauf und die Ausgestaltung. Allein die Gebühren für GEMA, Müllentsorgung und Kosten für die Umsetzung von Veranstaltungsaufgaben verbrauchen durchschnittlich 40% der zur Verfügung stehenden Finanzressourcen. Besonders die Umsetzung von Schallschutzaufgaben kann da sehr schnell sehr kostenintensiv sein. Hier ist es oft sehr hilfreich sich erstens mit den jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen zu befassen und zweitens gemeinsam mit der zuständigen Stelle ein für beide Seiten tragbares Konzept zu erarbeiten.

Abschließend noch einige Worte zu Konfliktpotenzialen: Derer gibt es einige und das auf den verschiedensten Ebenen. Bei der Konzeption sollte zum Beispiel der Frage nach Diversität ausreichend Raum gegeben werden. Auch hat sich gezeigt, dass es sehr hilfreich ist, die Anwohner\*innen und Gewerbetreibenden am Veranstaltungsort im Vorfeld mit einzubeziehen bzw. sie rechtzeitig über das Vorhaben zu informieren.

## 3.4 INITIATIVE KEIN VERGESSEN IN KOBLENZ

Initiative »Kein Vergessen in Koblenz«



Am 24. August 1992 nimmt ein stadtbekannter Neonazi die Waffe seines Vaters und feuert das gesamte Magazin ab. Mehrere Menschen werden verletzt, Frank Bönisch stirbt noch vor Ort. Der Zentralplatz ist damals ein Treffpunkt von Punks, Alternativen, Obdachlosen und Drogenkonsument\*innen. Frank Bönisch hält sich dort öfters auf, ist 35 Jahre alt und hat keinen gemeldeten Wohnsitz. Denn eigentlich ist er auf der Durchreise und plant nicht, in Koblenz zu bleiben. Er wird der Opfergruppe der Obdachlosen zugerechnet.

Menschen, die ihn kannten, beschreiben ihn heute als »Alternativen«, der gerne Gitarre spielt und sich auch an Anti-Nazi-Aktionen beteiligte. Das Gericht urteilte später, dass der Täter aus »Hass auf Obdachlose/Sozial Randständige« gehandelt habe.

Trotz dieses Urteils ist der Mord an Frank Bönisch von der Bundesregierung nicht offiziell als Tat rechter Gewalt anerkannt.

Kurz nach dem Anschlag gab es eine große Demonstration und eine antifaschistische Veranstaltungsreihe. Doch lange gab es in der Stadt kein offizielles Gedenken oder einen Hinweis auf die Tat.

Im Jahr 2011 gründet sich die Initiative »Kein Vergessen« mit dem Ziel, das zu ändern. Es wird öffentlich gefordert, am Ort der Tat eine Gedenkplatte zur Erinnerung an Frank Bönisch und den Hintergrund der Tat zu verlegen.

Die Initiative ist ein lockerer Zusammenschluss von jungen Menschen aus Koblenz, die in unterschiedlichen Organisationen organisiert sind. Dieser Zusammenschluss bildet das jährliche Orga-Team, dessen Zusammensetzung sich im Laufe Jahre der verändert, jedoch immer von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Verbänden und Einzelpersonen unterstützt wird.

Parteien werden bewusst nicht nach Unterstützung gefragt, um überparteilich zu arbeiten und nicht mit der Forderung nach einer Gedenkplatte vereinnahmt zu werden. Parteien durften also nicht mitmachen, gerne aber entsprechende Einzelpersonen. Neben den Falken, VVN, Antifa, DGB, IG BAU, ver.di und einem Jugendzentrum sowie christlichen Organisationen wurde das Anliegen der Initiative von der Stadt Koblenz unterstützt – insbesondere durch den Beirat für Integration und Migration. 2013 wurde dann die Gedenkplatte am Zentralplatz eingelassen.

Aktuell setzt sich die Initiative dafür ein, dass der Mord an Frank Bönisch sowie weitere Morde aus Rheinland-Pfalz offiziell von der Bundesregierung anerkannt werden.

Die Initiative Kein Vergessen hat seit 2011 jedes Jahr (bildungs-)politische Aktionen angeboten und durchgeführt (mal waren es mehr, mal weniger Veranstaltungen): Veranstaltungsreihen mit Vorträgen (zum Beispiel Obdachlosigkeit, Pogrome von Rostock-Lichtenhagen, Kriminalstatistik), Gedenk- und Stadtpaziergänge, die an Stolpersteinen, NS-Orten, oder auch symbolischen Orten der aktuellen Debatte um Obdachlosigkeit führten, Filme, Aktionskunst.

Jedes Jahr setzen wir uns damit neu auseinander, weshalb und woran wir eigentlich Gedenken möchten. Denn wir wollen kein ritualisiertes Gedenken durchführen, welches sich nicht mehr verändert und den Eindruck einer inhaltsleeren Symbolik hinterlässt.

In der Initiative wird daher immer wieder neu besprochen, was wir in diesem Jahr machen – und was nicht. Diskussionen und Einschätzungen sind dabei nicht abschließend, sondern werden jedes Jahr reflektiert und unter neuen Vorzeichen neu diskutiert. Das kann auch schon mal anstrengend sein, ist uns aber wichtig.

Und es ist uns wichtig, stets eine Verknüpfung zum Heute und zu aktuellen Diskussionen herzustellen. Rassistisches, obdachlosenfeindliches und rechtes Gedankengut gibt es auch noch heute und das nicht nur bei Neonazis.



Gedenkplatte für Frank Bönisch in Koblenz. © Marina Sahm



## 3.5

## INITIATIVE

## 9. OKTOBER HALLE

*Der Versuch kritische Erinnerung zu organisieren. Erste Erfahrungen nach dem Anschlag vom 9. Oktober 2019 in Halle*



Als Initiative haben wir uns Anfang 2020 zusammengefunden, um eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Bedingungen des antisemitisch, rassistisch und antifeministisch motivierten Anschlags vom 9. Oktober 2019 zu fordern. Wir wollen uns gegen die Schlusstrichmentalität der Stadt Halle und der Bundesrepublik stark machen, die nur der bürgerlichen Selbstvergewisserung dient. Wir sind überzeugt davon, dass es die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse sind, die rechtsgerichtete Potentiale und rechten Terror immer wieder hervorbringen. Zu allgegenwärtig sind Rassismus, Antisemitismus, Frauen\*feindlichkeit und andere gruppenbezogene Gewalt, als dass sie als Ausnahmeerscheinungen oder Einzelfälle bezeichnet werden könnten. Der Anschlag am 9. Oktober 2019 ist nicht aus einem luftleeren Raum heraus passiert, sondern die Ideologie, die den Täter zum Anschlag motivierte, entspringt einem gesamtgesellschaftlichen Klima. Im Prozess gegen den Attentäter von Halle, der von Juli bis Dezember 2020 stattfand, wurde erkenntlich, dass die deutsche Justiz kein Interesse hatte, die Tat in einem größeren Kontext aufzuarbeiten. Die Bemühungen der Generalbundesanwaltschaft, Ideologie und Vernetzung des Täters, sowie Parallelen zu ähnlichen Taten – wie den Anschlag von Christchurch – zu ergründen, blieben unzureichend.

Eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Bedingungen rechter Ideologie ist und bleibt daher notwendig. Erinnerung muss aus unserer Sicht dieser Aufgabe dienen. Ein Erinnern, das die gesellschaftlichen Widersprüche nicht überdecken, sondern aufdecken will, ist dafür ausschlaggebend. Deshalb muss die Ideologie, deren Manifestation und Anschlusspotential im Kontext der gesellschaftlichen Verhältnisse genau betrachtet und von dieser Grundlage her kritisiert werden. Die offizielle Erinnerungspolitik konzentriert sich auf das Schaffen von Sichtbarkeit, wie die an den Tatorten angebrachten Gedenktafeln zeigen. Sie verweigert die Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Bedingungen von rechter Ideologie und von rechtem Terror, weil diese die bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse selbst betreffen würde.



Tag vor dem Prozessauftritt gegen den Attentäter von Halle am 20. Juli 2020. © Initiative 9. Oktober Halle

Die Arbeit der Initiative im vergangenen Jahr konzentrierte sich auf Kundgebungen und Aktionen, die Begleitung des Gerichtsprozesses sowie die mediale Sichtbarmachung des Anschlags und seiner Folgen. Am 21. Juli 2020, einen Tag vor Beginn des Prozesses, fand unsere erste Kundgebung in Halle statt und damit begann auch die sichtbare Arbeit der Initiative. Kundgebungen sind seitdem ein fester Bestandteil unserer Arbeit geblieben. Wir haben gemeinsam mit vielen anderen Gruppen und Einzelpersonen sowohl die Kundgebungen vor dem Gericht als auch unterschiedliche Kundgebungen in Halle (mit-)organisiert.



Am Tag vor dem Prozessauftritt gegen den Attentäter von Halle versammelten sich mehrere Hundert Menschen, um Solidarität mit den Betroffenen des Anschlags zu fordern und gegen den bestehenden Antisemitismus in der Gesellschaft zu protestieren.

© Initiative 9. Oktober Halle

### **Beispielhaft möchten wir hier zwei Kundgebungen hervorheben.**

Als erstes die Kundgebungen, die an jedem Verhandlungstag vor dem Gericht stattgefunden haben. Diese haben parallel zum Prozess deutlich gemacht, dass in dem Gericht nur die individuelle Schuld des Täters verhandelt wird und der Staat mit der Verurteilung einen Schlussstrich ziehen will. Die Kundgebungen gaben Betroffenen und Menschen, die schon lange zu rechten Ideologien arbeiten, die Möglichkeit, das Narrativ des isolierten Einzeltäters zu widerlegen und die breite, gesellschaftliche Basis, auf welcher der Täter steht, zu verdeutlichen.

Im Verfahren haben die Nebenkläger\*innen und ihre Anwält\*innen ebenfalls immer wieder dieses Narrativ durchkreuzen können und die gesamtgesellschaftliche Dimension mit in den Gerichtssaal gebracht. Das mussten sie aber häufig gegen den Widerstand der Generalbundesanwaltschaft machen. Um diese Kritik noch einmal in einem selbstbestimmten Rahmen vor der Presse und anwesenden Personen zu äußern, waren diese Kundgebungen ein sehr wichtiger Ort. Sie stellten auch ganz praktisch einen Rückzugsort für alle dar, die zum Verfahren gekommen waren und einen Ort, an dem sich unterschiedlichste Gruppen vernetzen konnten.

Am 7. Oktober 2020 fand in Halle eine Kundgebung statt, die wir gemeinsam mit der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD) organisiert haben. Diese hatten eine praktische Hilfe in Form eines Spendenaufrufs für İsmet und Rifat Tekin – den beiden Betreibern des Kiezdöners, wo der Attentäter Kevin S. ermordete – organisiert. Die Hilfe und Unterstützung, die ihnen von Stadt und Staat versprochen wurden, sind entweder gar nicht umgesetzt worden oder nur auf Nachfrage, was für die Betroffenen einen erheblichen Aufwand bedeutete.

Für die symbolische Übergabe der gesammelten Spenden unterstützten wir die JSUD dabei, eine Kundgebung in Halle zu organisieren. Die Übergabe fand während des jüdischen Feiertags Sukkot statt und Rabbiner Jeremy Borovitz, der selbst am Tag des Anschlags in der Synagoge war, erzählte über die Bedeutung von Sukkot und sprach ein Gebet im Rahmen der Kundgebung. Neben den vielen Redebeiträgen konnte so ein kleines Stück jüdisches Leben in Halle sichtbar werden.

Die Kundgebung war eine Möglichkeit für uns, unabhängig vom Staatsgedenken an die beiden Getöteten Jana L. und Kevin S. zu erinnern und die praktische Solidarität zu leben, die in vielen Reden eingefordert wird, aber am Ende häufig ausbleibt.

Zur Kritik des staatlichen Gedenkens und des Prozesses und zur Verdeutlichung von deren Versäumnissen haben wir anlässlich des Jahrestages eine Broschüre geschrieben. Diese betrachtet unter anderem die Hintergründe des Anschlags und die Ideologie des Attentäters. Sie soll einen Anstoß dazu geben, sich mit den Leerstellen des Verfahrens und der Abwehr einer echten Auseinandersetzung mit den Bedingungsfaktoren dieser Tat zu beschäftigen.

Einen wichtigen Teil unserer bisherigen Arbeit umfasste die Begleitung des Verfahrens in Magdeburg. Wir wollten dabei vor allem den Nebenkläger\*innen und ihren Anwält\*innen unsere Solidarität zeigen und ihren Worten zuhören.



© Initiative 9. Oktober Halle

Sie haben es geschafft, das Verfahren zu prägen und, soweit es möglich war, zu öffnen, um den gesamtgesellschaftlichen Hintergrund in den Gerichtssaal zu holen und die historische Kontinuität rechten Terrors in Deutschland auf verschiedene Weise zu verdeutlichen.

Valentin Hacken und Christina Brinkmann haben mit ihrem Podcast ›Halle nach dem Anschlag‹ jeden Verhandlungstag noch einmal nachbesprochen. Sie und die Menschen von democ. (Zentrum für demokratischen Widerstand) waren für uns neben unseren eigenen Beobachtungen eine wertvolle Quelle aus dem Gerichtssaal. Für uns war es wichtig, besonders die Sichtweisen der Betroffenen weiter zu kommunizieren. Außerdem haben wir versucht aufzuzeigen, dass die Voraussetzungen rechter Gewalt auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft existieren. Natürlich waren wir schockiert von dem Unwissen der Ermittlungsbehörden, jedoch nicht überrascht.

Dabei war es zwar einerseits wichtig, die völlig unzureichende Ermittlungsarbeit des Bundeskriminalamtes zu kritisieren, andererseits noch relevanter, auf die offensichtlichen Leerstellen und falschen Annahmen hinzuweisen.

Dafür haben wir neben Twitter und Instagram auch versucht, traditionelle Medien anzusprechen und dem Narrativ der unschuldigen Mitte dort zu widersprechen.

Mit dem ersten Verhandlungstag war es zentral, immer wieder auf die Forderung der Nebenklage hinzuweisen, dem Täter keine Bühne zu geben und sich stattdessen auf die Betroffenen zu konzentrieren. Dass sich viele Medienvertreter\*innen daran gehalten haben – zum Beispiel auf Namen und Foto des Angeklagten zu verzichten – ist eine Besonderheit dieses Prozesses. Anders lief es etwa im Prozess gegen den Mörder von Walter Lübcke: Hier wurde das Narrativ des Täters, der einige Jahre vor dem Mord bereits einen Geflüchteten, Ahmed I., mit einem Messer angriff, in den Medien oft unkritisch nacherzählt. Auch der Name des Täters wurde ständig wiederholt, was seinen Bekanntheitsgrad in der extrem rechten Szene noch gesteigert hat.

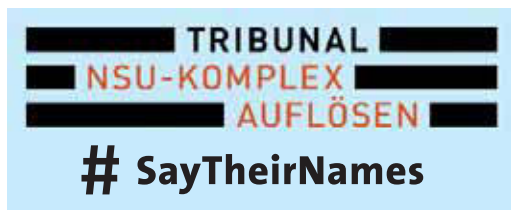
Das Agieren der Nebenkläger\*innen während des Prozesses in Magdeburg hat gezeigt, dass es eine Antwort auf rechten Terror und rechte Mobilisierung gibt: Solidarität! In diesem Sinne werden wir unsere Arbeit fortsetzen und unabhängig von Jahrestagen das Thema immer wieder präsent halten.

## 3.6 #SAYTHEIRNAMES UND SCHREIBT IHRE NAMEN RICHTIG

*Erfahrungsbericht vom  
missglückten Gedenken  
an die Opfer des NSU  
am 3. November 2019  
in Zwickau*

Julian May-Johann

Bündnisses Tribunal »NSU-Komplex auflösen«



### Zur Ausgangslage

Zwickau ist wie kaum eine andere Stadt mit dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) verbunden: Hier konnte das NSU-Kerntrio von 2000 bis zu seiner Selbstenttarnung 2011 unentdeckt untertauchen und von hier aus führte es die Morde an neun migrantischen Kleinunternehmern und einer Polizistin sowie weitere Anschläge und Raubüberfälle durch. Seitdem tut sich die Stadt Zwickau schwer mit der Erinnerung an diesen braunen Fleck der Stadtgeschichte.

Im Oktober 2019 erregte die Zerstörung eines Gedenkbauums für das erste NSU-Mordopfer Enver Şimşek in Zwickau bundesweites Aufsehen. Daraufhin entschied sich die Stadt Zwickau nicht nur für Ersatz zu sorgen, sondern nun insgesamt zehn neue Bäume zu pflanzen: jeweils einen für jedes der zehn bekannten Mordopfer des NSU. Diese sollten am 3. November am Schwanenteichpark unweit des Denkmals für die Opfer des Faschismus eingeweiht werden. Ein grundsätzlich begrüßenswerter Plan. Im Folgenden sollen jedoch die groben



Fehler in der Planung und Durchführung der Gedenkveranstaltung sowie in der Gestaltung des Gedenkortes dargelegt werden. Der Text soll nicht nur eine Kritik an diesem konkreten Ereignis sein, sondern soll in Abgrenzung zum beschriebenen »Negativbeispiel des Gedenkens« auch aufzeigen, wie Opfern rechten, rassistischen und antisemitischen Terrors stattdessen gedacht werden kann.

Da vom 1. bis zum 3. November in Chemnitz und Zwickau das dritte NSU-Tribunal stattfand, nahm auch ein großer Teil der Besucher\*innen und Organisator\*innen an der städtischen Gedenkveranstaltung teil.

### Nichteinbindung der Angehörigen

*Opfer und Überlebende sind keine Statisten, sondern die Hauptzeugen des Geschehenen.*

Ibrahim Arslan

Überlebender des Brandanschlags von Mölln 1992

Bereits im Vorhinein der Veranstaltung der Stadt Zwickau vom 3. November wurde bekannt, dass die Angehörigen der NSU-Opfer weder zum Gedenken eingeladen noch vorab in die Planungen eingebunden worden waren. Gamze Kubaşık, die Tochter des 2006 in Dortmund vom NSU ermordeten Mehmet Kubaşık, hatte nur zufällig und erst unmittelbar vor der Veranstaltung von dieser erfahren und zeigte sich darüber in einer Pressemitteilung verärgert: »Ich finde es eine Unverschämtheit, dass man mich als Tochter nicht wenigstens vorher fragt, mich nicht informiert, uns noch nicht einmal zur Eröffnung einlädt«. So gab es keine Möglichkeit für die Angehörigen,

selbst auf der Gedenkveranstaltung zu sprechen, den Ablauf des Gedenkens im Vorhinein mitzugestalten und über die Ausgestaltung des Gedenkortes mitzuentcheiden. Mindestens eine einfache Nachfrage vonseiten der Stadt Zwickau in Bezug auf die Gestaltung des Gedenkortes wäre notwendig gewesen, denn Gamze Kubaşık betonte hierzu: »Ich weiß auch gar nicht, ob ich möchte, dass in Zwickau ein Baum für [meinen Vater] gepflanzt wird, wenn man dort gar nicht sicher sein kann, dass er nicht wieder abgesägt wird«.

### Nichtnennung der Opfernamen und des Tatmotivs Rassismus

Wie notwendig die Teilnahme der Angehörigen oder zumindest die Erfragung ihrer Wünsche gewesen wäre, zeigten die Reden auf der knapp einstündigen Gedenkveranstaltung. Weder die Oberbürgermeisterin der Stadt, noch die anderen Redner\*innen nannten ein einziges Mal die Namen der Opfer, für die dieses Gedenken schließlich abgehalten wurde. Außer einer Rednerin des VVN-BdA nannte zudem niemand Rassismus als Tatmotiv. Stattdessen wurde unscharf von »Hass« und »Extremismus« gesprochen. Zumindest wurde Mitat Özdemir von der Kölner Interessengemeinschaft Keupstraße, der mit dem NSU-Tribunal zugegen war, am Ende spontan Raum zum Sprechen gegeben, sodass dieser die Kritik an der Nichteinbeziehung der Angehörigen öffentlich ausführen konnte. Um die Leerstellen der vorangegangenen Veranstaltung zu füllen, verlasen die anwesenden Teilnehmer\*innen des Tribunals nach den offiziellen Reden die Namen der NSU-Opfer und hielten eine Schweigeminute ab.



Der Gedenkort am Zwickauer Schwanenteichpark nach der Einweihung der Bäume am 3. November 2019.  
© Stefanos Kontovitsis

## Falsch geschriebene Namen auf den Gedenktafeln

Wie stümperhaft und ignorant der Gedenkort von den Verantwortlichen gestaltet worden war, zeigte sich bei der Enthüllung der Gedenksteine: Der Großteil der Opfernamen war falsch geschrieben. Bei der Gestaltung der Steine war offenbar mehr Wert darauf gelegt worden, die Namen der Stifterfirmen in aufdringlich großer Schrift zentral auf diesen zu platzieren, als die korrekten türkischen Buchstaben zu verwenden. Zudem waren die Texte uneinheitlich. Während auf einigen nur die Lebensdaten der jeweiligen Person standen, wurde auf anderen auf geschmacklose Weise die Ermordung der betreffenden Person unnötig detailreich geschildert. Zumindest die Falschschreibung der Namen hätte mit sehr geringem Aufwand ausgeschlossen werden können und zeigt überdeutlich die Ignoranz der Organisator\*innen gegenüber den Angehörigen der Opfer.

## Ein absurder Polizeieinsatz

Ein Polizeieinsatz, der die Gedenkveranstaltung gegen deren Ende sprengte, setzte der missglückten Veranstaltung schließlich die Krone auf. Die Polizei griff eine Teilnehmerin aus der still gedenkenden Menge, die zuvor den AfD-Schriftzug von einem Blumenkranz entfernt hatte, der vor Beginn der Veranstaltung von der Zwickauer AfD-Stadtratsfraktion an einem der Bäume abgelegt worden war. Grund hierfür soll ihre vermeintliche Sachbeschädigung gewesen sein. Danach ergab sich eine Konfrontation von sich solidarisierenden Teilnehmer\*innen mit der Polizei, die die Situation mit ihrem hochaggressiven Auftreten beinahe zur Eskalation brachte. In jedem Fall ein überzogener und dem Gedenken unwürdiger Einsatz der Polizei.

## Fazit

Mit einer Einbeziehung der Angehörigen hätten zumindest die offensichtlichsten Fehler der Veranstaltung vermieden werden können: Die Namen der Opfer wären nicht falsch geschrieben worden und während der Veranstaltung zumindest genannt worden. Das Statement von Gamze Kubaşık zeigt zudem, dass Angehörige auch darüber hinaus das ihnen zustehende Mitspracherecht in Bezug auf die Gestaltung von Gedenkorten, selbstbewusst einfordern. Sie müssen aber auch von den betreffenden politischen Vertreter\*innen gehört werden bzw. aktiv angesprochen werden. So geschehen in Dortmund, wo nur wenige Tage nach der Zwickauer Veranstaltung am 8. November der Mehmet- Kubaşık-Platz im Beisein der Familie Kubaşık eingeweiht wurde, die zuvor auch in die Planungen einbezogen war. Es wäre ein Leichtes gewesen, die Stadt Dortmund oder andere Positivbeispiele anzufragen und deren Erfahrungen als Anregung für die eigene Gedenkpraxis zu nehmen. Abschließend sollte erwähnt werden, dass die oben genannten Gründe für eine Einbeziehung der Angehörigen und Betroffenen von rechtem, rassistischem und antisemitischem Terror vor allem praktischer Natur und selbstverständlich nicht vollständig sind.

# # SayTheirNames



Vili Viorel  
Păun



Sedat  
Gürbüz



Fatih  
Saraçoğlu



Ferhat  
Unvar



Gökhan  
Gültekin



Mercedes  
Kierpacz



Kaloyan  
Velkov



Hamza  
Kurtović



Said Nesar  
Hashemi

Ermordet aus rassistischen Motiven in Hanau am  
19. Februar 2020.

**Wir trauern**

#saytheirnames

## 3.7 INITIATIVE KRITISCHES GEDENKEN ERLANGEN



initiative  
kritisches  
gedenken  
erlangen

Am 19. 12. 1980 wurden Shlomo Lewin und Frida Poeschke in Erlangen von einem Neonazi aus antisemitischen Motiven ermordet. Lewin war 1935 durch seine Flucht nach Frankreich und 1938 durch die Emigration in das britische Mandatsgebiet Palästina der nationalsozialistischen Verfolgung entkommen. Nachdem er sich am Unabhängigkeitskrieg 1948/49 beteiligt und über ein Jahrzehnt in Israel gelebt hatte, kehrte er um 1960 nach Deutschland zurück und wurde eine zentrale Figur im Wiederaufbau jüdischen Lebens im Postnazismus, insbesondere in Franken. Er war unter anderem als Rabbiner und Verleger tätig, stand der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg vor und äußerte sich immer wieder öffentlich gegen Neonazis und Antisemitismus. Ein gemeinsames Anliegen hatten Frida Poeschke und Shlomo Lewin unter anderem in der Förderung christlich-jüdischer Zusammenarbeit. Ihr Mörder, Uwe Behrendt, war Burschenschafter und hochrangiges Mitglied der von der CSU-Landesregierung lange verharmlosten neonazistischen Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG). Er konnte nach der Tat mit der Unterstützung von Karl-Heinz Hoffman, dem Anführer der WSG, fliehen und soll 1981 im Libanon verstorben sein. Nicht nur waren die Ermitt-

lungen insgesamt von Fehlern und Versäumnissen durchzogen, sondern die Behörden verdächtigten lange Zeit vor allem das private Umfeld der Ermordeten, anstatt intensiv in Richtung möglicher neonazistischer Täter\*innen zu ermitteln. Zudem war die mediale Berichterstattung von diffamierenden Gerüchten über Shlomo Lewin geprägt, was dazu beitrug, die Opfer zu verfremden. Für das antisemitische Attentat wurde bis heute niemand gerichtlich verurteilt. Hoffmann und seine Lebensgefährtin Franziska Birkmann wurden trotz erheblicher Zweifel vom Vorwurf der Beihilfe freigesprochen und Behrendt gilt offiziell als Einzeltäter.

Obwohl es das erste Mal war, dass Neonazis nach 1945 in Deutschland offenkundig einen Juden ermordet hatten, geriet der Anschlag über die Jahre mehr und mehr in Vergessenheit und bis auf vereinzelte Kranzniederlegungen gab es in Erlangen lange Zeit kein öffentliches Gedenken. Erst 2010, zum 30. Jahrestag, benannte die Stadt Erlangen eine in Tatortnähe liegende Parkanlage in »Lewin-Poeschke-Anlage« um. Allerdings zeigte sich am offiziellen Gedenken – etwa in der Rede des damaligen Oberbürgermeisters – eine entpolitisierende Tendenz. Noch 2015 wurde an der Lewin-Poeschke-Anlage eine zusätzliche Gedenktafel angebracht, doch bis heute weist an diesem Ort nichts darauf hin, dass es sich bei dem sogenannten »Erlanger Doppelmord« um eine rechtsterroristische und antisemitische Tat handelt. 2011 stellte der Journalist Ulrich Chaussy einige Ergebnisse seiner umfangreichen Recherchen zu dem Komplex des antisemitischen Attentats erstmals im Rahmen eines Vortrags in Erlangen vor und erinnerte so an die Ermordeten. Auf Grundlage von u.a. seiner Arbeit und ausgelöst durch die Selbstenttarnung des NSU im selben Jahr begannen auch antifaschistische Gruppen aus Erlangen sich eingehender mit dem Fall zu beschäftigen und von diesem Zeitpunkt an jährliche Gedenkkundgebungen im Stadtzentrum zu veranstalten.

Im Gegensatz zum offiziellen Gedenken der Stadt lag der Fokus beim antifaschistischen Gedenken von Beginn an auf der klaren Benennung des rechten Tathintergrunds, der Problematisierung der staatlichen Aufklärung und gesellschaftlichen Aufarbeitung der Tat, auf den Kontinuitäten von Antisemitismus und rechtem Terror sowie des gesellschaftlichen Umgangs mit diesen in der Gegenwart. Bereits die Entscheidung, jährliche Gedenkkundgebungen im Zentrum der Stadt abzuhalten, statt nur zu »runden« Jahrestagen an eher abgelegenen Orten, ist eine Konsequenz dieses expliziten Gegenwartsbezugs. Rechter Terror ist ein gesamtgesellschaftliches Problem der Gegenwart und muss in der Gegenwart bekämpft werden. Die Erinnerung an die Geschichte der Ermordeten wie auch der Morde ist notwendiger Teil dieses Kampfes – sie hilft zu verstehen und einzuordnen.





Von Erlangen bis Hanau: Solidarität gegen das Vergessen und die Kontinuität des rechten Terrors! © initiative kritisches gedenken

Die Gründung unserer Initiative folgte demselben Impuls und dem Bedürfnis, den Rahmen für eine umfangreichere Auseinandersetzung mit dem Attentat, mit Antisemitismus, rechtem Terror und (antifaschistischem) Gedenken zu schaffen. Wir übernahmen die Form der jährlichen Gedenkkundgebung, wollten aber auch darüber hinausgehen. In der ersten Zeit nach unserer Gründung ging es vor allem darum, Grundlagen für die zukünftige Arbeit zu schaffen. Also recherchierten wir vermehrt in Literatur und Archiven, führten Gespräche mit Expert\*innen und diskutierten, was es bedeutet kritisch, antifaschistisch zu erinnern und zu gedenken, um zu einem Selbstverständnis zu finden. Dieses dezidiert vorläufige Selbstverständnis haben wir in Form von zehn Thesen auf unserer Homepage veröffentlicht. Im Zentrum des Textes steht die Kritik an den mörderischen gesellschaftlichen Verhältnissen, unter denen immer neue Menschen erst zu Opfern gemacht und dann vergessen werden, sowie Kritik am offiziellen Gedenken als kollektive Selbstvergewisserung. Ebenso zentral steht die kritische Selbstreflexion als Bereitschaft zur Selbstverunsicherung.

Erste Ergebnisse unserer Auseinandersetzung haben wir zu einem Vortrag über den Komplex des antisemitischen Attentates ausgearbeitet, den wir zunächst 2019 in Erlangen und später auch in einigen anderen Städten hielten. Interessant war für uns dabei vor allem der Aus-

tausch mit Menschen aus unterschiedlichen Spektren und mit unterschiedlichen Wissensbeständen und Fragen. Davon ausgehend versuchen wir uns derzeit weitere Formen der Erinnerung, der Vermittlung und Auseinandersetzung mit der Geschichte rechten Terrors, wie auch mit Antisemitismus und Rassismus zu erschließen. Abseits der Publikation von kleineren Texten möchten wir zum Beispiel langfristig eine Ausstellung konzipieren und haben erste Schritte in Richtung der Bildungsarbeit an Schulen unternommen.

Im letzten Jahr gewannen vor allem die Aspekte der Vernetzung und Kooperation zunehmend an Bedeutung für unsere (Gedenk-)Praxis. So arbeiten wir mittlerweile zu verschiedenen Anlässen, sei es zum jährlichen Gedenken im Dezember oder für Kundgebungen zu aktuelleren rechtsterroristischen Anschlägen wie etwa dem Attentat in Halle 2019, mit der Jüdischen Kultusgemeinde Erlangen zusammen. Zudem lernen wir mehr und mehr andere (Gedenk-)Gruppen und Aktivist\*innen kennen, vernetzen uns, tauschen uns aus, versenden Grußworte, lernen dazu und helfen einander gegenseitig dabei, Vergessenes, Verdrängtes und Verleugnetes sichtbar zu machen. Ein Beispiel dafür ist die Kampagne »Mehr als 40 Jahre – Kontinuitäten rechten Terrors in Deutschland«, die wir 2020 gemeinsam mit der antifa nt und dem Bündnis gegen Naziterror und Rassismus aus München, sowie

der Initiative in Gedenken an Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân aus Hamburg ins Leben riefen. Mit der Kampagne wollten wir das Gedenken an die Opfer des rassistischen Brandanschlags in der Halskestraße in Hamburg am 22. 8. 1980, des Münchener Oktoberfestattentats am 26. 9. 1980 und des Erlanger Doppelmords am 19. 12. 1980 verbinden, um auf Zusammenhänge aufmerksam zu machen und zu thematisieren, wie vieles, was wir heute an rechtem Terror und dem gesellschaftlichen Umgang damit beobachten können, sich bereits vor vierzig Jahren gezeigt hatte. Sichtbar wurde dieser Prozess der Vernetzung auch im vergangenen Dezember, bei unseren Veranstaltungen zum 40. Jahrestag des antisemitischen Attentats, als viele antifaschistische Gruppen und Einzelpersonen, wie auch Betroffene rechter Gewalt, gemeinsam mit uns Veranstaltungen zum 40. Jahrestag des antisemitischen Attentats gestalteten, mit uns auf einem Podium diskutierten und uns Grußworte und Redebeiträge für die Gedenkveranstaltung zuschickten.

Insgesamt war für uns, wie für viele andere antifaschistische Initiativen in den vergangenen Jahren, der stärkere Fokus auf die Betroffenenperspektive besonders wichtig. Eine Schwierigkeit, die unsere Arbeit im Kontext des Attentates auf Shlomo Lewin und Frida Poeschke begleitet, ist diesbezüglich vor allem die Nachträglichkeit: der Anschlag liegt nun vierzig Jahre zurück und es gibt keine uns bekannten Zeugnisse von vergangener Zusammenarbeit mit Angehörigen der Ermordeten, an die wir anschließen könnten. Auch in den ersten Jahren des antifaschistischen Gedenkens nach 2011 wurde die Frage nach dem Einbezug von Angehörigen schlichtweg ausgeklammert, beziehungsweise gar nicht erst gestellt und andere Aspekte wie etwa die Thematisierung verschiedener Erscheinungsformen des Antisemitismus standen im Mittelpunkt. Erst die Auseinandersetzung mit anderen Formen des Gedenkens und Aufarbeitens von rechter Gewalt, wie etwa dem NSU-Tribunal oder der Möllner Rede im Exil, die die Perspektive von Betroffenen und Angehörigen zentrieren, hat auch bei uns einen Reflexionsprozess in Gang gesetzt und ein stärkeres Bewusstsein für unsere blinden Flecken geschaffen. Aktuell lernen wir auch viel von der Selbstorganisation von Betroffenen der Anschläge in Hanau und Halle. Bisher sind wir daran gescheitert, Angehörige von Frida Poeschke und Shlomo Lewin in unsere Arbeit miteinzubeziehen. Das hat unterschiedliche Gründe. Anfänglich bemerkten wir bei uns selbst Unsicherheiten damit, wie wir Angehörigen nach dieser langen Zeit überhaupt gegenüberreten können, ob beispielsweise die Gefahr besteht, dass wir alte Wunden wieder aufreißen, oder dass wir auf Ablehnung stoßen könnten. Der zeitliche Aspekt schlägt sich aber auch in

einem zweiten, wesentlich relevanteren und praktischen Grund nieder: Da der Mord so lange zurück liegt, sind die wenigen Informationen, die wir zu Angehörigen und Freund\*innen haben, größtenteils veraltet, es gibt kaum Spuren der Personen im Internet und die Recherche aktueller Adressdaten fällt uns in manchen Fällen schwer. Der Anspruch, noch Angehörige ausfindig zu machen, mit ihnen in Austausch zu treten, um ihre Geschichten, Gedanken und Wünsche zu erfahren, und sie einzubeziehen, besteht allerdings weiterhin und gibt uns eine zentrale Aufgabe für die kommende Zeit vor.

Im Gegensatz zu anderen antifaschistischen Initiativen an anderen Orten wird unsere Arbeit in Erlangen weitgehend wohlwollend aufgenommen – vielleicht gerade, weil das Attentat so lange zurückliegt. Von verschiedenen Seiten besteht Interesse an einer Zusammenarbeit mit uns und wir haben den Eindruck gewonnen, den öffentlichen Diskurs über die Erinnerung an das Attentat durchaus zu beeinflussen. Seitens der Stadt gab es im vergangenen Jahr zum vierzigsten Jahrestag sichtbare Bemühungen, den gesellschaftlichen und politischen Kontext des rechtsterroristischen Anschlags zu thematisieren. Das ist insgesamt eine komfortable Situation für uns und in der Tendenz begrüßenswert. Andererseits können wir als linke antifaschistische Gruppe kein von konkreten Inhalten unabhängiges Interesse an Harmonie und Zusammenarbeit um jeden Preis haben, wenn wir nicht Teil des selbstvergewissernden Gedenkens werden wollen. Wie auch andere gesellschaftliche und politische Akteur\*innen fordern wir eine würdige Umgestaltung des Gedenkortes, die eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte und Gegenwart rechten Terrors begünstigt und nicht nur einer ritualisierten Pflichterfüllung oder gar der Entpolitisierung dient. Nachdem der vierzigste Jahrestag vorüber ist, wird die Aufmerksamkeit für das Thema wahrscheinlich wieder abnehmen. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, die kritische Erinnerung wach zu halten und die bis heute unabgeschlossene Aufklärung des antisemitischen Attentats auf Shlomo Lewin und Frida Poeschke, das Vergessen und das Fortwirken der Vergangenheit in der Gegenwart des rechten Terrors weiter zu skandalisieren.

[www.kritischesgedenken.de](http://www.kritischesgedenken.de) · [kontakt@kritischesgedenken.de](mailto:kontakt@kritischesgedenken.de)  
Twitter: @inikritgedenk · Instagram: [initiative.kritisches.gedenken](https://www.instagram.com/initiative.kritisches.gedenken)

Kampagne »Mehr als 40 Jahre – Kontinuitäten  
rechten Terrors in Deutschland«: [40jahre.nonazis.net](http://40jahre.nonazis.net)

# INTERNATIONALE BEGEGNUNGEN

**HEFT 45** *Nächste Ausgabe*

## HERAUSGEBERIN

Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken  
Bundesvorstand

## REDAKTION

Sascha Döring, Justin Mantoan, Sergio Perder, Marina Sahm,  
Mona Schäfer, Sabine Troitzsch

## TEXTE

Nils Bauer, Tanja Thomas, Fabian Virchow, Mona Schäfer,  
Jana Herrmann, Nike Rohde, Loreen Schreck, Niels Tekampe,  
Massimo Perinelli, Initiative »Keupstraße ist überall«,  
DGB-Jugend Berlin-Brandenburg, Initiative »Kein Vergessen  
in Koblenz«, »Initiative 9. Oktober Halle«, Julian May-Johann,  
»Initiative Kritisches Gedenken Erlangen«

*Wir danken an dieser Stelle nochmal dem Redaktionsteam  
und den Autor\*innen der Ausgabe.*

## ABBILDUNGEN

Titelgrafik, Poster S. 30/31: © Lena Haubner  
S. 2: © »Initiative 9. Oktober Halle«,  
S.5: © SJD - Die Falken KV Wolfsburg,  
S. 27: Grafik © Patrick Menne  
S. 28: Grafik © Gerd Beck,  
S.41/42: © SJD Die Falken OV Niederelbe, S. 47: © ???  
S. 48: © Marina Sahm, S. 49./50/51: © »Initiative 9. Oktober Halle«  
S.53: © Stefanos Kontovitsis  
S.57: © »Initiative Kritisches Gedenken Erlangen«

## GESTALTUNG

Gerd Beck Nürnberg

## DRUCK

saxoprint.de

## REDAKTIONSANSCHRIFT

Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken,  
Bundesvorstand, Luise & Karl Kautsky-Haus  
Saarstraße 14, 12161 Berlin · Fon: 030/26 10 30-0  
E-Mail: [info@sjd-die-falken.de](mailto:info@sjd-die-falken.de)  
[www.sjd-die-falken.de](http://www.sjd-die-falken.de)

 Sozialistische Jugend Deutschlands –  
**Die Falken**

Gefördert vom:



# GEGEN RECHTEN TERROR

*Kontinuitäten durchbrechen!*

**READER II** HEFT 44

## **24 Stunden sind kein Tag · Bereits erschienene Hefte:**

- Sex ist mehr als ...  
*Sexualpädagogik im Zeltlager und in der HelferInnenausbildung* HEFT 12
- Beteiligung ist das Salz in der Suppe  
*... Kochen mit Kindern im Zeltlager* HEFT 13
- Die Enkel fechten's besser aus!  
*Geschichtsprojekte mit Kindern im Zeltlager* HEFT 14
- Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt!  
*Partizipation und Mitbestimmung im Falkenzeltlager* HEFT 15
- Zusammen wachsen  
*Erlebnispädagogik in der Falkengruppe* HEFT 16
- Bloß nichts vergessen!  
*Organisation und Finanzierung von Falkenzeltlagern* HEFT 17
- Go Creative  
*Kreatives Arbeiten mit Kindern und Jugendlichen* HEFT 18
- Die Vielfalt entdecken  
*Geschlechterrollen und sexuelle Identität im Zeltlager* HEFT 19
- Selber singen macht laut! *Lieder im Zeltlager* HEFT 20
- Tippen, filmen, senden *(Neue) Medien im Zeltlager* HEFT 21
- Vielfalt organisieren *Gleichberechtigt miteinander!* HEFT 22
- Umweltdetektive *Auf heißer Spur!* HEFT 23
- DAS CAMP! *Die Gruppe macht's!* HEFT 24
- Prävention sexualisierter Gewalt  
*Interventions- und Präventionskonzepte* HEFT 25
- Freundschaft ist international HEFT 26
- Bildung statt Strafe *Regeln im Zeltlager* HEFT 27
- ROTEFALKENARBEIT  
*Chancen + Probleme der päd. Arbeit mit jungen Jugendlichen* HEFT 28
- Von der Offenen Tür zur Gruppenstunde HEFT 29
- Bewegung braucht Struktur  
*Sinn und Herausforderungen unserer Verbandsstruktur* HEFT 30
- Sozialistische Erziehung  
*»Es gibt keine andere als politische Pädagogik ...«* HEFT 31
- Gedenkstätten-Pädagogik  
*Wie wollen wir gedenken?* HEFT 32
- Geschlechterreflektierte Pädagogik HEFT 33
- Demokratie und Selbstorganisation HEFT 34
- Sexualisierte Gewalt *Intervention und Prävention* HEFT 35
- Antirassistische Pädagogik HEFT 36
- TRAINING SPACE *Weiterbildung für Helfer\*innen im Zeltlager* HEFT 37
- SEXUALPÄDAGOGIK HEFT 38
- GRUPPENARBEIT *reloaded* HEFT 39
- SOZIALISTISCHE JUGENDPOLITIK HEFT 40
- STRUKTURELLE PRÄVENTION SEXUALISierter GEWALT HEFT 41
- GEGEN RECHTEN TERROR *Reader 1* HEFT 42
- MEDIENPÄDAGOGIK HEFT 43

GEGEN  
RECHTEN  
TERROR

**24**  
**Stunden**  
**sind kein Tag**



Sozialistische Jugend  
Deutschlands –  
**Die Falken**